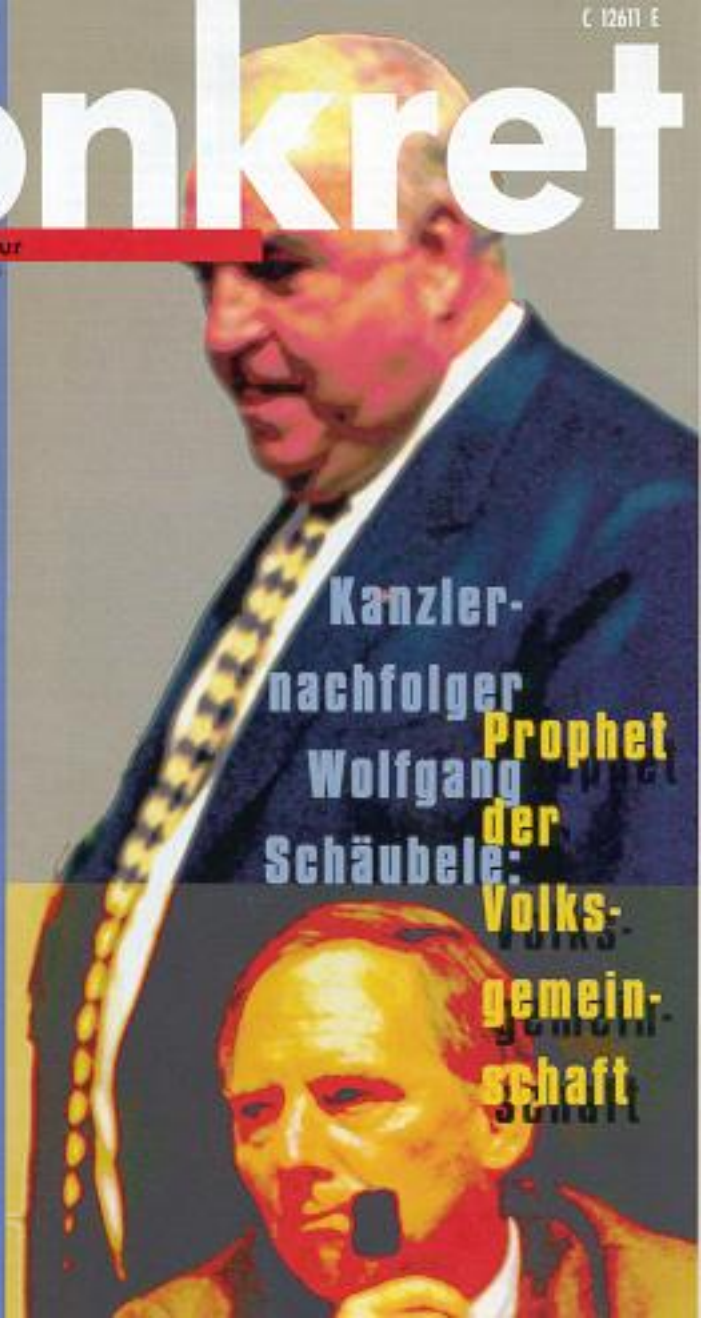
Heft 12 Dezember 1997 8.- DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Ebermann/ Trampert: Voodoo im Alternativ-Milieu
- Siemens und die Dresdner Bank: Das braune Band der Sympathie
- Hamburger Runde: Krista & ihre Ja-Sager
- Steven Spielberg, Patron der Kleinfamilie
- Grass usw.



in konkret Dezember 1997

hier Konkret von Hanno Harnisch

Im Reichstag der Weimarer Republik befand sich kein Adler hinter den Abgeordneten. Diesen Brauch haben erst die Nazis eingeführt, und die Bundesrepublik hat ihn, wenn auch mit einem neuen Adlertyp, fortgesetzt. Mit dem Umzug des Bundestages in den Berliner Reichstag steht das Wappentier, der Bundesadler, wieder zur Disposition. KONKRET fragte den Pressesprecher der PDS, Hanno Harnisch, noch den Präferenzen seiner Partei

von Konkret

an Konkret

Politische Wissenschaften von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Voodoo im Schanzenpark von Thomas Ebermann, Rainer Trampert

Der Hamburger Stadtteil Sternschanze, eine Hochburg der GAL, autonomer und linksalternativer Gruppen, ist dem rassistischen Wahn verfallen. Angesichts der lokalen Drogenszene und angefeuert von den Hamburger Medien geht im Viertel mittlerweile Pogromstimmung um

Ostdeutsche Allianzen von Samuel Salzborn

Ein Korrespondent des »Neuen Deutschland« dient sich der Nazi-Zeitung »Junge Freiheit« an - und sein Chefredakteur schweigt dazu

Heimatkunde mit Dr. Schäuble von Joachim Rohloff

Er ist kein großer und nicht mal ein präziser Denker - aber den einzigen Gedanken, den er je hatte, wiederholt Bundeskanzler in spe Wolfgang Schäuble mit zitruspressenhafter Sturheit: Nation ist Staat ist Gemeinschaft

New Age in Bremen von Jutta Ditfurth

Ein Esoterik-Kongreß unterm Patronat des SPD-Bürgermeisters Henning Scherf sollte den Standort Bremen als Messestadt etablieren. Eine Kampagne gegen die Veranstaltung konnte das verhindern

Corporate Indentity von Otto Köhler

Nicht nur, daß sie sich nicht schämen, sie sind auch noch stolz auf die blutige Geschichte ihrer Unternehmen: Die Dresdner Bank feiert ihr 125jähriges Bestehen, der Siemens-Konzern sein 150jähriges

Zu Protokoll

»20 Jahre danach: Deutscher Herbst, die RAF und der Baader-Meinhof-Komplex«. Darüber diskutierten um 15. Oktober 97 in der Sendung »Zur Diskussion« des Deutschlundfunks der »Spiegel«-Chefredakteur Stefan Aust, der Bundesinnenminister a. D. Gerhard Baum, der damalige Regierungssprecher Klaus Bölling und der Berliner Rechtshistoriker Uwe Wesel. Moderation: Rainer Burchardt. KONKRET dokumentiert Auszüge aus der Debatte

Polizei neuen Typs von Oliver Tolmein

Ermitteln, überwachen, festnehmen: über die umfassenden Befugnisse der europäischen Polizeibehörde Europol

KONKRET-DokumentationDie Folge: Krieg

Wenn es um Machenschaften fremder Machte geht, die geeignet sind, dem Einfluß der Deutschen sonstwo auf der Weit entgegenzuwirken, lauft die Berichterstattung

hierzulande zu investigativer Hochform auf. So auch das Fernsehmagazin »Panorama«, das am 30. Oktober 97 einen Beitrag über die gegenwärtige US-amerikanische Aufrüstung der bosnischen Armee ausgestrahlt hat, den wir hier dokumentieren

In diesem Sinne - Pearl Harbour am Golf von Jürgen Elsässer

In diesem Sinne - Brille? Sager! von Michael Schilling

In diesem Sinne - Freier Tod für freie Bürger von Oliver Tolmein

Kunst & Gewerbe von Rayk Wieland

Freie Sicht für freie Bürger von Jürgen Roth

Buch & Deckel von Thomas Schaefer

Heilsamer Kalter Krieg? von Georg Fülberth
Auf dem »Ersten Deutschen Schriftstellerkongreß« von 1947 sollte der anstehenden Teilung Deutschlands entgegengewirkt werden. Doch trotz flammender Bekenntnisse zu Nation und kulturellem Erbe markiert der Kongreß vor allem den Beginn des Kalten Krieges unter den Literaten

Der Feind ist der Mensch von Peter Nowak
Die Castorblockierer haben Jutta Ditfurth zur Persona non grata erklärt. Sie möchten sich nicht länger nachsagen lassen, wie rechtsextrem und irrational die eigenen Motive sind

Alte Kameraden von Karl Heiner Busse
Wie Apo war die Gruppe 47 wirklich? Eine Replik auf Joachim Rohloffs Artikel »Sprache als Durchfall« in KONKRET 10/97

Hollywoods Hailand von Kay Sokolowsky
Der erfolgreichste Filmregisseur aller Zeiten versöhnt die Welt im Zeichen der Kleinfamilie. Ein Steven-Spielberg-Porträt anläßlich seines 50. Geburtstags

Britpop von Holm Friebe
Der Werbepapst und Pop-art-Mäzen Charles Saatchi präsentiert in London »Sensation« - eine Ausstellung junger britischer Kunst, die bei Kulturkonservativen ebenso auf heftige Kritik stößt wie bei linken PC-Dogmatikern

Mentalität der Abweichung von Günther Jacob
Wie politisch kann und muß linke Kunst sein, um der Vereinnahmung durch die bürgerliche Kultur zu entgehen?

Tangled up in black von Günter Amendt
So viel Schmerz, so viel Leid, so viel Horror und so viel Trauer auf einer Platte gab es noch nie. Über Bob Dylans Meisterwerk » Time out of Mind«

Film & Theater von Dietrich Kuhlbrodt

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 12/97, S. 3

Hanno Harnisch

hier Konkret

Im Reichstag der Weimarer Republik befand sich kein Adler hinter den Abgeordneten. Diesen Brauch haben erst die Nazis eingeführt, und die Bundesrepublik hat ihn, wenn auch mit einem neuen Adlertyp, fortgesetzt. Mit dem Umzug des Bundestages in den Berliner Reichstag steht das Wappentier, der Bundesadler, wieder zur Disposition. KONKRET fragte den Pressesprecher der PDS, Hanno Harnisch, noch den Präferenzen seiner Partei

konkret: in wenigen Tagen soll entschieden werden, welcher Adler im künftigen Bundestag im Berliner Reichstag installiert wird: Die sogenannte »fette Henne«, die bisher in Bonn an der Wand hing, oder ein neues, von Norman Forster entworfenes, schmaleres und vielleicht auch aggressives Modell, das frei schweben und von vom und hinten zu sehen sein soll? Wofür votiert die PDS'?

Harnisch: Der Streit darum, ob der Bundestag Reichstag heißen soll oder wird oder ob nur die äußere Hülle noch diese Bezeichnung trägt, ist ja noch nicht ausgestanden, und der Adler-Streit, so will ich ihn mal nennen, ist dem eher untergeordnet. Nun hat der Vorschlag des Architekten Forster durchaus moderne, ja sogar avantgardistische Züge in dieser alten, sehr geschichtsbeladenen Hülle. Aber ein Adler von hinten sieht ähnlich würdelos aus wie ein Pfau von hinten, nämlich nicht sonderlich schön. Vielleicht wäre man gut beraten, wenn man schon den alten Reichstag recyclet hat, auch beim Tier, das über den Parlamentariern schwebt, eine völlig neue Lösung zu favorisieren. Ein Beispiel dafür oder eine Anregung dafür könnte ja die Friedenstaube von Picasso sein. Das würde, glaube ich, der Bundesrepublik Deutschland gut zu Gesicht stehen, eine Friedenstaube mit dem Ölzweig im Mund ist doch ein schöneres Symbol als ein mehrmals umdesignter Reichsadler, der irgendwann mal sogar ein Hakenkreuz in seinen Krallen trug und der die Weltkriegshelme von Wilhelm II. geziert hat. Ich denke, da ist die Friedenstaube ein Symbol, das die Bundesrepublik neu zeigt und nicht Relikte der alten Bundesrepublik ein weiteres Mal prolongiert.

konkret: Müßte nicht gerade nach diesen Erwägungen ein Raubvogel viel besser zu Geschichte und Tradition der Bundesrepublik passen?

Harnisch: Die Frage ist, ob er besser zu ihr passen würde oder ob er für etwas steht, was vielleicht nicht so gut zu ihr passen sollte. Man könnte bösartig

« sein und sagen, er würde schon zu ihr passen, da ja die Bundesrepublik auch wieder versucht, auf Militär in der Außenpolitik zu setzen, mehr als auf Diplomatie. Aber Symbole haben ja nicht nur etwas zu symbolisieren, was einmal so war, sondern Symbole sollen auch in die Zukunft reichen. Und die Bundesrepublik als friedliebendes Land wäre eben besser von einer Taube repräsentiert als von einem Adler - ein Zeichen dafür, daß die Bundesrepublik *neu*, nicht nur eine um die 108.000 Quadratkilometer der ehemaligen DDR erweitertes Staatsgebiet ist. Und das wäre auch ein guter Neuanfang in einem alten Reichstag und einem neuen Bundestag, wenn man bei dieser Gestaltung und allen Symbolen, die dann bei den Bundestagsdebatten über die heimatlichen Bildschirmen flimmern, etwas Friedliches und Friedliebendes sehen würde und nicht einen ab- und wieder angebauten Adler, der einem vielleicht sein Hinterteil ins Gesicht reckt.

konkret: Wenn die PDS sich jetzt entscheiden müßte - bzw. ihre Entscheidung zu der Entscheidung treffen müßte -, welcher Adler, wenn's denn ein Adler sein soll, wär' ihr lieber?

Harnisch: Da die PDS versucht, sich bei allen Entscheidungsfindungen nicht immer nur im vorgegebenen Rahmen zu bewegen, denke ich, daß sie für gar keinen Adler plädieren sollte. Allerdings ist sie im Ältestenrat des Bundestags nicht vertreten, und bei einer Abstimmung im Bundestag kann ich mir nicht vorstellen, daß die PDS wirklich guten Gewissens ihre Hand für einen wie auch immer umgestalteten Reichsadler erheben sollte.

Konkret 12/97, S. 4

von Konkret

Liebe »FAZ«! Nach jahrzehntelangem politischen und publizistischen Kampf drohst Du uns als ernstzunehmender Feind und Gegner abhanden zu kommen. Indem Du immer wieder und immer öfter dem notorischen Schwellkopf Peter Schütt Gelegenheit verschaffst, seine erwiesenermaßen belang- und haltlosen sog. »Erinnerungen« abzudrucken. Zuletzt über die angeblich »klammheimliche Komplizenschaft« zwischen der DKP, seiner ehemaligen Partei, und der RAF, seinen ehemaligen Freunden. Ulrike Meinhof, schreibt der Denunziant Schütt heute, sei von der Genossin Gisela Elsner mit Rosa Luxemburg verglichen und eine »große Deutsche« genannt worden, und solche Ansichten seien »zunächst nicht in der unmittelbaren Parteipresse publiziert (worden), sondern vorzugsweise in solchen Medien wie der Kulturzeitschrift KONKRET oder dem West-Berliner >Extradienst<, die speziell für linksbürgerliche Zielgruppen zugeschnitten waren«. Wenn Schütt damit insinuieren will, KONKRET sei so etwas wie ein mittelbar der DKP zugehöriges und also für deren Zwecke zuschneidbares Vorab-Organ gewesen, so ist das, wie jeder Halbalphabet wissen könnte, bloß falsch. Fälscher allerdings wird's, wenn man weiß, daß seinerzeit gerade die offizielle und inoffizielle Abgrenzungspolitik der DKP zur RAF und zu Ulrike Meinhof in KONKRET kritisiert worden ist. Am fälschesten freilich gerät die Chose durch den Umstand, daß Parteivorstandsmitglied Schütt himself einer der wenigen war, die sich in der DKP für die »klammheimliche Komplizenschaft« einsetzten, die er nun bei Dir, »FAZ«, der Partei, der er sie einst oktroyieren wollte, vorhalten darf Er selbst ist's gewesen, der Ulrike Meinhof lyrisch anhymnelte. Es wäre komisch, wenn es komisch wäre. Darum, »FAZ«, nimm unsre Losung in this case: Kalter Kaffee - Schütt weg!

So alt nun wiederum und im übrigen auch so altgedient als explizit Linker ist Hermann L. Gremliza gar nicht, daß er sich im »Tagesspiegel« als »rührender Steinaltlinker« titulieren lassen muß:

Weil allerdings Hermann L. Gremliza, der rührende Steinaltlinke von KONKRET mit seinen Essays zur Vergangenheitsbewältigung So laßt uns denn ein KZ basteln *nicht rechtzeitig fertig wurde - »das Material türmt sich bei mir zu Hause« -, fallen nur zwei andere Titel aus dem Rahmen,* Mein Kamm *von Ephraim Kishon und* Deutsch, aber glücklich.

Das paßt. »Kurzurlaub im Land der Worte« ist der Beitrag von Malte Lehming überschrieben, der eine Pauschalreise gemacht hat. Er hat viel gesehen, nichts kapiert. Denn nicht *weil* Gremliza nicht fertig wurde, fiel etwas aus dem Rahmen, sondern, wenn denn überhaupt, bestenfalls *daß.* Nicht fertig wurde Gremliza nicht mit einer Essaysammlung, sondern mit einem Essay, der auch ganz bestimmt nicht so heißen sollte, wie der »Tagesspiegel«Lehming sich das ausgedacht hat, sondern: »Wir kneten ein KZ«. Er erscheint im kommenden Frühjahr und wird u. a. genau die »So laßt uns denn«-Attitüde von dummgestrickten »Tagesspiegel«-Autoren zu berücksichtigen haben.

Reinhard Mohr im »Spiegel« dagegen kann der Versuchung nicht widerstehen, das obskure nationale Besinnungswerk *Deutsch, aber glücklich* von Bernd Ulrich mit KONKRET zu adaptieren, und zwar dergestalt:

Heute ist die Polit-Hysterie ein Fall für die Abteilung Dokumentation und Fernsehspiel. Politik als fundamentalistische Leidenschaft von Welterklärung und Welterrettung hat sich selbst erledigt. ... Die WG-Insassen, Sozialarbeiter und Stadtteilzeitungsredakteure von einst jedenfalls, ... wie die Mehrheit des Volkes lesen sie »Stern«, »Bunte« und Brigitte« statt »Konkret«

usw. Sind bzw. schicken sich an, es zu werden: Deutsch, aber glücklich, welchen niederziehenden Prozeß Mohr »die kopernikanische Wende im Land der freischwebenden Tugenden« nennt. Er hat seine Schuldigkeit getan. Wir hingegen halten fest: Wer hierzulande deutsch, aber glücklich sein will, sollte KONKRET nicht lesen. Sondern »Brigitte«, »Bunte«, »Stern« und, nicht vergessen: Montag ist »Spiegel«-Tag.

Der ehemalige KONKRET-Autor Diedrich Diederichsen schreibt in der neuen »Spex« über »Sinn, Stimmung und Sound« der neuen Dylan-Songs, die mit Botho Strauß und Richard Rorty vereinbar seien - und die »mit dem KONKRET-Lager den Verlust jeder Hoffnung auf Pragmatik und politisches Handeln teilen - erst recht im Kulturbereich angesichts der totalisierenden Übermacht der Kulturindustrie - und darüber wunderlich geworden sein«. Das ist, abgesehen von der Grammatik, nicht ganz falsch und dünkt uns angesichts des in der Tat wenig Hoffnung spendenden politischen Pragmatismus der Gegenwart durchaus plausibel. Aber wunderlich? Ja, auch das. Wer nicht angesichts einer kaum faßbaren entpolitisierten Mediokrität durchgedreht ist, gilt heutzutage wohl zu Recht als wunderlich. Dylan und KONKRET, klingt gut. Und Diederichsen selber? Nun, etwas Sonderliches wird man auch ihm nicht absprechen wollen.

»Was ist heute noch links?« Diese Frage diskutieren am 4. Dezember Vanessa Barth (angefragt), Thomas Ebermann (angefragt), Hermann L. Gremliza, Matthias Küntzel, Oliver Tolmein, Detlef zum Winkel. Ort: Hörsaal der HWP, Uni Hamburg, Campus, Beginn: 19.30 Uhr.

»Serbien muß sterbien«: Am 11. Dezember liest Hermann L. Gremliza in Bielefeld. Ort: Bunker Ulmenwall, Kreuzstr. Nr. Null, Beginn 19.30 Uhr.

Die neue Ausgabe von UNI KONKRET erscheint am 24. November und kann für 2 Mark (+ 1,50 Mark Porto) beim Verlag bezogen werden.

Berichtigung: Nicht Bremen, sondern Sachsen-Anhalt gehört zu den rot-grün regierten Bundesländern (S. 33). Pardon!

Konkret 12/97, S. 6

an Konkret

Weltweite Bedeutung

KONKRET 10/97: Umfrage »Was ist heute noch links?«

Hat der Kapitalismus weltweit gesiegt? - China hat Hongkong, dieses Synonym für Kapitalismus, geschluckt, aber China ist, wenn es um die Anzahl der Einwohner geht, das größte Land der Erde und wird von einer kommunistischen Partei regiert. Frage: Benützt die KP den Kapitalismus oder zersetzt der Kapitalismus die KP Chinas? Der Vatikan hat inzwischen ein Banken-Imperium aufgebaut, aber nach wie vor heißt die offizielle Sendung nicht: »Bescheiße Deinen Nächsten«, sondern »Liebe Deinen Nächsten!« - von Wucherzinsen keine Rede... Marx hat den Kommunismus nicht erfunden, er hat ihm als Feindbild gegen den Kapitalismus ein wissenschaftliches Fundament gegeben. Und die sozialistischen Staaten haben daraus eine selbstgefällige Machtstruktur entwickelt, die den wirtschaftlichen Gegebenheiten nicht entsprach, weil nicht sein kann, was nicht sein darf! Die Krankheit der Linken ist das Sektierertum, denn Sektierertum ist selbstgefällig. In vielen Diskussionen habe ich den sogenannten Links-Linken gesagt: Ihr wollt nur links überholen, um nach rechts abzudrängen, was natürlich ein schwachsinniges Unterfangen war, denn das stärkt ja die Rechten. Das Verhängnis der Linken war ihre Eitelkeit auf Kosten der Realität. Sie verwechselten Besserwisserei mit Radikalität. Ein eklatanter Fall von Mangel an revolutionärer Schlauheit, vielleicht ist Weisheit das schönere Wort. Das kleine Cuba und das große China - werden sie es schaffen, dem Sozialismus wieder weltweite Bedeutung zu geben? Der Kapitalismus baut doch ohnehin an allen Ecken und Enden nur Katastrophen, und was den Deutschen die Wiedervereinigung gebracht hat, werden sie unter dem Strich selbst errechnen müssen.

Alfred *Hrdlicka*

Wien

Schwierigkeiten mit der Wahrheit

KONKRET 9/97: 20 Jahre »Deutscher Herbst«

Ein Beispiel für die Schwierigkeiten, die Wahrheit über die Stammheimer Todesnacht herauszufinden, solange weder die Akten des Krisenstabes, auf die sich die »Selbstmord«Version primär stützt, zugänglich noch die RAF-Mitglieder freigelassen sind und befragt werden können, bieten die von der Bundesregierung in die Welt gesetzten Behauptungen über ein Code-Wort, das die Gefangenen nach ihrer Freilassung aus Stammheim über den Vermittler Payot angeblich dem RAF-Kommando zukommen lassen sollten. Die Existenz eines Code-Wortes würde belegen, daß RAF und Gefangene die Entführung Schleyers gemeinsam vorbereitet hätten. Die Bundesregierung schreibt dazu in ihrer »Dokumentation zu den Ereignissen im Zusammenhang mit der Entführung von Hanns Martin Schleyer«, das RAF-Kommando habe am 10. September folgende Erklärung abgegeben: »Sobald die Gefangenen sowie Herr Payot und Herr Niemöller ihr Flugziel erreicht haben, wird Andreas Baader ihnen einen Satz sagen, der ein Wort enthält, der dem Kommando überbracht wird und diesem erlaubt, zu identifizieren und zu versichern, daß sie gut angekommen sind, damit Schleyer freigelassen werden kann.« Tatsächlich war der Wortlaut der Erklärung des Kommandos, worauf Brigitte Mohnhaupt, die damals zum Kommando gehörte, jetzt in einem Schreiben hingewiesen hat, aber ein anderer: »Sobald die Gefangenen gelandet sind. kommen Payot und Niemöller zurück und geben uns über TV einen Satz von Andreas bekannt, der eine Assoziation enthalten muß, die für einen aus dem Kommando identifizierbar ist.« Brigitte Mohnhaupt schreibt: »Aus einer Assoziation mußte ein Code-Wort werden, weil nur das eine vorhandene Kommunikation zwischen den Gefangenen und der Gruppe draußen impliziert und damit für die Durchsetzung der Kontaktsperre verwendbar war.« Befragen kann man sie dazu nicht: Weder die »Zeit« noch sonst jemand hat die Erlaubnis bekommen, sie zu interviewen. Was kein Medium daran gehindert hat, über die Wahrheit des Deutschen Herbstes zu berichten, ohne diese Informationslücke auch nur zu vermelden.

Oliver Tolmein

Hamburg

Tragisches Scheitern

KONKRET 11/97: »Maßnahme >Maßnahme< von Silvia Schlenstedt

Silvia Schlenstedt schreibt über die Maßnahme gegen den >jungen Genossen<: »nicht seine Leidensgeschichte wird gezeigt, sondern ein Lernprozeß, ein Lernen aus dem tragischen Scheitern des einzelnen« - und sieht darin die Säkularisierung der Passionsgeschichte »im großen Stil«. Ob jemand etwas lernt, läßt sich nicht unabhängig davon betrachten, was er lernt. Und der junge Genosse lernt genaugenommen den Tod. Silvia Schlenstedt weiß das, aber um die »Maßnahme« und ihr Lernprogramm irgendwie zu retten, versteckt sie diese Erkenntnis an einer anderen Stelle ihres Artikels: »Den Übergang des linken Intellektuellen auf die Seite der proletarischen Bewegung kennzeichnet es, daß Brecht Einordnung in die Bewegung als Vorgang faßt, der das Auslöschen des Gesichts, ein Unsichtbarwerden der Individualität und subjektiven Eigenart im Kollektiv verlangt - ein Motiv, in dem sich Erfahrungen, Befürchtungen und Einsichten verquieken.« Sie verquicken sich allerdings derart, daß von den »Befürchtungen« abstrahiert wird und die Interpretation auf die Idee kommen kann, es handle sich um einen Lernprozeß - wo es in Wahrheit um die pure Angst vor der Abstraktion gehen müßte.

Gerhard Scheit

Wien

Kapitaler Schnitzer

KONKRET 11/97: »It's a Noske Issue« von Georg Fülberth

Peinlich berührt muß ich mitteilen, daß mein Artikel »It's a Noske Issue« auf Seite 13 einen von mir verursachten kapitalen Schnitzer enthält. Über den Sozialdemokraten Karl Zörgiebel heißt es da: »Dieser Polizeipräsident von Berlin hatte 1931 in eine Mai-Demonstration schießen lassen.«

Das war nicht 1931, sondern 1929.

Es ist ein Schreibfehler, aber ein unverzeihlicher.

Georg Fülberth

Marburg

Nachrichtendienstliche Arbeit

KONKRET 8/97: »Der Kuchen soll schmecken« von Gerhard Henschel

Warum dieser Verriß in krächzender Reich-Ranicki-Manier? Wozu die Fehlplazierung und schlechte Nachahmung Gremlizascher Textparodie? Erste Antwort: Der Rezensent ist enttäuscht, denn Wolfs Memoiren schildern keine pikanten Eklats, noch nicht einmal, was sich die Generalsekretäre beim Austausch ihrer Bruderküsse vor der Presse ins Ohr zu flüstern pflegen. Zweite Antwort: Der Rezensent neidet dem berühmten Chef-Kundschafter die Begabung, lesenswerte Bücher zu schreiben.

Das Buch spricht Leser an, die an objektiver und ausgewogener Information Über die nachrichtendienstliche Arbeit, ihre Wechselwirkung mit dem Zeitgeschehen und an politischen Zusammenhängen interessiert sind, die bei der offiziellen Berichterstattung in West und Ost zu wenig evident wurden.

Leser mit distanziertem Standpunkt gegenüber Kundschaftern, DDR und Sozialismus werden sich der Anteilnahme für die involvierten Menschen nicht verschließen können, die das Buch mit seiner persönlichen Diktion und der Kunst treffenden Charakterisierens vermittelt; das hebt den Anspruch dieses Buches und seines Gegenstandes weit über das Niveau von Spionage und Spionageliteratur hinaus.

Wolf-Herniann Gründer

Cottbus

Absolutes Wissen

KONKRET, alle Jahrgänge

Liebe GenossInnen, wie Ihr wißt, seid Ihr ein kleinbürgerliches Zerfallsprodukt der anti-autoritären Bewegung von 68. Eure politische Orientierung ist ideologisch und entspricht nicht den bürgerlich-kapitalistisch-patriarchalischen Verhältnissen der endkapitalistischen Gesellschaft. Das heißt, Ihr habt von der Marxschen Theorie keine Ahnung, geschweige denn, daß Ihr sie weiterentwickelt hättet. Dem kann und muß abgeholfen werden.

Wie Ihr vielleicht auch wißt, bin ich als Nachfolger von Hans-Jürgen Krahl inzwischen einer der bedeutendsten (wenn auch mehr im Ausland als hier bekannten) revolutionären Marxisten der Gegenwart, mit über 40 linksintellektuellen Buchveröffentlichungen, und im Besitz des von Hegel sog. absoluten Wissens. Außerdem schreibe ich seit längerem Aufsätze für Untergrund- und Szenezeitschriften.

Um die positivistische Zersplitterung der verdinglichten linken Organisationen und Medien aufzuheben und die Theorie und Praxis der sogenannten Linken auf dem aktuellsten Stand zu vereinheitlichen, schlage ich Euch vor, in Eurer nächsten Ausgabe unzensiert Aufsätze von mir zu veröffentlichen und je ein Buch von mir zu besprechen. Erstes soll in der Reihenfolge der von Marx vorgeschlagenen Schritte geschehen: der Kritik der Religion (1), der Politik (2)1 der Ökonomie (3) und der Anthropologie (des Menschen) (4). Diese Schritte schließen bekanntlich Emanzipationsschritte ein, denn nach Marx ist die Selbstveränderung des Menschen eine Bedingung der Möglichkeit der Gesellschaftsveränderung. Teilt mir bitte mit, ob Ihr mit dieser Aktion einverstanden seid.

Dr. phil. Walter G. Neumann,

Hannover

Die Redaktion bittet, bevor sie evtl. zur finalen Kritik von Religion und Anthropologie usw. voranschreitet, den Besitzer des absoluten Wissens um etwas Bedenkzeit.

Konkret 12/97, S. 9

Hermann L. Gremliza

Politische Wissenschaften

Die Church of Scientology ist eine Organisation, die ihre Mitglieder ausbeutet, sie anleitet, andere auszubeuten, und das einen Gottesdienst nennt - eine ganz gewöhnliche Scheißreligion also. In den USA ist sie als Kirche anerkannt, in Deutschland nicht. Das hat viele Gründe, unter ihnen den, daß die Deutschen einen Verein, der ein paar Millionen Morde auf seinem Konto hat, eher für eine Glaubensgemeinschaft halten als einen, auf dessen Konto sich nur Geld sammelt. Und da ist ja auch was dran.

»Mit Religion«, meint die »FAZ«, »hat die geldschneiderische Unterdrückungsideologie nun wirklich nichts zu tun.« Aber erklärt das bißchen Reibach, nach der Höhe der Summe wie nach der Menge krimineller Energie nicht zu vergleichen mit einem gewöhnlichen christlich-demokratischen Rentenbetrug, den Eifer der Verfolger? Und erklärt der die Reaktionen? Den Beschluß, den der Auswärtige Ausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses zugunsten der Scientologen gegen deren Behandlung durch die Deutschen gefaßt hat? Und das Urteil eines Einwanderungsgerichts in Florida, das einer Scientologin politisches Asyl gewährte, weil sie in Deutschland religiöser Verfolgung ausgesetzt sei?

Vor einem Jahr hatten prominente amerikanische Scientologen mit einer Anzeige in der »New York Times« gefordert: »Stoppt den Haß in Deutschland! Laßt nicht zu, daß sich die Geschichte wiederholt!« Als Außenminister Klaus Kinkel jetzt Washington besuchte, wurde er an allen Ecken mit den Rufen »Nazi, Nazi!« und »totalitäres Schwein!« empfangen, und keiner seiner Gastgeber hat sich, wie das in Bonn der Brauch ist, bei dem deutschen Gast für seine ungezogenen Landsleute entschuldigt. Was geschieht da?

Scientology ist eine politische Wissenschaft, oder vielmehr: der Streit um die Sekte ist es. In ihm lassen sich politische Präferenzen und Abneigungen deutlich machen, bei größtmöglicher Schonung des Porzellans. Die Deutschen benutzen den Streit, um den Amerikanern informell mitzuteilen, daß sie jetzt, mit Europa im Rücken bzw. zu Füßen, eine gleichberechtigte Weltmacht seien und jeden Versuch reedukatorischer Einmischung als Aggression des amerikanischen Kulturimperialismus verstehen würden. »Wenn ich von einer Religion höre, die in Amerika gestiftet ist, dann halte ich sie gleich für Schwindel«, schrieb jüngst der Johannes Gross, ein Lautsprecher des neuen Deutschland. Das sei gewiß nur »ein dummes Vorurteil«, aber er »komme nicht davon los«. Er teilt es deshalb - *to whom it may concern* - dem Zentralorgan mit und dieses der Welt. Die Amerikaner sind Geldschneider und Schwindler und insoweit irgendwie Juden.

Die Deutschen bleiben immer irgendwie Nazis, antworten die Amerikaner. Der Vergleich der Schikanen, denen die Scientologen in Deutschland ausgesetzt sind, mit der Vernichtung der Juden ist erstens bizarr. Zweitens macht er einen praktischen Sinn: Er teilt den Deutschen mit, daß die USA sich immer noch als Anführer der Anti-Hitler-Koalition verstehen, die im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen fortbesteht, und daß die Deutschen unter dessen und der Amerikaner Kuratel zu bleiben haben.

Der Zweite Weltkrieg, der jenseits des erfreulichen Resultats, daß die Nazis ihn verloren haben, auch ein Krieg um die Aufteilung der Welt und der Herrschaft über sie war, ist, nachdem - Churchills Wort zufolge - zuerst das falsche und in der Nachspielzeit das richtige Schwein geschlachtet war, vor ein paar Jahren zu Ende gegangen: mit dem Sieg der Amerikaner, aber eben auch mit dem ungewollten Sieg der Deutschen. Seither bemühen sich die USA, Deutschland die Beute vorzuenthalten und den Aufstieg Deutsch-Europas zur zweiten Weltmacht zu hintertreiben - in netter Form:

Sie sicherten den Deutschen Unterstützung beim Streben nach einem der ständigen Sitze im UN-Sicherheitsrat zu, die bisher den Staaten der Anti-Hitler-Koalition vorbehalten sind - und ließen sich viele hübsche Dinge einfallen, die einen Erfolg dieses Strebens vereitelten und den Kinkel zur Weißglut trieben. Sie luden die Deutschen ein, ihr *partner in leadership* zu werden, und erneuerten bei erster Gelegenheit, in Jugoslawien, die Partnerschaft mit den Mitgliedern der Anti-Hitler-Koalition: Nachdem es England, Frankreich und Rußland wieder nicht geschafft hatten, die deutschen Militaristen zu stoppen, traten die USA in den Krieg ein und übernahmen, wie in den Vierzigern, dessen Führung. Der *partner in leadership* durfte als Junior im Auftrag der UN, also des Sicherheitsrats, also der USA, in zweiter Reihe den Rühe hinhalten, zahlen und sich unbeliebt machen. (Daß die Deutschen alles gern tun, was ihnen erlaubt, in Uniform auf anderer Leute Land herumzulaufen, steht auf einem anderen Blatt, und vielleicht tun sie es in diesem Fall zu Recht gerne, denn was hier beschrieben wird, ist bloß das Kalkül der USA, das ja auch falsch sein kann.)

Auf derselben Reise, die ihm die »Nazi«-Rufe und den Beschluß des Auswärtigen Ausschusses eingetragen hat, erhielt Kinkel eine dritte Lektion. Die Bitte des deutschen Außenministers, man möge der neuen iranischen Regierung »die Hand zum kritischen Dialog reichen«, beschied seine Gastgeberin Madeleine Albright mit dem Wort: »Wir setzen den Schwerpunkt auf kritisch und nicht auf Dialog.« Das hieß: Wir lassen euch keine Extratouren mit euren geliebten islamischen Gotteskriegern mehr durchgehen, sondern erwarten von euch jeden Hilfsdienst im Kampf gegen Saddam

Hussein und die anderen Feinde Israels. Kinkel revanchierte sich, indem er die Vorlage des Auswärtigen Ausschusses in Sachen Scientology in Deutschland »völlig absurd« nannte und das Abstimmungsergebnis im Kongreß, der das Papier mit 318 zu 101 Stimmen verwarf, mit der höhnischen Bemerkung quittierte, hier habe sich »die Vernunft durchgesetzt«.

»Wenn es jetzt eine Golfkriegs-Situation gäbe, so wie damals, würde Deutschland sich beteiligen, und ich hätte dafür die Möglichkeit.« So prahlte Volker Rühe, ehe die Strategen seines Ministeriums das »Unbehagen« äußern konnten, das sie bei dieser Vorstellung empfanden, weil man dabei möglicherweise die Chanche auf einen Sitz im UN-Sicherheitsrat »verspiele« - für den Fall nämlich, daß man nicht mitmacht, sich ein Nein der USA einhandelt, und für den anderen Fall eines der Vollversammlung. Daß die USA die Deutschen an einem Militärschlag gegen den Irak beteiligt sehen möchten, ist so verständlich, wie die Weigerung der Deutschen es wäre, denen nichts besser zupaß käme, als wenn die Amis sich's auf Zeit und Ewigkeit mit den islamischen Staaten verdürben. Denn diesmal, da Saddam Hussein kein Nachbarland überfallen oder mit Raketen angegriffen hat und das internationale Recht eine Intervention noch weniger hergibt als 1991, stünde der Weltpolizist mit den Manieren eines Giuliani-Cops ziemlich einsam gegen die Meinung dreier Kontinente - eine Vorstellung, auf deren Realisierung die »FAZ« ganz scharf ist: »Populär oder nicht: Nur ein Militärschlag wird die Einhaltung der UN-Resolution erzwingen.«

Konkret 12/97, S. 10

Herrschaftszeiten

Programm

Eine Folge der TV-Reihe »Große Romanzen« des NDR (Maria Callas und Onassis, Liz Taylor und Richard Burton, Grace Kelly und Rainier von Monaco, die Kennedys) war dem Liebespaar Adolf Hitler und Eva Braun gewidmet. Das ist wahr. Daß das ZDF in seiner Reihe »Wen Gott liebt, den ruft er früh« überjung gestorbene Genies nach Wolfgang Amadeus Mozart und Georg Büchner in der dritten Folge Horst Wessel präsentieren wird, ist (noch) nicht wahr.

Einzelfälle 1

Die Bundeswehr dürfe wegen rechtsextremistischer Einzelfälle nicht pauschal diffamiert werden, sagte Bundeskanzler Kohl auf der 36. Kommandeurs-Tagung in Berlin. Die demokratische Überzeugung der allermeisten Soldaten sei über jeden Zweifel erhaben. Generalinspekteur Hartmut Bagger stellte den Kommandeuren die Frage, ob die Wehrpflichtigen abends nach Dienstschluß wirklich unbeaufsichtigt gelassen werden können. Er schien zu befürchten, daß sie in diesem Fall verstärkt ihrer demokratischen Überzeugung nachgehen könnten.

Einzelfälle 2

Nach Angaben des Bundesamts für Verfassungsschutz fühlen sich deutsche Neonazis von der Bundeswehr stark angezogen. Die Neonazis neigten zu »autoritären Verhaltensmustern« und seien der Auffassung, diese beim Wehrdienst finden zu können. Das Heer lasse »die Herzen vieler Neonazis höher schlagen«. In der Propaganda der rechtsextremen Szene werde immer häufiger zum Wehrdienst aufgerufen. Für eine »planmäßige Unterwanderung« der Bundeswehr gebe es jedoch keine Anzeichen. Bei den Vorfällen im sächsischen Schneeberg und im fränkischen Hammelburg handle es sich mit hoher Wahrscheinlichkeit um Einzelfälle.

760 Einzelfälle

Das Bundesministerium der Verteidigung (wessen und gegen wen bleibt geheim) gibt bekannt: Von Januar bis Oktober 1997 hat sich die Zahl rechtsextremistischer Vorfälle in der Bundeswehr verdreifacht - auf 126, mit 161 beteiligten Soldaten. Der Militärische Abschirm-Dienst (MAD) habe ermittelt, daß derzeit 760 Rechtsextremisten in der Bundeswehr tätig sind. Minister Rühe hat eine Arbeitsgruppe gegen Rechtsextremismus unter Leitung des Generalmajors Hans-Peter von Kirchbach berufen. Kirchbach war zuletzt Kommandeur der Truppen, die beim Hochwasser an der Oder eingesetzt wurden.

1 Einzelfall

Herwig Pickert, Oberst und Dozent an der Führungsakademie der Bundeswehr, hatte in einem Leserbrief an den »Rheinischen Merkur« geschrieben, der »1939 von Deutschland begonnene Angriffs- und Vernichtungskrieg« sei von Anfang an ein Verbrechen gewesen, und die Wehrmacht »ein wesentliches Instrument zur Durchführung«. Einem Denunzianten, der diesen Vorfall den Vorgesetzten und dem MAD gemeldet hatte, schrieb Pickert einen Brief, in dem er seine Arbeitsstelle und seinen Dienstgrad angab. Weil dies in privaten Schreiben nicht erlaubt sei, erhielt Pickert von seinen Vorgesetzten als »erzieherische Maßnahme« eine »schriftliche Ermahnung«, woraufhin Pickert sein »Ehrenkreuz der Bundeswehr in Gold« an Minister Rühe zurückschickte.

Dementi

Es ist unrichtig, daß der Starhistoriker des ZDF, Guido Knopp, den deutschen Überfall auf die Sowjetunion (»Unternehmen Barbarossa«) als ein unglückliches Zusammentreffen von 1,5 Millionen Einzelfällen darstellen will.

Rassismus 1

Am 6. November hat der Europarat eine Konvention zur Unterschrift ausgelegt, welche die Einbürgerung von Ausländern und den Erwerb doppelter Staatsbürgerschaften erleichtern soll. Noch am gleichen Tag traten 15 europäische Staaten dem Vertrag bei. Deutschland will nicht unterzeichnen.

Rassismus 2

Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat einen Abschiebestopp für algerische Flüchtlinge und Asylbewerber abgelehnt. Die fundamentalistischen Gewalttaten in Algerien richteten sich nicht speziell gegen zurückkehrende oder abgeschobene Flüchtlinge, sondern gegen die Gesamtbevölkerung, erklärte Innenminister Thomas Schäuble (CDU).

Expropriation 1

Ergebnisse einer »Armutskonferenz« in Hannover: 1995 waren 2,5 Millionen Menschen in Deutschland auf laufende Unterstützung zum Lebensunterhalt angewiesen. Mehrere hunderttausend Menschen, vor allem Arbeiter, lebten in »verdeckter Armut«. »Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander«, sagte der Politologe Ernst-Ulrich Huster. Es drohe eine »Lateinamerikanisierung« der Großstädte, für die Hamburg ein gutes Beispiel sei: Die Stadt habe eines der höchsten Pro-Kopf-Einkommen der BRD und zugleich immer mehr Arme, die in bestimmte Stadtteile ausgegrenzt würden, damit es den Reichen leichter falle, sie aus ihrem Bewußtsein zu verdrängen.

Expropriation 2

Nach einem Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung besitzen 6 Prozent der Deutschen mehr als 30 Prozent des Geldvermögens. Das durchschnittliche Nettovermögen eines deutschen Haushalts lag 1995 bei 118.000 Mark, die Hälfte der Haushalte hatte jedoch weniger als 38.000 Mark. Zwischen 1980 und 1996 hat sich die Lohn- und Gehaltssumme verdoppelt, die Vermögenseinkommen und Gewinne haben sich verdreifacht.

Expropriation 3

In den letzten zehn Jahren ist der Einkommenssteuer-Anteil der Unternehmer am Gesamtsteueraufkommen von 6,6 auf 2,9 Prozent gesunken. Der Körperschaftssteuer-Anteil der Unternehmer fiel von 7,1 auf 3,7 Prozent, der Gewerbesteuer-Anteil von 7,1 auf 5,7 Prozent.

Perestroika

Nach dem neuesten Jahresbericht des Internationalen Arbeitsamtes (ILO) in Genf sind nur 12 Prozent der weltweit 1,3 Milliarden Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert. Nur in vierzehn Ländern liegt die Quote über 50 Prozent.

Kleine Freuden

Die Einnahmen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) aus Kirchensteuern sind 1997 gegenüber dem Vorjahr um fast zehn Prozent gefallen.

Rassismus 3

In Zittau, an der Grenze zu Polen und der Tschechischen Republik, weigern sich die Taxifahrer, Ausländer zu befördern. Das liegt ausnahmsweise nicht an den Taxifahrern, sondern an den Behörden. Die drohen, weil einige Flüchtlinge den Weg nach Deutschland durch den vom Bundesgrenzschutz kontrollierten Grenzstreifen in Taxis geschafft haben, Taxifahrern mit dem Entzug ihrer Lizenz sowie mit Geld- und Gefängnisstrafen, wenn sie bei der Beförderung von Flüchtlingen ertappt werden. Ein Zittauer Taxifahrer wurde bereits zu 16 Monaten Gefängnis ohne Bewährung wegen Beihilfe zum »unerlaubten Aufenthalt« verurteilt, weil er, wie es im Urteil hieß, »genau wußte, daß er Illegale transportiert«. Die »Berliner Zeitung« hat Zittauer Taxifahrer befragt:

Einer der Kollegen erinnert sich an eine Kontrolle: »*... dann mußten meine beiden Fahrgäste in strömendem Regen aus dem Taxi steigen und auf der Straße stehen bleiben, während die BGSer in aller Ruhe ihren Einsatzwagen bestiegen und die Papiere kontrollierten. Zehn oder fünfzehn Minuten mußten sie da stehen, sie wurden klitschnaß.*« *Die Dokumente der zwei jugoslawischen Bauarbeiter waren in Ordnung. Bernd B. erzählt:* » *Wenn wir hier am (Zittauer) Bahnhqf BGSer fragen, ob wir jemanden mitnehmen können, sagen die: Fahrt mal los, wir werden euch dann schon kontrollieren.* « - »*Die Jagd auf uns scheint für manchen Beamten zum Sport geworden zu sein*«, *sagt sein Kollege.*

Henlein-Führer

Aus dem mit 165 Millionen Mark ausgestatteten deutsch-tschechischen »Zukunftsfonds«, der »überwiegend für Projekte zugunsten von Opfern nationalsozialistischer Gewalt« verwendet werden soll, darf keine Mark zur individuellen Entschädigung der Opfer, etwa für Rentenzuschüsse, ausgegeben werden. Das hat Bundeskanzler Kohl dem bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber fest versprochen. Damit soll verhindert werden, daß es aus dem Fonds zu Zahlungen

an die 8.500 überlebenden tschechischen Nazi-Opfer kommt. Das wiederum hat Stoiber, »Schirmherr der Sudetendeutschen«, seiner Klientel, deren Eltern unter ihrem Führer Konrad Henlein 1938 die Nazis in die Tschechoslowakei gerufen hatten, fest versprochen.

Neueste Alternativen

Der Spitzenkandidat erklärt seine neueste Wirtschafts- und Sozialpolitik:

Es muß ein faires Geben und Nehmen zwischen den Bedürfnissen der abhängig Beschäftigten und den Unternehmen hergestellt werden. Ein nationaler Beschäftigungspakt ist die wichtigste Aufgabe des ersten halben Jahres einer rot-grünen Regierung.

Der Spitzenkandidat erklärt seine neueste Außen- und Verteidigungspolitik:

Wenn wir nicht bereit sind, als Regierungspartei zu den vertraglichen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland zu stehen - und dazu gehört auch die Nato -, dann sollten wir das Regieren besser lassen. Wir werden beteiligt sein an einer Regierung, die in der nuklearen Planungsgruppe und im Nato-Rat sitzt, die Rüstungsverpflichtungen eingegangen ist. Nicht, daß mir das alles gefällt. Aber über diese Sachverhalte muß Klarheit bestehen, auch bei der Linken, auch an der Basis.

Damit der Fischer nicht nur vom Kopfe stinkt.

Wegweiser 1

Bis 1945 war Florian Seidl ein ganz normaler Nazi-Schriftsteller. Danach ging er seiner Liebe zu Blut und Boden im »Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes« nach, einer NS-Nachfolgeorganisation, die 1980 als verfassungsfeindlich eingestuft wurde. 1953 wurde dem braunen Dichter die Albertus-Magnus-Medaille verliehen, 1973 eine Straße seiner Heimatstadt Regensburg nach ihm benannt -- mit allen Stimmen des Stadtrats. 1993 beschrieb eine Regensburger Studentin in ihrer Magisterarbeit den Rassisten Seidl auch als Befürworter der »Tötung lebensunwerten Lebens«. 1996 forderte der Leiter eines Behindertenheims an der Florian-Seidl-Straße deren Umbenennung. SPD und Grüne schlossen sich an. Die CSU-Mehrheit im Stadtrat erklärte jetzt, daß es dafür keinen Grund gebe. Oberbürgermeister Schaidinger (CSU) hat einen Kompromiß angeboten: Der Straßenname bleibt, dafür wird in der Straße eine »kritische Gedenktafel« aufgestellt.

Wegweiser 2

Es kommt zusammen, was zusammengehört. Im Wahlkampf 1965 hatte Erhard erklärt, er habe schon an der Einführung der Deutschen Mark gearbeitet, als »Herr Brandt noch in norwegischer Uniform in Berlin herumlief«. Der Berliner Senat hat jetzt beschlossen, zwei Straßen im künftigen Regierungsviertel von Berlin nach Willy Brandt und Ludwig Erhard zu benennen.

Deutsch-Markwort

Der Zentralrat der Juden in Deutschland hat einen Bericht der Illustrierten »Focus« als »diskriminierend und antisemitischen Vorurteilen entgegenkommend« kritisiert und Beschwerde beim Deutschen Presserat erhoben. Das Blatt hatte eine Liste von »Juden in der US-Regierung« veröffentlicht und ihn mit einem auf die US-Flagge montierten Davidstern illustriert. Zwar sei es, schrieb Ignatz Bubis, kein Einzelfall, daß deutsche Medien ohne ersichtlichen Grund auf die jüdische Zugehörigkeit von Politikern und anderen Prominenten anspielten; eine »derart zusammenhanglose Auflistung« jüdischer Politiker habe es allerdings noch nicht gegeben. Chefredakteur Markwort ist »empört über diesen schlimmen Vorwurf«. Dabei hatte Bubis noch gar nicht den eigentlichen Skandal enthüllt: Zwei von Markworts sechs ».Juden« in der US-Regierung, Madelaine Albright und William Cohen, sind Christen. Juden sind sie nur nach den Maßstäben der Nürnberger Gesetze, die bei »Focus« noch in Kraft zu sein scheinen.

Deutsch-Gollwitz

Horst Schmidt trägt einen guten deutschen Namen. Der Siebzigjährige ist Rentner, Mitglied des Kirchenrats und in seinem Dorf »eine Autorität« (»Süddeutsche Zeitung«). Das Dorf heißt Gollwitz und liegt in Brandenburg. Horst Schmidt mag seinen Ministerpräsidenten Stolpe, »der zu uns hält«, und rät Ignatz Bubis, sich in Gollwitz »besser nicht blicken zu lassen«. Schmidt: »Soll der Bubis die sechzig Juden doch zu sich nehmen, genug Häuser hat er ja.«

Wenn es jetzt eine Golfkriegs-Situation gäbe, so wie damals, würde Deutschland sich beteiligen, und ich hätte dafür die Möglichkeit

---

Volker Rühe, Kriegsminister, CDU

Ich halte es für unverantwortlich zu sagen, bei einem Golfkrieg wären wir jetzt dabei. Die Frage ist vielmehr, welcher Fall dem Parlament vorgelegt wird. Dann muß man abwägen

---

Walter Kolbow, Militärexperte, SPD

Das ist eine Eskalation der bundesdeutschen Außenpolitik, die nicht hinnehmbar ist

---

Jürgen Trittin, vor dem nächsten Parteitag der Grünen

Konkret 12/97, S. 12

Thomas Ebermann, Rainer Trampert

Voodoo im Schanzenpark

Der Hamburger Stadtteil Sternschanze, eine Hochburg der GAL, autonomer und linksalternativer Gruppen, ist dem rassistischen Wahn verfallen. Angesichts der lokalen Drogenszene und angefeuert von den Hamburger Medien geht im Viertel mittlerweile Pogromstimmung um

Elly Webbs wohnt seit über siebzig Jahren im Schanzenviertel. Sie ist nicht weggzogen, als die Nazis aufmarschierten, als die Bomben fielen, als nacheinander die Engländer, Türken und Yuppies kamen, auch nicht, als die Chaoten das leerstehende Floratheater besetzten. Das meine er nicht, sagt der Interviewer. Ob sie denn nicht heute aufs Land ziehen möchte, wo doch nun »schwarze Dealer« da seien und sich niemand mehr aus dem Haus traue und viele weg wollten, weil »die Belastung« im Viertel »ins Unermeßliche« gestiegen sei. Nö, gibt Elly Webbs freimütig zu, »die jungen Leute hier stören mich nicht, und negative Erfahrungen habe ich nicht gemacht. Ich brauche diese Umgebung - auf dem Land zu wohnen, das wäre nichts für mich.« Nichts, möchte man meinen, ist außergewöhnlich an Elly Webbs. Und doch ragt sie wie ein Fels aus der Brandung, weil sie ganz einfach bei Verstand geblieben ist.

Das Viertel ist heute nicht mehr mit dem des Jahres 1874 vergleichbar, als Carl Hagenbeck den ersten Hottentotten auf dem dortigen »Schulterblatt« ausstellte - im Holzkäfig, zur Belustigung. Der hatte noch nichts zu verkaufen, und seine Bewegungen quittierten die Neugierigen schauernd mit »Oh« und »Ah«. Nein, die Begegnung mit dem schwarzen Mann verläuft heute ganz anders. Kristina Johrde und Andreas Ulrich vom »Hamburger Abendblatt« wissen ein Lied davon zu singen. Sie stehen am Ausgang des S-Bahnhofs Sternschanze und beobachten, wie sie später berichten, einen Schwarzafrikaner, der auf dem Weg zum Kiosk »eine Schachtel Marlboro Light aus der Tasche« holt und »das Aluminium-Blatt achtlos auf den Asphalt« wirft. Sie wenden sich an zwei Polizisten. »Haben Sie das gesehen? Warum unternehmen Sie nichts?« - »Manch einer ertappt sich mit Grauen bei der Abneigung, die ihn beim Anblick eines Schwarzafrikaners überfällt«, denken sie noch, da fährt der dunkle BMW des Polizeipräsidenten vor. »Warum tun Sie nichts, Herr Uhrlau?« fragen sie. Er lädt sie zum verabredeten Rundgang ein. Als sie wieder am S-Bahnhof ankommen, machen die beiden eine entsetzliche Entdeckung: »Das Aluminium-Papier aus der Zigaretten-Schachtel liegt immer noch auf der Straße.« - Der Anblick eines Schwarzen und ein Fetzen Papier, da explodieren die Zivilisationsneurosen.

Zwei Jahre vor der Ausstellung des Hottentotten wurde das »Pianohaus Trübger« eröffnet. Yvonne Trübger, die es in der vierten Generation leitet, hat sich mit anderen Anwohnerinnen und Anwohnern des Viertels in einem Restaurant getroffen. Sie berichtet: »Zu unseren Hauskonzerten kommen viel weniger Besucher als früher.« Schlechte Interpreten? Nein, »die Leute trauen sich abends nicht mehr in unsere Gegend«. - »Ein Bäcker gab seinen Laden nach 50 Jahren auf«, weil die Dealer bei der Konkurrenz kauften, berichtet einer, der neulich in der Aula frenetisch mitgeklatscht hatte, als eine Frau vorschlug, »schwarze Drogenhändler aus dem Helikopter ins Meer zu werfen«. In einem Friseursalon seien »Mitarbeiter entlassen« worden, »weil sich jeder zweite Kunde lieber woanders frisieren läßt«. Mißratene Haarschnitte? Nein, die Kunden wollen nicht mehr »durch ein Dealer-Spalier laufen«. Dann plappern alle durcheinander: Die Leute »schlafen ständig bei geschlossenem Fenster«, Drittkläßler werden als »Drogenkuriere benutzt«, ja, »wenn's an die Kinder geht, dann ist Schluß mit der Toleranz des liberalsten Bürgers«. Schwarze »öffnen« dauernd ihre »Reißverschlüsse« und »onanieren«. »Bei schönem Wetter sieht es hier aus wie auf'm Bahnhof von Simbabwe«, sagt der Wirt vom »Machwitz«. Genau, pflichtet ihm eine Geschäftsfrau bei, »manchmal sehe ich nur noch Schwarze.« - »Wer es sich leisten kann, zieht weg.« - »Ich denk', hier lassen sich die Mieten nicht mehr bezahlen?« sagt ein mißmutiger Sozialarbeiter, der auch nach drei Patrouillengängen noch keine Spritze gefunden hat.

»Viele Nachbarn« trauen »sich nicht mehr aus dem Haus«, seufzt ein Dicker, der vom Alkohol gezeichnet ist. Einer, der »seit vielen Jahren Kampfsport macht«, wispert verängstigt: »Wenn es dunkel ist, geh' ich nicht mehr auf die Straße.« Er vergittere sogar »abends die Fenster«, sagt Heinz Kaiser, der Zigaretten und Waffen verkauft. »Wera Hartwig«, sagt der Bäcker, und alle nicken, wage »sich nach Einbruch der Dunkelheit« auch »nicht mehr aus dem Haus«. Frau Hartwig habe als Kind »noch erlebt, daß Familien die Wohnungstüren offenstehen ließen« - heute »fotografiert sie« nur noch »Drogenhändler von ihrem Wohnzimmerfenster aus«. Woran man die erkennen könne, will einer wissen. Ganz einfach, brüstet sich der Ortsvereinsvorsitzende der SPD: »An Markenjeans« und »einem teuren Mountainbike«. Und schwarz sind sie, ergänzt der Sozialarbeiter. Plötzlich fuchtelt der Alki wild mit dem Arm, deutet zum Fenster und ruft: »Draußen geht ein Farbiger, blutjung, goldene Ringe und glänzende Armbänder. Er zählt Geldscheine!« Da können sie nicht mehr an sich halten. »Hände abhacken!« ruft einer. »In der Sahara aussetzen - da ist genug Platz«, meint Reinholt Trübger, und Erika Leppin vom »Gardinengeschäft« brüllt so laut sie kann: »Alle auf eine Galeere und zurückrudern!«

Am Tresen steht ein Polizist und säuft. »Da läuft wieder einer von ihnen«, lallt er und fügt, als er die neugierigen Blicke der anderen spürt, hinzu: »Jaja, wir kennen sie alle.« Da hier wieder mal ein Polizist versagt, nimmt Thomas Böwer, SPD-Geschäftsführer des Ortsvereins Eimsbüttel, die Sache in die Hand. Er halte nichts von Galeeren, man müsse die Drogenszene einfach »vertreiben«. Es müsse genügen, wenn alle »sich belästigt fühlen«, und zwar »unabhängig davon, daß

die Situation objektiv vielleicht weniger schlimm ist als subjektiv wahrgenommen«. Außerdem plane die Bürgerinitiative »Susanne Bartels«, Kleinkinder mit Laternen loszuschicken. Das käme gut, und sein Süßer würde auch schon üben: Dealer, verpißt euch!

Die Leute, die wir hier zu einem fiktiven Gespräch (alle Zitate sind diversen Zeitungsberichten entnommen) ins Restaurant gesetzt haben, sind Kronzeugen der Medienkampagne, die übers Schanzenviertel gekommen ist. Der Bürgerwahn aber war schon vorher da. Im Zeitungsladen wurde bereits seit einiger Zeit geflüstert: Sind wir hier in Deutschland oder in der Türkei? Aber man hielt sich noch zurück, solange das Losschlagen sich nicht schickte oder es Ärger bringen konnte. Die im Schanzenviertel reichlicher als anderswo vorhandene »Szene« verhielt sich solidarisch oder fand das Bunte schick. Sie kontrollierte zugleich die latent Agressiven. Die schroffe Feindschaft, von der aus anderen Stadtteilen, etwa den DVU-Hochburgen, berichtet wird, kam nicht auf.

Die Kampagne der Medien konzentriert sich nun auf eine Aussage: Mit den »schwarzen Dealern« kommt der Sündenfall ins Viertel. Die Wahnhaften mögen bereits vieles gehaßt haben, Chaoten, selbstbewußte Frauen, Hundescheiße, Türken, Autokolonnen, respektlose junge Menschen, von Gerüchten umwobene kurdische Dealer, Schutzgeldsammler und Geldwaschanlangen. Das alles scheint unerheblich zu werden angesichts der Afrikaner, die sich im Schanzenpark am S-Bahnhof treffen, mehr noch: Sämtliche Vorurteile konzentrieren sich jetzt auf einen Adressaten und die einfache Lösung. Auf die Galeere mit denen und ich kann wieder atmen, denkt der Psychopath. Indem die Medien die Anwohner zu Opfern erklären und ihre Halluzinationen zu einer Wirklichkeit, die niemandem mehr zuzumuten sei, ist die Bahn frei. Jeder darf plötzlich denken, daß jeder so denkt. Das Vorurteil sieht sich durchs Vorurteil bestätigt.

Das Auftauchen des schwarzen Mannes hat noch mehr vermocht. Eine für die Zwecke der Fremdkontrolle bedeutende und im Viertel überaus präsente Szene ist nicht nur ausgefallen, ihr ist der schwarze Dealer ebenfalls ins Gemüt gekrochen. Ein breites Bündnis (Anwohner-Initiative Flora-Park, Elterninitiative BaSchu, freiraum Hamburg, Cafe Fixstern, Wohnprojekt Schanzenstraße 41, Alchemilla - Heilkundeausbildung für Frauen, Palette) will die »Schaffung und Erhaltung eines wichtigen Ortes für Kinder und Nachbarschaft« und proklamiert dafür dealer- und konsumentenfreie »Schutzräume« im Stadtteil: »Keine Drogen, kein Dealen und keine Depots« etwa auf Kinderspielplätzen und im Florapark. Sie »wissen, daß Verdrängung und Kriminalisierung keine Lösung für das Problem Drogen darstellen, und unterstützen die Forderungen nach verbesserten Hilfsangeboten und Freiräumen«. Sie suchen dabei »keine Konfrontation«. Solange aber keine politischen Lösungen, die dauern können und deren Inhalt unbestimmt ist, »gefunden sind, leben auch wir mit unseren Ängsten«. Wer Ängste hat, ist Opfer und als solches berechtigt, aggressiv zu werden: »Der BaSchu (ein Spielplatz, d. Red.) und der Flora-Park hat (!) viele Fenster und viele Augen. Wir bekommen mit, was auf dem Platz geschieht.« Mit ihnen das ganze Volk, denn »alle Nachbarn werden aufgefordert, unsere Forderung aktiv zu unterstützen. Wir suchen und zerstören jedes Depot. « Zack. Man will »zu einem besseren Umgang miteinander hier im Viertel finden« - »darum schont unsere Schutzräume«. Zack. »Jeder, der unsere Toleranzgrenzen akzeptiert, ist willkommen.« Wer nicht - zack! Wenn der Junkie vom Menschen zur Spritze mutiert, herrscht Null-Toleranz.

Man ist Vorhut. Nachbarn werden nicht mehr gegen Brokdorf mobilisiert, sondern mit gleicher Vehemenz aufgefordert, Bürgerwehren zu bilden. Welchen Schutzraum haben Sie proklamiert, Herr Trübger? Um den Bahnhof herum und die Schanzenstraße. Um den Park kümmern Sie sich ja schon. - Sonja Deuter, inzwischen Abgeordnete der GAL, hätte sich vor zehn Jahren »nicht vorstellen können, je mit der Polizei Patrouillen« abzusprechen. »Aber Entwicklung heißt beweglich bleiben«, sagt sie, während sie die Demarkationsschilder »Schutzraum« anbringt. Weil »das hier unser Lebensraum ist«, fügt sie unbekümmert im Nazi-Jargon hinzu. - Wie heißt denn Ihre Bürgerwehr, Herr Trübger? Volk ohne Raum? Und wie viele Aktivisten zählt sie? Immerhin haben 43 Prozent im Viertel GAL gewählt.

Die Beweglichen wissen, daß Dealer und Drogenkonsumenten genauso zu dieser Welt gehören wie Ökomarkt und Gesundheitsbewußte. Sie verstehen sich darauf, die Konzession an den Realismus perfide mit dem Angriff auf jene, die daraus Einkünfte beziehen, zu verknüpfen. Man benötigt »einen bestimmten Bereich, in dem gedealt wird«, gesteht Norbert Hackbusch vom linken GAL-Flügel und fügt hinzu: »Ich finde Dealen eine der moralisch abstoßendsten Sachen, die es gibt. Das sind persönliche Schweine.« Welcher Platz gebührt dem Tier? Spielplätze und kleine Parks sind »Schutzräume«. Der Schanzenpark soll mit der Forderung »Ein Park für alle« (Menschen, nicht Tiere) zurückerobert werden. Auch »die abgelegenste Fixerecke wollen die Bürger« vom alternativen Sommerfest-Bündnis 96 »besetzen« und alle Dealer »vertreiben«. Noch schlimmer aber wäre das »Abdrängen ins Wohngebiet«. Wohin also mit ihnen? Als Kompromiß bieten sich besonders dunkle Gegenden an, weit jenseits der Heimatgrenzen, draußen beim Schlachthof, wo die Polizei mit ihnen allein ist. Wer sie sich ins Dunkle wünscht, spricht vom Grab.

Im Februar 97 protokolliert die »Erste Hilfe für die Sternschanze«, die schon in ihrem Namen die Hysterie zum Programm erhebt, die Ergebnisse ihrer Arbeitsgruppen. Sie dokumentieren eine Symbiose aus Vorurteil, Bedrohungsphantasie, Aggressionen gegen die Eindringlinge, Wehrhaftigkeit und den Wunsch nach jeder Menge neuer Planstellen. Die AG Afrika-Zentrum hat über »Belästigungen, Ängste« und »Einschränkungen, sich frei im Stadtteil zu bewegen«, gesprochen, dazu hat in den »vier letzten Sitzungen« als »Gast ein Polizeibeamter« mitgeplaudert über die »Probleme der Polizei im

Umgang mit Afrikanern«. »In Teilen der einheimischen Wohnbevölkerung« sei »der Eindruck entstanden, die Afrikaner hätten sich den Schanzenpark erobert und besetzten diesen«, sagt man, ohne die Paranoia noch reflektieren zu können. Was hat die Anwesenheit schwarzer Menschen, die die Anwesenheit anderer nicht ausschließt, mit Eroberung und Besetzung zu tun? Genausoviel wie ein alltäglicher Vorgang in der U-Bahn: Ein Schwarzer setzt sich, und die Anwesenden denken verbittert, daß er gleich noch drei weitere Plätze besetzt hält. Das aggressive Auftreten »der Afrikaner« schaffe »Angst und Furcht vor Obergriffen verbaler oder auch körperlicher Art«, heißt es, und »für viele ist ein angstfreies Bewegen, Einkaufen oder Spazierengehen im Stadtteil und Park nicht mehr möglich«. Überall Afrikaner. Da geht selbst die kleine Referenz an die Wirklichkeit verloren, die die »Welt« noch schreiben läßt, daß Spaziergänger »keine Übergriffe zu befürchten« hätten und »objektiv kaum eine Gefahr« bestehe.

Die AG Stadtteil läßt Gewerbetreibende über eine »Zunahme der Verschmutzung« klagen. Sie sind genauso gute Nachbarn wie »Polizisten«, die man »wohl zu der in dieser Frage aufgeklärten Berufsgruppe zählen« dürfe. Einen Monat später kann sich auch die Feuerwehr nicht mehr vor der Umarmung retten. Die benötige nun dringend »ein eigenes Feuerwehrhaus«. Wie meint doch die AG Drogen: »Alle zu ergreifenden Maßnahmen« müssen »den Effekt haben, die Situation für die AnwohnerInnen zu verbessern«. Wir sind das Volk. Man vereinbart eine »Sicherheitspartnerschaft« mit »vielfältig« trainierten und »durch Supervision« betreuten Polizisten, und Arbeitslose sollen »zum Teil in Form von Beschäftigungsmaßnahmen« Parks und Straßenzüge »mehrmals täglich« von »Müll, Spritzen, Hundekot etc.« reinigen. Der Arbeitsdienst und die selbstverwaltete Sozialstelle hängen zusammen. Wir erleben die Umorientierung der Sozialarbeiter-Profis weg vom halben Staat, der die ihm anheimfallende Betreuung noch konfliktbereit anpackt, hin zum ganzen Staat - inklusive der auch subjektiv gewollten Verschmelzung mit seinen Repressionsorganen. Der Gedanke an polizeiliche Folterungen in den Zellen hat den Anforderungen des neuen Bündnisses zu weichen. Kontrolle, Razzia, Verfolgung, Verhaftung, Ausweisung, der normale Tagesablauf vieler Schwarzer, ihre kalkulierte Stigmatisierung, welche den Haß der Bürgerinnen und Bürger beflügelt, um sie reif zu machen für das Polizeistadt-Modell New York. Alles ist gut.

Die wehrhafte Gemeinschaft gegen die phantasierte Bedrohung breitet sich aus wie ein schleichendes Gift. Die Zeitschrift »Zeck« (das Info-Blatt der »Roten Flora«) spiegelt die Dialektik von Gift und Gegengift wider. »Wer Junkies, Schwarzafrikaner ... aus >seinem Viertel< vertreiben möchte, der betreibt eine reaktionäre faschistoide Politik«, steht da. In einer anderen Ausgabe wollen »Anwohnerinnen und Anwohner des Schanzenviertels und Menschen, die sich täglich hier aufhalten«, noch einige vom Sozialarbeiter-Personal retten: Weshalb der »Fixstern (Junkie-Anlaufstelle, d. Red.) diese Aktion unterstützt, verstehen wir nicht«. So wie keine Diskussionsrunde im Schanzenviertel frei ist von Hysterie (unser Kneipentisch eingeschlossen), stoßen auch autonome Kreise auf »Ekel und Ablehnung der Entwicklung, Trauer, daß der Park nicht mehr >unser(ist sowie ein undifferenziertes Bedrohtheitsgefühl«. Eine »fremde Masse« schwappe unkontrolliert »ins Idyll«, werde als Bedrohung empfunden, als »kampfkraftschwächend« im Sinne »fehlgerichteter Rebellion«.

Ein Aspekt autonomer Lokaldialektik wird da zur Bürde: die latente oder offene Umgarnung des Völkchens im Viertel. Wer »seinen« Park pflegen wollte, weil er nicht mehr als aussätzig gelten mochte und eine Heimat suchte (die Anarchie im trauten Heim), sieht heute sein Lebenswerk in Gefahr. Schon die frühere Wandmalerei des autonom verwalteten Szene-Stützpunktes »Rote Flora« - »Die Stadt sind wir alle« -, die auch der Bürgermeister unterzeichnen konnte, offerierte eine heimelige und um so rigider ausgrenzende Gemeinschaft. Eines von vielen Beispielen: Die linke Zeitung »Analyse und Kritik« (»ak« - vormals »Arbeiterkampf«, zeigt Verständnis für die Belastung der Kleingewerbetreibenden. Sie empfiehlt in einem ansonsten durchaus vernünftigen Beitrag, »die Bedürfnisse aller im Stadtteil lebenden Menschen auf(zu)greifen«. Scheußlich. Die Bedürfnisse des Geschäftsmanns werden positiv aufgegriffen, die des Schwarzen nicht. Der lebt hier nämlich nicht. Manchmal deuten schon selbstgewählte Ettikettierungen den Wunsch an, irgendwie doch dazugehören zu wollen. Nur selten sind die seit Monaten im Viertel kursierenden Papiere noch mit einem der einst zahlreichen linken, radikalen, autonomen, lesbischen oder feministischen Titel unterzeichnet. Heute diskutieren »AnwohnerInnen-Initiative«, »Florapark-AnwohnerInnen« oder »einige AnwohnerInnen« miteinander. Wer etwas radikal anderes will, den müßte das Grauen packen bei dem Gedanken, eins zu sein mit der Gesamtheit der Bewohnerinnen und Bewohner des Viertels. Wer die Berufung auf »Wir Deutsche« warum auch immer ablehnt, kann doch nicht auf »Wir AnwohnerInnen« kommen!

Auch Kampfkult und soziale Frage können zur Bürde werden. Ursprünglich habe das Drogenverbot in der Roten Flora den einfachen Grund gehabt, »daß eine Besetzung eine politische Aktion ist, die klare Köpfe braucht und bei der jede Art von vernebelnden Drogen absolut nichts zu suchen hat«, erfahren wir aus alten Papieren. Die große Diskrepanz zwischen Befreiungswunsch und Realität erzeugt einen Leidensdruck, der in der Regel größer ist als der, den ein vergnügt-einverstandener Zeitgenosse verspürt. Der Druck wird nach einer Entlastung verlangen, die nicht entsolidarisieren und andere beschädigen soll, die aber auch nicht mit Martin Luther ausgetrieben werden kann. Unfaßbar, wie die »Gruppe blauer Montag« die soziale Frage behandelt. In einer Situation, in der sich die weiße Volksgemeinschaft rassistisch einstimmt, warnt diese linke Jobber-Initiative davor, sich auf den Kampf gegen den Rassismus zu konzentrieren. Eine solche »Verkürzung« reproduziere »die von Staat und Medien vorgegebene und in vielen Köpfen wirksame Reduzierung des sozialen Konflikts«. In Zeiten, in denen Asylbewerber-Heime brennen und Schwarze aus fahrenden Zügen gestoßen

werden, sollen sich »alle im Stadtteil« - Linke, Rassisten, Sexisten, proletarische Nazis, Kleinbürger - nicht ablenken lassen vom gemeinsamen Kampf für - die Jobber-Initiative sagt uns, was wir schon ahnten - »spritzenfreie Abenteuerspielplätze«.

Die Diskrepanz zwischen den Bedrohungsphantasien und dem, was einem wirklich begegnet, markiert den Wahn. Bisher wurde keine von Dealern begangene Greueltat gemeldet. Das muß nicht so bleiben, ist aber so. Nur weiße Anwohner fallen durch Gewalttaten auf, die durchaus in den Medien vorkommen. In den letzten Wochen hat 1. eines Nachts ein Anwohner gebrüllt: »Ihr wollt Krieg? Okay! Könnt ihr haben!« und mit Leuchtspurmunition auf Afrikaner geschossen, 2. ein Nachbar einen Schwarzen mit dem Messer verletzt, 3. ein Hiesiger einen Schwarzen mit der Pistole bedroht, mußte 4. nicht nur einmal die Polizei einschreiten, »weil Geschäftsleute im Begriff waren, Dealer zu verprügeln«, hat 5. ein Weißer versucht, in einer WG eine Mitbewohnerin zu vergewaltigen, haben 6. weiße Einheimische in einer Kneipe des Viertels eine Frau zusammengeschlagen. Dies wird nur eine Zufallsauswahl sein. Wer fordert da Vertreibung? Hätten Schwarze diese Gewalttaten verübt, wäre das Pogrom nicht fern.

Den realen weißen Gewalttaten korrespondieren Gewaltphantasmen, die auf die »schwarzen Dealer« projiziert werden. Die »Erste Hilfe« vermutet einfach mal, Schwarze könnten »Übergriffe körperlicher Art« begehen. Für den Sozialdemokraten genügt das subjektive Gefühl der Belästigung, um die »Vertreibung« zu rechtfertigen. Das Zischeln eines Schwarzen löst mehr Angst und Ekel aus als die Mißhandlung einer Frau durch einen Weißen oder gar das Messerattentat auf einen Schwarzen. Manchmal soll es vorkommen, daß Afrikaner, auch Dealer, kleinen Kindern freundlich zulächeln. Tut das nicht! Eine in den Medien gern zitierte Mutter würde ihre beiden Kleinkinder, zwei und vier Jahre alt, »nicht allein hier herumlaufen lassen«, weil die »Belästigung durch Dealer« so »schlimm« sei. Wir können allerdings davon ausgehen, daß kein Schwarzer ihren Liebsten an den Kragen will.

Daß ein seiner Buntheit wegen gepriesenes Viertel unbewohnbar geworden sein soll, als es noch bunter wurde, muß mit dem neuen Farbentyp zu tun haben. Rassismus schafft sich sein Objekt per Mystifikation. Um sich die Schwarzen entsprechend zu präparieren, werden sie zunächst über die Klassifizierung »schwarze Dealer« ihrer Individualität beraubt. Sie erscheinen nur noch als homogener, von außen ins Eigene hereinwuchernder Fremdkörper. Da ist kein 17jähriger mehr vorstellbar, der, seiner Armut zu entkommen, im Versprechen auf das große Glück von zu Hause wegging, großkotzig vielleicht wie viele, die kamen und keine Versager sein wollten. Er gerät in die Tretmühle von Asylbehausung, Machtkämpfen mit Gruppen aus anderen Ländern, Polizeigewahrsam (mit oder ohne Scheinhinrichtung), Putzdiensten (dalli, dalli!), Mißtrauen und Gewalt der Einheimischen. Und auch wenn seine Geschichte eine ganz andere und er dazu noch ziemlich unsympathisch wäre, existierte er auch dann nicht als Individuum, sondern als Teil einer schwarzen Masse.

Durch Mystifikation wird der schwarze Mann erst zu jener Projektionsfläche, auf die fast jedes Ressentiment geworfen werden kann, mit Ausnahme spezifisch antisemitischer. Der »schwarze Dealer« verwandelt geradezu zauberisch die stumpfen Blicke im Jogging-Anzug, die Alki-Schlangen im Penny-Markt, die getarnten Puffs, die Zockerkneipen und Geldwaschanlagen retrospektiv in ein buntes Künstlertreiben, er ist verantwortlich für fluchtartige Umzüge in andere Stadtteile und löst, wo immer er auftaucht, Yuppie-Tendenzen und hohe Preise in Wohlgefallen auf Er läßt die Fülle weißer Gewalttaten - einschließlich der gegen ihn gerichteten - verschwinden und sorgt für Umsatzeinbußen, steigende Gewerbemieten und Firmenpleiten. Brötchenbäcker, die zu Hauf ins Viertel drangen, weil der Verdrängungswettbewerb so spannend ist, gehen durch ihn bankrott. Er begründet die Einschließung von Kindern, das New Yorker Modell der Polizei und veranlaßt neue Planstellen für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter. Mit ihm kommt in einer sexistischen Welt der Sexismus erst richtig zum Zuge. Nur die Niederlagen des FC St. Pauli wurden ihm bislang noch nicht aufgebürdet.

Als Gegenstück zur rassistischen Projektion und als ihr Ergebnis entwickelt sich das Eigenbild des/der Projizierenden: Er/sie dealt nicht, hat Angst und lebte bisher in paradiesischen Verhältnissen. »Studenten, Künstler und Arbeitslose genießen die Sonne, ... lesen Stellenanzeigen«, ja, »hier ist die links-alternative Szene zu Hause, für die Toleranz zur Lebenseinstellung gehört«, schreibt die »Welt«, die immer schon ein Herz für Chaoten hatte. Die Multikultur ist um so besser, je häufiger auch ausländische Ladenbesitzer versprechen, schwarze Dealer zu verprügeln, und Polizisten mit Bananen beschenken - aus Überzeugung oder weil sie ahnen, wer trotz all der Hymnen auf Multikulti am Ende allenfalls noch geduldet wird, solange ihm nichts Unbotmäßiges vorgeworfen werden kann. Je vollkommener das glückliche Leben im Rückblick erscheint, desto schlimmer wird es den Stigmatisierten an den Kragen gehen. Nähme man statt »schwarzer Dealer« ein anderes Charakteristikum, geriete die Front sofort durcheinander. Zum Beispiel die Typisierungen »links« oder »rechts«, die vor gar nicht allzu langer Zeit einen nicht unbedeutenden Unterschied anzuzeigen schienen. Schon hätten wir eine völlig andere Problemlage. Genauso, wenn wir Menschen nach »Geschlechtern« oder Trinkgewohnheiten klassifizieren wollten.

Der schwarze Mann scheint derart magisch zu wirken, daß er selbst ein sonst übliches Trugbild verdrängt. Nur noch selten ist etwa vom Organisierten Verbrechen die Rede, jenen fremden Mächten, auf die verwiesen wird, damit niemand darauf kommt, woran Menschen hierzulande wirklich zerbrechen. Die Vorgeschichte der ins Heroin Getriebenen beginnt nicht in

Kolumbien, sondern häufig genug in Kinderzimmern. Mißhandlungen der Kinder, alltägliche körperliche wie seelische Gewalt, das Scheitern an den gnadenlosen Leistungskriterien oder andere Schrecken der bürgerlichen Welt schaffen die Nachfrage nach der Droge. Und solange Kapitalismus und patriarchalische Herrschaft wüten, werden Menschen auf einer Flucht sein, die auch in Betäubung mündet. Schon der Wunsch nach einem Leben aber, das nicht von Unglück gezeichnet ist, ist verdächtig. Er muß ausgemerzt werden, weil er sich nicht mit den Anforderungen kapitalistisch-industrieller Zwänge verträgt. Selbst der sich in besseren Kreisen bewegende Rundfunkmoderator muß, nachdem er mit einer Nase Kokain erwischt wurde, beteuern, wie groß das Unglück ist, dem er wenigstens zeitweise hat entkommen wollen. Das Unglück der sozial Ausgegrenzten soll sichtbar bleiben. Statt daß sie akzeptiert und kostenlos oder zumindest preisgünstig versorgt werden, treiben hohe Preise, Diebstahl, Prostitution, Abdrängung in hygienisch und sozial katastrophale Lebensumstände, gepanschter Stoff, Krankheit, Vorstrafen und die ganz alltägliche Verfolgung sie weiter ins Elend. Vehement trifft dann die Gebrandmarkten die allgegenwärtige Angst der Neurotiker vor Krankheit und Dreck.

Schwarze und Junkies treffen auf verschiedene Weise die Projektionen der verkümmerten Gesellschaft. Den Bewohner der verwalteten Welt plagt die Entfremdung, die Identität mit dem Herrschaftsmechanismus. Als der Polizeibeamte Karl-Heinz Kurras, der 1967 den Studenten Benno Ohnesorg ermordet hatte, vom Richter gefragt wurde, wie er denn nach seinem tödlichen Schuß reagiert habe, antwortete er: »Ich habe meinen Anzug geordnet.« Der Hamburger Richter Schill will für das Zerkratzen einiger Autos die Angeklagte für zweieinhalb Jahre hinter Gitter schicken, weil ihm durch die Verletzung eines Dinges die mechanische Weltordnung zusammenzubrechen scheint, die ihm seinen inneren Halt garantiert. Solche Menschen sind die Helden einer psychotisierten Gesellschaft. Waschzwang, Staubkornphobie, Panik beim Anblick eines unordentlich gekleideten Menschen, Ekel vor einem Kleinkind, das noch nicht selbständig das Klo aufsucht, dünken ihm Ausdruck reinster Vernunft zu sein, weil sonst die Welt im Dreck zu ersticken drohe. So manche Ehe wurde geschieden, weil die Frau das Gebot, die Zahnpastatube von hinten aufzurollen, trotz wiederholter Ermahnungen übertreten hatte. Kurras war, wie die Gerichtsakten berichten, die Verlobte weggelaufen, weil er permanent »an den schiefsitzenden Strumpfnähten Anstoß« genommen hatte und »mit dem Finger über die Möbel« gefahren war, »um Staub aufzuspüren«.

Der Junkie gilt als aussätzig, weil sein Anblick den Zwangskriterien Leistung, Sauberkeit und Ordnung widerspricht. Darin ähnelt er dem Bettler. Beim »schwarzen Dealer« sieht die Sache anders aus. Ihm wird vorgeworfen, zu adrett gekleidet zu sein. Die rassistische Gesellschaft hätte es gern andersrum. Verlorene und besudelte weiße Kinder sollen zurück in die saubere Gesellschaft, zumindest aber sollen sie den sauberen Alltag der übrigen unbefleckt lassen. Dafür steht der Zwangsentzug. Den Schwarzen will man vertreiben. Wenn das nicht gelingt, will man ihn wenigstens anstelle der volkseigenen Kinder hier im Dreck liegen sehen. Widerlich, diese Markenjeans und teuren Mountainbikes.

Beim Anblick eines sterbenden Kindes in Afrika sind manche noch gerührt. Sobald aber eines dieser Kinder dem Tod entrinnt und hier als gutgekleideter Erwachsener auftaucht, verwandelt sich die Geste des Mitleids in blanken Haß. Auf jenen richten sich all die defizitgespeisten Projektionen der Verdinglichten: In Afrika wird noch getanzt, Afrikaner können und wollen immer und verfügen über die längsten Schwänze. Die Polizisten des Hamburger »Polizeiskandals« waren ganz wild darauf, Schwarze vor der Folterung vollständig zu entblößen. Als irgendwo in Deutschland pogrombereite Schläger nach ihren Motiven gefragt wurden, gaben sie Antworten wie: »Der Neger hat wahrscheinlich im Heim drei Frauen« oder: »Neger standen nur immer da mit ihrer unverschämten Lässigkeit, selbst nach der Arbeit, wenn sie kaputt waren.« Unter der bekannten Geschichte Europas, sagt Adorno, läuft »eine unterirdische. Sie besteht in dem Schicksal der durch Zivilisation verdrängten und entstellten menschlichen Instinkte und Leidenschaften ... Von der Verstümmelung betroffen ist vor allem der Körper.« Die Verkümmerten hassen jene, auf die sie, zu Recht oder Unrecht, die ihnen abhanden gekommenen menschlichen Möglichkeiten projizieren. Was ihnen lebendig zu sein scheint, muß weg, weil die Konfrontation damit eine Art Phantomschmerz in ihnen auslöst.

»Wenn das antidemokratische Individuum die Disposition zeigt, in der Außenwelt Triebkräfte zu sehen, die in ihm selbst unterdrückt werden, so braucht man, will man mehr über diese Impulse wissen, nur die Attribute zu betrachten, die es ohne Bedenken, aber unrealistisch, seiner Umwelt zuschreibt. Behauptet jemand beharrlich, andere führten Böses gegen ihn im Schilde, obwohl sich kein Beweis dafür findet, besteht aller Grund anzunehmen, daß der Betreffende selbst aggressive Intentionen hegt, die er mit Hilfe von Projektion zu rechtfertigen sucht« (Adorno, *Studien zum autoritären Charakter).* Demnach hätten wir es auch im Hamburger Schanzenviertel mit einer Menschenmenge zu tun, die schon heute keine freundliche Nachbarschaft zuläßt. Nicht auszudenken aber, wenn sich alle die Projektionen, die heute noch zumeist in Klageform vorgetragen werden, in Taten verwandeln.

Thomas Ebermann und Rainer Trampert wohnen im Schanzenviertel und wundern sich über nichts mehr

Konkret 12/97, S. 17

Samuel Salzborn

Ostdeutsche Allianzen

Ein Korrespondent des »Neuen Deutschland« dient sich der Nazi-Zeitung »Junge Freiheit« an - und sein Chefredakteur schweigt dazu

Marcel Braumann macht sich Sorgen. »Als Deutscher von Geburt an« mußte er der Nazi-Zeitung »Junge Freiheit« in einem Leserbrief einfach einmal sagen, daß sie nicht immer so rassistische Sachen schreiben soll, wenn sie »in der öffentlichen Debatte ernst genommen werden« will. Er, Braumann, würde sich »als Linker« von der Schriftleitung »einen intellektuell ernstzunehmenden konservativen Beitrag zur regionalen Identitätssuche - wir können das auch Nachdenken über Heimat nennen - wünschen«, jenseits von »Euro- und Globalisierungswahn«. Man müsse »ja kein naiver Multikulti-Fan sein«, um zu wissen, daß zum »deutschen Volk« nicht nur die »Blond-Blauäugigen« gehören.

Braumann setzte unter seinen Brief neben den Namen auch seine Funktion: Dresdner Korrespondent der PDS-Zeitung »Neues Deutschland«. Er war im Dezember 1991 zum »ND« gekommen, nachdem der damals stellvertretende Chefredakteur Oschmann der Redaktion schonend beigebracht hatte, daß der Neue »westdeutschstämmig« (Braumann) sei. Im übrigen war er für einen Job bei der »sozialistischen Tageszeitung« glänzend qualifiziert: Absolvent des Hamburger Jesuitengymnasium St. Ansgar, Klosterbruder in Bayern, Pressesprecher der Würzburger Grünen und Redakteur der inzwischen eingestellten Krawallzeitung »Super« aus dem Hause Burda, die sich einst darüber freute, daß irgendwo im Osten ein »Angeber-Wessi« mit einer Bierflasche erschlagen worden und das ganze Kaff darüber glücklich gewesen sei. Bei diesem Blatt sei er aber bloß gewesen, weil er habe wissen wollen, »wie das läuft«, und immerhin habe er, Braumann, »keinem geschadet«.

A s Angestellter des »ND« verfaßte Braumann nicht nur den Leserbrief an die »Junge Freiheit«, sondern auch einen Beitrag für die schwarzbraune Zeitschrift »Mut«, der es in den letzten Jahren gelungen ist, ihre rechtsextreme Tendenz durch die Anwerbung einiger bürgerlicher Gastautoren zu kaschieren. Dort nun geißelte der »eigenwillige Grenzgänger« (»Mut«) »die deutsche Linke«, die »das Privilegien-Paradox in der Asyldebatte seit Jahren auf die bisher unangefochtene Spitze« treibe: »Vorwiegend großstädtische Mittelschichtsbürger und deren Nachwuchs« machten sich für »eingereiste Angehörige der internationalen Mittelschicht« stark, »die in Deutschland das bessere Leben suchen«. »Die wirklich Notleidenden der >Dritten Welt« hätten, schrieb Braumann, nämlich »in der Regel kein Geld für teure Flugtickets und hohe Schleuser-Preise«. Daß »mehr als 90 Prozent der Asylbewerber in ihrem Herkunftsland« tatsächlich nicht verfolgt würden, sei zwar kein Grund, sie »pauschal abzuwehren«, doch solle man sich von der »moralischen Wohlfühlposition« verabschieden und »die Bedürfnisse der einheimischen Unterschicht berücksichtigen«.

»Daß Braumann zum Erschrecken nicht weniger ND-Leser für tabubrechende Überraschungen sorgt«, habe er »jüngst auch mit einem Steffen-Heitmann-Interview« deutlich gemacht, »in dem er Sachsens Justizminister (CDU) über Ost-Prägungen und Enteignungen 1945-1949 befragte«, lobte die »Mut«-Redaktion, und der Gelobte tat ihr den Gefallen gern: »Zwischen West- und Ostdeutschland« liege »eine nur langsam verschwindende kulturelle Grenze«: Der »ostdeutsche Kulturkreis in all seiner Widersprüchlichkeit zwischen ... russischer Seele und McDonalds« gebäre in den Köpfen seiner Bürger »ein zweiwertiges Denken, das sich nicht auf Links oder Rechts reduzieren läßt«, und deshalb brauchten die sich heimatlos Fühlenden eine Partei, die »einen kulturellen Auftrag als ostdeutsche Volkspartei« wahrnimmt: die PDS.

Als Oschmann, inzwischen Chefredakteur der PDS-Zeitung, auf die Ausflüge seines Korrespondenten in die braune Publizistik aufmerksam gemacht wurde, teilte er mit, daß er zwar einige grundsätzliche Bedenken bezüglich der »Jungen Freiheit« teile, sich den »staatsanwältlichen Vorladungston«, in dem um schriftliche Stellungnahme ersucht worden sei, jedoch verbitte.

Konkret 12/97, S. 18

Joachim Rohloff

Heimatkunde mit Dr. Schäuble

Er ist kein großer und nicht mal ein präziser Denker - aber den einzigen Gedanken, den er je hatte, wiederholt Bundeskanzler in spe Wolfgang Schäuble mit zitruspressenhafter Sturheit: Nation ist Staat ist Gemeinschaft

Der Anlaß mag noch so gering sein - wenn Sie den Dr. Schäuble einladen, geht es egalweg ums Ganze. Die sogenannte Hauptstadtdebatte, die im Jahr eins nach der Wiedervereinigung darüber befand, ob Regierung und Bundestag nach Berlin umziehen oder in Bonn bleiben sollten, galt bereits, während sie noch dauerte, als Sternstunde des deutschen Parlamentarismus. Als Höhepunkt dieser Sternstunde gilt bis heute die Rede des »Abg. Dr. Wolfgang Schäuble (CDU/CSU)«: *Für mich ist es - bei allem Respekt - nicht ein Wettkampf zwischen zwei Städten, zwischen Bonn und Berlin. In Wahrheit geht es um die Zukunft Deutschlands... Ich sage noch einmal, liebe Kolleginnen und Kollegen: Es geht heute nicht um Bonn oder Berlin, sondern es geht um unser aller Zukunft, um unsere Zukunft in unserem vereinten Deutschland, das seine innere Einheit erst noch finden muß, und um unsere Zukunft in einem Europa, das seine Einheit verwirklichen muß, wenn es seiner Verantwortung für Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit gerecht werden will.* * »(Langanhaltender Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des Bündnisses 90/Grüne. Abgeordnete der CDU/CSU und der SPD erheben sich. Abg. Willy Brandt (SPD) gratuliert Abg. Dr. Wolfgang Schäuble.)« Ausnahmsweise durften die Kolleginnen und Kollegen, von allen Fraktionszwängen befreit, an diesem Tag der eigenen Neigung folgen; nach Schäubles Rede, so heißt es, warfen viele Unentschiedene ihr Herz in die Berliner Waagschale, und alles wurde gut.

Solange er Fraktionsvorsitzender sei, gebe es keine wechselnden Mehrheiten, antwortete Schäuble einst auf die Frage nach der Gewissensfreiheit der Parlamentarier. »Er redet in der Regel leise und zwingt damit die Aufmerksamkeit auf sich. Bei hartnäckigem Widerspruch jedoch stemmt er sich im Rollstuhl einige Zentimeter hoch und wird laut, schneidend scharf und verletzend.« Schrieb die »Woche«. »Dann argumentiert er nicht nur, dann macht er nieder. Grob ist Schäuble seit jeher mit politischen Freunden umgesprungen, die nicht so spurten, wie er wollte. In jeder Fraktionssitzung, berichten Teilnehmer, verletze Schäuble einen Abgeordneten so tief, daß der es ihm für den Rest der Legislaturperiode nicht vergessen werde. Die Adjektive zur Beschreibung des Führungsstils sind eindeutig: autoritär, rechthaberisch.« - Ich *wohne ja weder in Bonn noch in Berlin; ich wohne auch nicht in Brandenburg oder in Nordrhein-Westfalen, sondern ich wohne ganz im Südwesten an der Grenze zu Frankreich.* Demnach taugte der Umstand, daß jeder irgendwo geboren wurde und die meisten auch irgendwo wohnen, schon in der Hauptstadtdebatte zum Argument für alles mögliche.

Wer ihn jemals sich selbst den »Bundesinnenminister« nennen hörte, muß Schäubles provinziellen Mut, den er sich noch in seinem fünfundzwanzigsten Bonner Jahr bewahrt hat und der seine Beliebtheit im Wahlkreis garantiert, aufrichtig bewundern. Seine Heimatliebe aber erschwert manchmal die Entscheidung, ob in Schäuble ein badischer Konservativer mit seinem Sprachfehler ringt oder ob er sich tatsächlich zum Faschismus bekennen *will: Gerade in Zeiten der Unsicherheit, der wachsenden Risiken und Gefährdungen brauchen wir die nationale Gemeinschaft mit ihren wertebezogenen und emotionalen Grundvoraussetzungen als eine Schutzgemeinschaft für Frieden und Freiheit nach innen und außen.* Da allenfalls die staatliche, nicht aber die nationale Gemeinschaft den Deutschen vor deutscher Kriminalität schützt, kann die nationale Gemeinschaft als Schutzgemeinschaft nach innen nicht den Polizisten meinen, sondern nur den Blockwart.

Die Juden, welchen es an der Gemeinschaftsfähigkeit mangelt, sagte man in Deutschland vor sechzig Jahren, haben bei uns auch biologisch keine Zukunft. Zukunftsfähigkeit, könnte heute sagen, wer auch sonst nicht ganz dicht ist, braucht die Hamburg-Mannheimer und Blendamed. Zukunftsfähigkeit, sagt Schäuble, braucht den Willen zur Gemeinschaft. Denn *wer eigenbrötlerisch für sich allein lebt, der lebt ausschließlich in der Gegenwart und hat - schon biologisch - keine Zukunft. Zukunftsfähigkeit hingegen wird begründet durch den Willen zur Gemeinschaft.* Keine Angst - Sie werden vorläufig nicht interniert. Nicht daß volksfremde Elemente biologisch keine Zukunft hätten, will Schäuble sagen, sondern daß zur Fortpflanzung immer zwei gehören. Eigentlich aber will er nur »Zukunftsfähigkeit« und »Gemeinschaft« sagen und diese anderthalb Begriffe in irgendeinen Zusammenhang zwingen. Die vielen kleinen Wörter, die aus den großen Wörtern erst ganze Sätze machen, empfindet er dabei als lästig.

Schäuble steht im Ruf großen taktischen Geschicks und analytischen Scharfsinns, dabei hat er, nach seinen Büchern und Reden zu urteilen, während seiner bisherigen politischen Karriere nur einen einzigen Gedanken gefaßt: Der Sozialstaat, den er nicht mehr will, müsse ersetzt werden durch die Nation. Daß diese nach 1945 eher als uncool galt, dank ihrer Zweiteilung ohnehin problematisch war und die Deutschen weniger interessierte als der wirtschaftliche Erfolg, dafür muß auch Schäuble *mehr als nur Verständnis haben. Und dennoch hat sich die Nation als etwas so Geschichtsmächtiges erwiesen, daß sie auch diese letztlich vernichtende Katastrophe überstehen konnte:* nämlich den 8. Mai 1945.

Fünfzig Jahre später blieb auch Schäuble die Frage nach Niederlage oder Befreiung nicht erspart: *Ich finde diese Diskussion nicht furchtbar hilfreich, weil sie die einen gegen die anderen wieder in Stellung bringt und neue Verletzungen schaffen kann.* Wie sein Kanzler nimmt auch Schäuble stets Rücksicht auf sensible Nazis. *Wenn ich an Alfred Dregger*

denke, meinen Vorgänger als Fraktionsvorsitzenden, der als Soldat im Krieg war, schwer verletzt worden ist und unter diesen Verletzungen seitdem leidet; wenn ich an meine Patentante denke, die in jungen Jahren ihren Mann verloren hat; wenn ich an die Vertriebenen denke, dann frage ich mich: Warum sollen wir uns am 8. Mai nun neue Verletzungen zufügen? Dregger und den Vertriebenen ist wohl nicht mehr zu helfen, Schäubles Patentante aber sei gesagt: Am 8. Mai 1995 sollte nicht Hitlers Krieg gefeiert werden, sondern dessen Ende. Aller Befindlichkeiten eingedenk, vermag Schäuble der deutschen Niederlage schließlich doch einen Trost abzugewinnen, weil mit ihr *eine Periode von jetzt 50 Jahren beginnt, die insgesamt zu den glücklicheren Epochen unserer Geschichte gehört. Insofern ist der 8. Mai 1945 mehr ein positives Datum.*

Obwohl grundsätzlich die Nation die *Identifizierungs- und Akzeptanzgrundlage für den Staat* abgibt, bildete in den frühen Jahren der Bundesrepublik *vermutlich die enorme wirtschaftliche Leistungsfähigkeit* die tragende *Säule der Staatsbejahung.* Der Staat Adenauers und Erhards *verlangte dem einzelnen nur ein Minimum an Pflichten ab und ließ ihn ansonsten in Ruhe seines eigenen Glückes Schmied sein; er zeigte vor allem die)sanften< Seiten seiner Staatsgewalt und trat gegenüber den Menschen als deren Leistungsstaat auf der sich neben den klassischen Staatsaufgaben vor allem die aus dem Wirtschaftswachstum finanzierte Wohlfahrt angelegen sein ließ.* Eine derart liberale Auffassung paßt Schäuble aus irgendeinem Grund nicht mehr. Was früher Wohlstand und Freiheit hieß, nennt er heute Hedonismus und Dekadenz. Der Bürger bejahe nicht länger den Staat an sich, sondern nur noch dessen materielle Zuwendungen. *Ist es nicht häufig so,* klagt Schäuble, *daß wir unseren Staat eigentlich nur noch als Dienstleistungsbetrieb wahrnehmen und verstehen, aber nicht als eine Gemeinschaft? Oben wirft man Münzen in den Automaten, um unten Berechtigungsscheine aller Art in Empfang zu nehmen.* Fair enough, möchte man sagen, und seltsamerweise empfiehlt auch Schäuble wenige Seiten später: *Staat und Gemeinschaft müssen dort, wo sie dem Bürger Dinge abnehmen, die der einzelne eigentlich selbst zu besorgen hat, in der Rolle des Dienstleisters auftreten, der _für seine Tätigkeit einen Preis verlangt.* Ein Präzisionsdenker ist der Mann offenbar nicht.

Der allgemeine Wohlstand, die hypertrophen sozialen Sicherungssysteme und der technische Fortschritt gebaren *Vollkaskomentalität, Besitzstandsdenken und Risikominimierung,* schädliche *egalitäre Tendenzen,* die *eliten- und autoritätsfeindlich sind,* sowie *die elektrische Zitruspresse, deren Bequemlichkeitsgewinn für das Herrichten von Mahlzeiten oftmals durch den Aufwand beim anschließenden Reinigen aufgewogen wird.*

Das ist fein beobachtet und treffend formuliert. Dem entfesselten Spießer, wenn er sich zur Kulturkritik aufschwingt, könnte selbst ein Adorno kaum - wie sagt man? - das Wasser halten. Und hätte Schäuble auch den Willen nicht, den gesellschaftlichen Reichtum an der Staatskasse vorbei in die Geldspeicher privater Aktienbesitzer zu pumpen, für die Zerstörung der Sozialsysteme gäbe es doch moralische Gründe genug. Allerdings: *Der Charakter einer Volkspartei, die in sich integrierend wirken muß, läßt es nicht zu, die Speerspitze im Feldzug gegen die Sozialsysteme zu bilden... Deshalb wäre es besser, es würde jemand außerhalb der Union stärker drängen, und wir sind dann hinterher die breite Walze, die die Sache durchsetzt.* Schäuble setzt auf die FDP und die Arbeitgeberverbände, um immer wieder von ihnen enttäuscht zu werden. Daß der BDI die Karenztage in der Krankenversicherung nicht durchfechten wollte, hat er ihm bis heute nicht verziehen.

Für die CDU sei der *rechte Rand längst keine Randerscheinung mehr,* sagt Schäuble, und was immer er mit dieser rätselhaften Aussage gemeint haben mag - der Appell ans nationale Ressentiment dient inzwischen höheren Zwecken als der Akquisition rechter Wählerstimmen: *Den inneren Zusammenhalt der staatlichen Gemeinschaft dauerhaft zu verbürgen, das vermögen nur die emotionalen Bindekräfte an diese Gemeinschaft - Liebe zur Heimat, Patriotismus, Nationalgefühl.* Denn die *Kopfgeburt des Verfassungspatriotismus wäre hier ohnmächtig.* Die Frage, welcher Körperteil wohl die Nation geboren hat, bleibt irrelevant, solange diese das intellektuelle Nesthockertum in die Transzendenz verlängert. Viele *können im Grunde die Ungewißheit über das Nachher nur durch die Gewißheit ertragen, daß die Gemeinschaft, die sie trägt, auch noch da sein und fortbestehen wird, wenn sie selbst nicht mehr leben,* und so dafür sorgt, daß die Dummen nicht aussterben.

Von der Nation nichts zu bekommen, ist schöner, als vom Sozialstaat gehätschelt zu werden. Deshalb belebt sie *ein anscheinend zur anthropologischen Grundausstattung zählendes Selbstverantwortungspotential der Menschen - womit* auch die Merkwürdigkeit aufgeklärt wäre, daß der Staat sich immer dann eine Gemeinschaft nennt, wenn er für die Bürger nichts mehr übrig hat. So fordert denn *eine solche emotionale Bindung, das verinnerlichte Ethos einer stets zur Selbstbehauptung und Verteidigung der Freiheit bereiten Schutzgemeinschaft* die *klassischen christlichen Tugenden wie Nächstenliebe, Opferbereitschaft, Treue, Pietät, Wahrhaftigkeit* und die klassischen deutschen Standortfaktoren *Fleiß, Ordnungsliebe, Pünktlichkeit.*

Wenn Schäuble von Solidarität und Gemeinschaft spricht, meint er doch das Gegenteil dessen, was man bisher unter einer Solidargemeinschaft verstand: *Solidargemeinschaft klingt so nach Krankenkasse.* Krankenkasse aber klingt in seinen Ohren eher nach solidarischer Selbstheilung, unterstützt von einem Denunziantentum, das in der Krankheit des Nachbarn immer den Schaden am Volkskörper erkennt: *Im übrigen bin ich davon überzeugt, daß gerade dann, wenn bei den Patienten ein*

Kostenbewußtsein sowohl für die Bereitstellung als auch für die Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen entstehen würde, selbstheilende und selbstregulierende Solidarkräfte freigesetzt würden. Da jeder aus seinem Gesichtskreis Menschen kennt, die schon wegen einer harmlosen Erkältung ihren Krankenschein einreichen und sich krank schreiben lassen, könnte ein gewisses Maß von sozialer Kontrolle mit der Folge von Normalitätsgewinn die Folge sein, wenn jedermann klar ist, was ein an sich überflüssiger Gang zum Arzt die Gemeinschaft kostet. Und schon wieder braucht man ein Aspirin.

Schäuble liebt nicht nur die Nation, sondern auch die kleinen Gemeinschaften Familie, Kirchengemeinde und Verein. Von ferne erinnert sein Gesellschaftsmodell an die Dahrendorfsche Bürgergesellschaft. Während diese aber den liberalen Staat voraussetzt, gegen den der Bürger seine Interessen durchsetzen soll, geht es Schäuble um die *emotionalen Bindekräfte* und um die Vermittlung reaktionärer Werte. Wer den Staat von Versorgungs- und Verteilungsdiensten entlasten will, muß sein Herrschaftsamt bestärken und deshalb erforderlichenfalls *den freiheitsgenießenden Menschen an die Verfassungsbedingtheit seiner Freiheit erinnern.* Die Freiheit ist dem Menschen vom Staat nur geliehen. Der Spießer hat Freiheiten, die er selbst nicht strapaziert, schon immer für schädlich gehalten und, damit auch kein anderer sie genieße, ihre Beseitigung verlangt. Insofern hat *über die praktische Bedeutung hinaus ... der Lauschangriff mehr noch eine symbolische Bedeutung. Denn hier kristallisiert sich etwas Grundsätzliches heraus, und das betrifft unser heutiges Staatsverständnis,* nämlich *ein Stück Identifizierung mit denen, die wie die Polizei für uns die Sicherheit herstellen müssen.*

Nun wäre es zwar ein gutes Stück Sicherheit, auch vor der Polizei geschützt zu sein, aber wer nichts zu verbergen hat, braucht den Lauschangriff nicht zu fürchten. Und umgekehrt macht sich verdächtig, wer gegen ihn stimmt. *Ich möchte den Staat schon gern so stark haben, daß die Bürger nicht glauben, sie müßten bei irgendwelchen radikalen Kräften ihre Zuflucht suchen,* sagt Schäuble. Was aber, wenn die Radikalen am Kabinettstisch sitzen? Seinen Vorschlag, *die Bundeswehr als Verfügungsreserve der Polizei bei deutlich umgrenzten Aufgaben der Herstellung von Sicherheit* auch im Innern einzusetzen, begründete Schäuble einst mit der Gefahr, Terroristen könnten Modellflugzeuge mit Sprengstoff beladen und das Kanzleramt angreifen; dann stünde der Einsatzleiter ohne Flugabwehrgeschütze hilflos da.

Die größten Verdienste um die Volksgemeinschaft erwarb Schäuble sich in der Ausländerpolitik. 1986 machte er als Kanzleramtsminister 850 Millionen Mark locker, die ein schändliches Loch in der Berliner Mauer stopften. Bis dahin hatten Ausländer via Schönefeld ohne Visum in die BRD einreisen können; potentiellen Asylbewerbern war der billige Luftweg nunmehr versperrt, und die Staatsgrenze zur DDR bewährte sich als Schutzwall nach außen. 1990 formulierte der Innenminister Schäuble das neue Ausländergesetz, das zwar die Integration weniger Germanophiler ermöglicht, alle anderen aber den arbeitsmarkt- und sozialpolitischen *Interessen der Bundesrepublik Deutschland* unterwirft: Selbst jahrelanger Aufenthalt begründet keine Ansprüche, und insbesondere das Recht auf politische Betätigung wurde eingeschränkt. Im selben Jahr präsentierte Schäuble seinen *Entwurf einer Flüchtlingskonzeption: Der Versuch der Betroffenen, sich zeitweise oder dauernd in der Bundesrepublik niederzulassen, widerspricht dem Nichteinwanderungsprinzip. ... Den Flüchtlingen darf deshalb in der Regel keine Gelegenheit gegeben werden, ihren Aufenthalt in der Bundesrepublik zu verfestigen und sich in die hiesige Gesellschaft zu integrieren.*

Das verschärfte Asylverfahrensgesetz ermöglichte die Erledigung *offensichtlich unbegründeter* Anträge innerhalb von sechs Wochen und die Einrichtung von Sammellagern. *Nach dem Wegfall des Eisernen Vorhangs, als der Zuzug massenhaft und nicht mehr kontrollierbar wurde, ... kamen dann einige gleich mit der Forderung nach einem Einwanderungsgesetz. Das aber konnte nur Mißverständnisse hervorrufen. Denn Einwanderungsgesetz heißt Kriterien und Kontrolle von Einwanderung, während die Mehrzahl der Menschen die Forderung nach einem Einwanderungsgesetz so versteht, daß der Zuzug nach Deutschland verstärkt werden solle.* Also mußte *eine als Erhöhung der Zahlen verstandene Forderung schiefgehen, weil das die Toleranzfähigkeit der ohnehin verunsicherten Menschen in Deutschland endgültig überfordert hätte.* Ebenso wie es ihre Intelligenzfähigkeit überfordert hätte, den wirklichen Inhalt eines solchen Gesetzes zu begreifen.

Eines Tages blätterte Schäuble, der sich um die Überalterung des deutschen Volkes und mithin um die Finanzierung der Renten sorgt, in einem Geschichtswerk und fand dort zwar nicht die Lösung des Problems, wohl aber ein triftiges Argument gegen doppelte Staatsbürgerschaft, Ius soli und Multikultur: *Im zweiten Jahrhundert n.Chr. kam ... das Bevölkerungswachstum in der besonders entwickelten Westhälfte Roms zum Stillstand. Daran vermochte auch die immer großzügigere Gewährung von Bürgerrechten nichts mehr zu ändern. Trotz massiver Zuwanderung sanken die Geburtenzahlen weiter Die multikulturelle Gesellschaft hat also schon Rom nicht aus der Patsche geholfen. In den Stürmen der Völkerwanderung erlosch Rom schließlich, ähnlich wie vorher Griechenland.* Damit nicht auch Deutschland irgendwann erlischt, ließ Schäuble die Ostgrenze des Reiches vom Bundesgrenzschutz befestigen.

Auf dem Leipziger Parteitag der CDU malte Schäuble die Zukunft unter seiner Kanzlerschaft aus. Die Jugend solle sich den *traditionellen Vollzeitarbeitsplatz* in die Haare schmieren und mit *Einfach-Arbeitsplätzen* und einem *kleinen Beschäftigungsverhältnis* gefälligst zufrieden sein. Selbst die »FAZ« mußte tief durchatmen: »Ebenso ungeniert spricht er von der Gefahr eines Auseinanderbrechens der Gesellschaft in Reich und Arm. Das sind Perspektiven, die eine Anspruchsgesellschaft schockieren müssen.« Schäuble empfahl als Antidot den *schlanken Staat, die Stärkung des*

Wettbewerbs und die Eigenverantwortung in den Hochschulen ebenso wie zwischen den Tarifpartnern. Kein Arbeitsfähiger dürfe Sozial- oder Arbeitslosenhilfe einstreichen, *ohne eine Gegenleistung zu erbringen.* Wenigstens diese letzte Ankündigung stärkte die Moral der Delegierten, und Schäuble empfing, wie üblich, eine »stehende Ovation, zu der sich der ganze Saal erhebt«.

---

* Alle kursiven Passagen sind Zitate von W Schäuble

Konkret 12/97, S. 22

Jutta Ditfurth

New Age in Bremen

Ein Esoterik-Kongreß unterm Patronat des SPD-Bürgermeisters Henning Scherf sollte den Standort Bremen als Messestadt etablieren. Eine Kampagne gegen die Veranstaltung konnte das verhindern

»Wir verabreichen Dealern Brechmittel, wenn diese das Rauschgift bei der Verhaftung herunterschlucken, um ein Beweismittel zu vernichten. ... Wenn ein Dealer behauptet, er sei erst dreizehn und noch nicht strafmündig, röntgen wir im Zweifel dessen Handwurzel, um sein genaues Alter festzustellen«, verkündet der Bremer Bürgermeister Henning Scherf (SPD). Das gesundheitsschädliche (Zwangs-) Röntgen von Handwurzelknochen ist eine Erfindung der NS-»Rassenhygiene«. Gegenüber dem neuen Irrationalismus und Antihumanismus ist Scherf toleranter. Er eröffnete den Esoterik-Kongreß »Zukunft menschlicher Visionen«, der vom 10:12. Oktober 97 in Bremen stattfand. »Unerträglich« und »diffamierend« sei die Kritik, die man an dieser Veranstaltung übe, zeterte Scherf. Der Kongreß sei ein Ort für »Leute mit Orientierungswünschen und -angeboten«. Woran »orientiert« sich heute ein Sozialdemokrat?

Unter den Referentinnen und Referenten des Kongresses waren Vertreterinnen und Vertreter der unterschiedlichsten esoterischen Fraktionen. Zum Beispiel Franz Alt: Der hatte Abtreibung mit dem Holocaust verglichen und die ökorechte ÖDP z. B. im Bundestagswahlkampf 1994 unterstützt. Er bewundert den verstorbenen Ökofaschisten Herbert Gruhl, der Menschen im Trikont als »überzählige Populationen« denunzierte, die notfalls mit der Atombombe zu vernichten seien. Während einer »persönlichen Krise« (außerehelich Zwillinge gezeugt, Vaterschaft und Wohlstand geleugnet, zur Alimentenzahlung verurteilt) tauchte Alt in die Psychoanalyse C. G. Jungs ab. Dieser hatte 1918 gegen das Judentum als einem dem wahren Selbst des deutschen Volkes aufgepfropften Trieb gehetzt, den es herauszureißen gelte. 1933 forderte er die Trennung der germanischen von der jüdischen Psychologie. 1939 erklärte er, Hitler sei »Medizinmann, Seher und Prophet«, ein »wahre(r) Führer« - sofern seine »Eingebung« die Eroberung Europas bedeute, stehe eine »extrem interessante Periode« bevor.

Alt propagiert einen modernisierten Antijudaismus, die klassische Wurzel des Antisemitismus. Er unterscheidet den »friedvollen, lichtvollen christlichen Gott« des Neuen vom »finsteren, bösen jüdischen Rachegott« des Alten Testaments. Er jongliert mit Vokabeln wie »Holocaust-Komplex«, einer verschlüsselten, psychoanalytisch verkleideten Metapher und begrifflichen Vorstufe zur »Auschwitz-Lüge«. Alt preist die Erziehung in den Kinder- und Jugendheimen der Bruderschaft Salem als »praktizierte Bergpredigt« und »Vorboten eines neuen natürlichen Zeitalters«. In den Heimen des Alt-Nazis Gottfried Müller mußten Kinder für das Wohl der SS-Kriegsverbrecher Reder und Kappler beten. Ex-SS-Hauptsturmführer Walter Reder hatte im Oktober 1944 die Zivilbevölkerung des italienischen Dorfes Marzabotto foltern und massakrieren, Ex-SS-Oberstunnbannführer Herbert Kappler, der Gestapo-Chef von Rom, im März 1944 in den Ardeatinischen Höhlen bei Rom 335 Menschen ermorden lassen. In den Salem-Heimen wurden die Kinder geprügelt und mit einem »Arbeitsdienst« in Tradition des Reichsarbeitsdienstes drangsaliert. »Praktizierte Bergpredigt«? »Neues natürliches Zeitalter«? Seit 1979 senden die Westberliner Jugendämter keine Kinder mehr in die Salem-Heime. Das Landesjugendamt Hannover im SPD-regierten Niedersachsen arbeitet weiterhin mit der Bruderschaft zusammen.

Zum Beispiel die »Biodynamikerin« Gerda Boyesen: Sie massiert gern vor Publikum den Unterleib ihrer Patientinnen und Patienten, um »Spannungen zu lösen«. Die Königin der Fürze lauscht mit dem Stethoskop dem Rumoren im Gedärm und erntet tosenden Applaus, wenn »Darmwinde« entweichen. Die Spätreichianerin wühlt auch in völkischen und okkulten Mythen und hält ihr Stethoskop an frühere Leben. Manchmal empfiehlt sie Teufelsaustreibungen.

Zum Beispiel Arnold Keyserling: Der Referent hat den Beginn des »Wassermannzeitalters« auf 1962 festgelegt und dessen Dauer auf 2.140 Jahre. NS-Esoteriker hätten widersprochen, war für sie doch der Beginn des Wassermannzeitalters identisch mit dem des »Dritten Reichs«. Keyserling vertritt die Ideologie der »Ganzheitlichkeit«, die eine Unterwerfung unter totalitäre »Naturgesetze« bedeutet. Urbild »ganzheitlichen Denkens«, schwadroniert Keyserling, sei die »Einheit von Mensch, Mikrokosmos und Makrokosmos ... in Form eines Rades«.

Zum Beispiel die Schimpansenforscherin Jane Goodall: Sie ist die »Galionsfigur« des »Great Ape Projects«, mit dem der australische Euthanasie-Propagandist Peter Singer und der österreichische »Tierrechtler« Helmut Kaplan Menschenrechte für Affen durchsetzen wollen. Für Singer sind Säuglinge und behinderte Menschen weniger wert als Affen, behinderte Säuglinge dürfen getötet werden. Kaplan relativiert Auschwitz, indem er die Massentierhaltung nicht >nur< mit der Shoah gleichsetzt, sondern sie für furchtbarer hält als die Vernichtung von Jüdinnen und Juden, von Kommunistinnen und Kommunisten, von Roma und Sinti, Osteuropäern und Homosexuellen.

Vielleicht bietet die »Zukunftsforscherin« Hazel Henderson Henning Scherf Orientierung? Firmenpleiten und Arbeitslosigkeit sind Teil der schicksalhaften »dynamischen Ordnung des Kosmos« schwafelt die Beraterin Fritjof Capras. Der Referent Rudolf zur Lippe widmet »sich seit mehr als 30 Jahren den Lehren von Karlfried Graf von Dürckheim«. Der Nazi Dürckheim war ab 1933 SA-Mitglied, 1935/36 Kulturdiplomat in der England-Abteilung des Büros Ribbentrop und

blieb auch nach Kriegsende überzeugter Antisemit. Zen-Buddhist zur Lippe wird wissen, was er mit Dürckheims »Kultur der Stille« und »Gelassenheit« »in den drängendsten geschichtlichen ... Fragen« bewirken will: Gelassenheit gegenüber Auschwitz?

Auch Barbara Rütting alias »Anand Taruna« gab sich in Bremen die Ehre. Sie ist seit 1995 Sannyasin. Die Esoterik-Mitläuferin schwärmt für die rechtsextreme Sekte »Findhorn« (Schottland). Findhorn-Chefideologe Sir George Trevelyan: »Der Atomkrieg ist für die Spirituellen eine Aussicht auf höchste Freuden, nur für >Materialisten< wird es schrecklich werden.« Rütting probierte auch die autoritäre Psycho-Sekte ZEGG, die sexuelle Probleme ihrer Kundschaft zu Geld macht. In der Tradition von Otto Mühl, des Gurus von ZEGG-Gründer Dieter Duhm, wird als »freie Liebe« sexuelle Gewalt und Psychoterror gerechtfertigt.

Der Kongreß-Referent und Homöopathie-»Papst« George Vithoulkas kann nie scheitern: Wenn es eben »das Karma des Kranken ist, nicht geheilt zu werden, dann wird der Therapeut niemals ein Mittel für ihn finden«. Vithoulkas schwadroniert von einer »kosmischen Universalenergie« und von »Naturgesetzen, die bis in spirituelle Dimensionen des Seins« gehen. An Aids oder Krebs sind die Opfer selbst schuld, sie sind spirituell fehlentwickelt. Die kapitalistische Produktionsweise mit ihren mörderischen Ausbeutungs- und Verschleißstrukturen, ihren Giften und Giftmüllbergen spielt in der Esoterik ohnehin keine Rolle.

Wenn das Bürgertum sich von ökonomischen Krisen bedroht fühlt, fliehen Teile aus der sozialen Wirklichkeit in geordnet-hierarchisch-kosmische Welten. Kein Streß mehr mit Denken und Kritik, bequemer Zugang zu »höherem« Wissen, sich nur noch mit sich selbst beschäftigen, als ob bei der Suche nach der »inneren Mitte« mehr zu finden wäre als Blähungen. Esoterik bedeutet okkulte, elitäre Geheimwissenschaft, die nur »Erleuchtete« begreifen können. Die bis zur Ununterscheidbarkeit ähnlichen Spielarten der Esoterik werden in Ritualen und Zeremonien »erfahren« und eingeübt. Die esoterische Elite, der »spirituell erleuchtete« Teil der Menschheit, fühlt sich bereit für den kosmischen Evolutionssprung ins Wassermannzeitalter, ins New oder Light Age. Zu dieser Elite gehören »Weiße« aus Europa und den USA, Angehörige der religiösen tibetischen Elite, der obersten indischen Kaste und andere der »höchstentwickelten« menschlichen »Wurzelrasse«, der »Arier«. Die »minderwertigen« Menschen, »Neger«, »Indianer«, »Eskimos« und Juden sind, Karma sei Dank, zum Aussterben verdammt. Keine esoterische Ideologie kommt ohne die rassistische Konstruktion menschlicher »Rassen« aus.

Faschismus und Esoterik sind nicht identisch, besitzen aber gemeinsame Elemente: Antihumanismus, elitäres Führertum, rassistisches/antisemitisches Menschenbild, Biologismus, Sozialdarwinismus, Schicksalshaftigkeit/Karma, Haß auf Selbstbestimmung, Emanzipation, umfassende Befreiung und auf die Utopie von der sozialen Gleichheit des Menschen. Der Esoterik, die ihre Wurzeln in der Romantik, im Biologismus und in der Germanenmystik des 19. Jahrhunderts hat, ist der Antisemitismus immanent: »Viele Menschen hatten sich für ihr erneutes Erdenleben in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine Reinkarnation als Jude ausgesucht, um ihren karmischen Ausgleich vor Beginn des Wassermannzeitalters zu bewirken. Und einige tausend sind deshalb nur Juden geworden, um ihre Leidensbrüder und -schwestern unterstützend und mitleidend in die KZs oder gar Gaskammern zu begleiten. Ich glaube, daß alles, was einem Menschen auf Erden passiert, einen Sinn hat und daher gerechtfertigt ist«, meinte der Esoteriker Trutz Hardo (Hockemeyer) und durfte anschließend in »Mysteries« (RTL) auftreten.

Ein Auftritt Hardos im November 1996 in Darmstadt war der Anlaß für die erste Anti-Esoterik-Demonstration in der Bundesrepublik, unterstützt von der AG Neue Streitkultur Darmstadt, der Ökologischen Linken und verschiedenen Antifa-Gruppen. Die Grünen blieben weg, weil die Autorin dieses Beitrags Kundgebungsrednerin war.

Deutsche Konzerne schicken ihre Angestellten in Esoterikseminare. Die »Suche nach der inneren Mitte« (mehr Egoismus) und »Positiv denken!« (Leistung und Ellenbogeneinsatz fürs Geschäft) ist profitabel. Erfolg und Geld gelten als Belege für spirituelle Erleuchtung, gegen die Ausbeutung des Menschen und gegen die Vernichtung der Natur zu kämpfen, gilt als fatale Einmischung in eigenes und fremdes Karma und gefährdet die mögliche Mitgliedschaft in der »spirituellen Elite«.

Seit Januar 1997 versuchte die Ökologische Linke ein Bündnis gegen die Bremer Esoterik-Veranstaltungen zu organisieren. Ein paarmal trafen sich wenige Leute zum »Anti-Visionen-Bündnis«. Zur Spaltung kam es, als eine Bündnismehrheit jede provokativ-aufklärerische Veranstaltung und Gegenaktionen gegen Kongreß und Messe ablehnte. Als auch noch Sympathien für Esoterik eingestanden wurden und die Autorin dieses Beitrages wegen zu großer Radikalität ausgeladen wurde, als nichts mehr blieb als Insiderveranstaltungen und die grandiose Idee, dem Kongreßveranstalter einen Protestbrief zu schreiben, organisierte die Ökologische Linke mit dem Ökoreferat des AstA der Uni Bremen eine politische Kampagne.

Innerhalb weniger Tage verbreiteten wir in Bremen ein mehrseitiges Informationsblatt in hoher Auflage und stellten die Referentinnen und Referenten des Esoterik-Kongresses mitsamt ihren Ideologien vor. Zwar wollte der DGB unter fadenscheinigem Vorwand keinen Raum zur Verfügung stellen, doch fanden am 10. Oktober fast 200 Menschen in die Mensa der Bremer Hochschule zur Veranstaltung mit Colin Goldner vom Forum Kritische Psychologie München und der

Autorin. Vergeblich versuchte dort ein Vertreter des AntiVisionen-Restbündnisses zu stören. Er schrie, die Kritik an Esoterikern sei »Steckbrief-Politik« - als gäbe es Ideologien ohne Ideologen - und sowieso müsse die Linke endlich ihre Vergangenheit bereuen. Aber auch der schwachsinnigste Gedanke hat als materielle Basis das menschliche Gehirn. Drolligerweise hatten die Kumpel des Krakeelers am gleichen Tag gegenüber der Presse ihre Kritik esoterischen Gedankenguts an Personen festgemacht. So blieb das Restbündnis mit Anhang beim Workshop in der gewünschten klandestinen Kleingruppengröße.

Rund ein Dutzend nicht-esoterische Prominente waren, z. T. unter Vorspiegelung falscher Tatsachen, zu Kongreß und Messe eingeladen worden. Es gelang, etliche zum Widerruf ihrer Zusage zu bewegen. Am Ende nahmen Klaus Bresser (ZDF), Roger Willemsen (ZDF), Birgit Schrowange (RTL), der Sänger Khaled, die Sängerin Mereedes Sosa, der Burgschauspieler Ignatz Kirchner, Silvelin Schröter (BUND), Gottfried Härle (Untemehmensgrün) und Maximilian Gege (BAUM e. V) u. a. nicht teil.

Barbara Rütting »vertrat« Klaus Bresser beim Eröffnungsvortrag vor halbleeren Reihen und jammerte über den »Virus der Feigheit«, der manch einen Referenten befallen habe. Der reflektionsfreie Gerd Pfitzenmaier (Chefredakteur »Natur«, früher Polizeireporter in Stuttgart), moderierte anstelle von Roger Willemsen die Talk-Gäste Jane Goodall, Rütting u. a. vor allenfalls 80 Zuhörerinnen. Skrupellos geschäftstüchtig präsentierte sich dabei auch Leo Pröstler (Waschbär-Versand). Auf der Messe trieben sich statt der erwarteten 15.000 Besucherinnen und Besucher an beiden Tagen vielleicht 1.000 bis 1.500 herum. Überall schimpfte mensch über die fiesen Kritiker, die den schönen Kongreß und die Messe versaut hätten.

Die Kampagne gegen den Bremer Esoterik-Kongreß und seine Messe war nicht »plötzlich« erfolgreich. Seit 1986 machen wir (damals als linke Grüne) Veranstaltungen zum Thema Ökofaschismus, seit etwa 1990 gegen Esoterik. Die meisten Linken unterschätz(t)en das Ausmaß der autoritären Zurichtung von Millionen Köpfen. Antifaschistische Arbeit konzentriert sich meist auf die bekannten Erscheinungsformen des Faschismus, auf die politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten in Parteien und Parlamenten, auf Studienstiftungen und Knobelbecherfraktionen, auf Revisionismuskonferenzen und Wehrsportübungen. Ohne Autorinnen und Autoren wie Peter Bierl, Volkmar Wölk, Peter Kratz, Andreas Speit, Raimund Hethey, Anton Maegerle, Maria Wölflingseder und andere wäre die antifaschistische Arbeit vermutlich immer noch nicht um die Auseinandersetzung mit den ideologischen und personellen Scharnierstellen zwischen Faschismus und Bürgertum erweitert worden.

Das spezifische Bremer Milieu, diese nepotische Melange aus Standortsozialdemokraten und grün-alternativem Besitzbürgertum, zeigte uns sein schillerndes Gesicht: Am Anfang war die »Taz«. Ihre Bundesausgabe hat z. B. die Kritik an der rassistischen und okkulten Anthroposophie aufgegeben. Dafür füllen sich ihre Anzeigeseiten mit Anthroposophischem. Auch der Vertreter der tibetischen Lama-Diktatur, der Dalai Lama, darf nicht kritisiert werden. Die »Taz« Bremen rief an hervorgehobener Stelle zur Teilnahme am Esoterik-Kongreß auf (»jetzt anmelden«) und pries die »neuen Zukunftsperspektiven«, »Selbsthypnose als Therapie« und das »ganzheitliche Leben«. Zentrale Veranstaltungen des Esoterik-Kongresses waren durch Absagen längst eingebrochen, da log das Blatt noch, unser Aufruf sei folgenlos geblieben. Ohne Mühe überholten die bürgerlichen Medien das rosagrüne Miefblatt links: »Weserkurier«, »Bremer Nachrichten« und »Weser Report« räumten, wie Radio Bremen (Hörfunk und Fernsehen) der Kritik Platz ein, auch der »Berliner Tagesspiegel« und die »Frankfurter Rundschau« berichteten.

Der Kongreß-Referent Rudolf Hickel, Ökonomieprofessor an der Uni Bremen, Unterstützer der rosagrünen Erfurter Erklärung, kam ins Gedränge. Offensichtlich zerrten der Bremer Sumpf und die Angst, sich aus nützlichen Beziehungen herauszukatapultieren, an seinen Nerven. Im Gegensatz zu Klaus Bresser, der absagte und bei seiner Absage blieb, eierte der »linke« Hickel herum. Er sagte ab. Dann zu. Dann wieder ab. Er war der einzige Nicht-Esoteriker, der die vollständigen Kongreßunterlagen erhalten hatte, sich aber unfähig zeigte, sie zu bewerten. »Hickel greift Ditfurth scharf an. ... Ditfurth arbeitet mit Brutalinski-Methoden«, freute sich die »Taz« und hütete sich, den feigen Professor zu fragen, was an unserer Kritik falsch und »diffamierend« sei.

Zu den Merkwürdigkeiten der Bremer Veranstaltung gehörte die Sozialwissenschaftlerin Prof. Annelie Keil (Uni Bremen). Die »Sozialistin« (Selbstbezeichnung) und Kongreßbeirätin Keil redet in biologischer Manier von der »Friedfertigkeit und Achtsamkeit« von Frauen und vom angeblichen »weiblichen Prinzip in Ethik, Wissenschaft, Politik und Alltagsverhalten«. Ihre Reden sind eine unintelligente Mixtur aus Psycho- und Eso-Sprech, dekoriert mit vagen linken Begriffen und frei von gesellschaftspolitischer Analyse. Keil durfte in Bremen jede Menge Schwachsinn verzapfen, ohne daß jemand wagte, sie zu kritisieren. Eine Wissenschaftskollegin erklärt das so: Nach einer Krebskrankheit habe Keil öffentlich als Krankheitsursache ausgemacht, daß Frauen zu opferbereit seien, sich ausnutzen ließen etc. Es sei Keil gelungen, eine Kritik-Tabuzone um sich zu errichten. Unsere Kritik am Esoterik-Kongreß fand die Programm-Mitverantwortliche Keil »ungeheuerlich und verletzend«. »Solche Anschuldigungen habe ich bisher noch nicht aushalten müssen«, jammerte sie. Auch von ihr kein Wort zur konkreten Kritik.

Keil verdiene Anerkennung für ihren Mut zu »Grenzüberschreitungen des schulmedizinischen Umgangs mit Gesundheit/Krankheit«, blökte Hickel. Weiß er, was qualifizierte Wissenschaftskritik von der religiös-esoterischen

Kategorie der »Grenzüberschreitung« unterscheidet? Ahnt er auch nur, auf welche Ideologien sich Keil bezieht, wenn sie von »Lebensprozessen« schwafelt? Hickel weiß vermutlich auch nichts über Keils ideologische Vorbilder Paul Watzlawick (Analytiker in der Jung-Tradition) oder Humberto Maturana.

Die SPD aber will weg von den alten Industriebranchen, will Bremen ein Dienstleistungsimage verpassen und die Stadt mit Hilfe der Esoterik als Messestadt etablieren. Dieser »Modernität« des »Standorts« Bremen dient eine autoritäre Law-andO-rder-Politik. Die Sozialdemokratie unterwirft sich den Interessen des Kapitals. Das grünalternative Besitzbürgertum mit seinem Vereinsblatt »Taz« profitiert in stiller Komplizenschaft. Die ganze Stadt soll von >minderwertigem Menschenmaterial< gesäubert werden, nicht nur der Bahnhof, das Eingangstor zur Messe:

· 1994 wurden linke Gegner und Gegnerinnen der »Deutschen Einheit« vorbeugend von der Polizei in einem Jugendtreff überfallen, gefesselt, mißhandelt und abgeführt. Mehr als 400 potentielle Kundgebungsteilnehmerinnen und -teilnehmer wurden festgenommen, alle Demos verboten.

· Wer in Verdacht gerät, mit Drogen zu handeln, dem droht Aufenthalts- und Durchquerungsverbot z. B. für das grünalternative Ostertorviertel, für Deutsche wurde die Repression durch das Bremer Verwaltungsgericht aufgehoben. Das Grundgesetz läßt Rassismus zu.

· Ein mutmaßliches Drogengeschäft reicht für ein einjähriges Fahrverbot in Bus oder Straßenbahn; gleichgültig, ob die Asylbewerber, die es zumeist trifft, ihre Unterkünfte weit außerhalb haben. Die Bremer Apartheidspolitik trifft vorzugsweise dunkelhäutige Menschen, eine in Teilen rassistische Polizei kontrolliert vor allem sie.

· Der Sozialdemokrat Scherf ist stolz auf Brechmittel, die den Betroffenen (mutmaßlichen Dealern) notfalls mit Gewalt durch einen Nasenschlauch eingeflößt werden. Folge: manchmal tagelanges schwallartiges Erbrechen. Anderswo haben Gerichte entschieden, daß diese rassistische, folterähnliche Behandlung gegen die Menschenwürde verstößt.

· 1996 wurden mehr als dreihundert »Punk«-Verdächtige, ein Drittel zwischen 14 und 17 Jahre alt, grundlos von der Polizei abgegriffen und bis zu 20 Stunden lang in leere Kasernen gesperrt: Sie durften nicht telefonieren, hatten keine Sitzgelegenheiten, Wasser nur aus einem Waschbottich, bis zu elf Stunden nichts zu essen, pinkeln mußten sie in die Ecke der Gemeinschaftszelle. Henning Scherf hatte daran so wenig auszusetzen wie am Zwangsröntgen.

Antisemitinnen und Antisemiten, Okkulte, Reinkarnationsirre, Scharlatane, Esoterikerinnen und Esoteriker, Antihumanistinnen und Antihumanisten aller Couleur werden von SPD und CDU in Bremen mit offenen Armen aufgenommen. Das Land Bremen unterstützte die Esoterik-Messe 1997 finanziell, der genaue Betrag aus Steuergeldern unterliegt der »Geheimhaltung«. Der konkurserfahrene Frank Siepmann, der den Kongreß mit seiner Forum GmbH veranstaltete, bezeichnete ihn trotz des flauen Besuchs als vollen Erfolg. Bremen will mit aller Gewalt mit der Esoterik ins Jahr 2000.

Die Sozialdemokratie, im Pakt mit dem Kapital einerseits, im Bündnis mit Irrationalismus und Antihumanismus andererseits, sieht sich als bundesweite Regierungs-Alternative zur CDU und wird von »Linken« als Teil eines gesellschaftlichen linken Lagers mystifiziert (siehe Erfurter Erklärung). Aber wo liegt der Unterschied zwischen dem rechten Heinrich Lummer (CDU) und dem »Links«sozialdemokraten Henning Scherf?

Jutta Ditfurth, Ökologische Linke, ist Herausgeberin der Zeitschrift »ÖkoLinx«

Konkret 12/97, S. 25

Otto Köhler

Corporate Indentity

Nicht nur, daß sie sich nicht schämen, sie sind auch noch stolz auf die blutige Geschichte ihrer Unternehmen: Die Dresdner Bank feiert ihr 125jähriges Bestehen, der Siemens-Konzern sein 150jähriges

Helmut Kohl war selig: »>Tönet ihr Pauken, erschallet Trompeten< - und das auf eine so wunderbare Weise vorgetragen vom Dresdner Barockorchester und vom Kammerchor, das stimmt mich ein und macht mich glücklich ... « So sprach der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland am 9. Juni dieses Jahres vor einer 900köpfigen Festversammlung im Schloßpark Pillnitz zu Dresden. Er hatte für so starke Glücksgefühle einen - allerdings kräftig vorgezogenen - Anlaß: »125 Jahre Gründungsjubiläum der Dresdner Bank. Und das erste, was ich sicherlich für viele andere hier sagen kann, ist: Ein herzlicher Glückwunsch an Aufsichtsrat, an Vorstand und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und ich fand das sehr gut, daß Sie, Herr Sarrazin, soeben in einem kurzen Streifzug sozusagen noch einmal die Geschichte auf uns wirken ließen und daß Sie auch an die vielen erinnert haben, die nicht mehr unter uns sind und auf deren Schultern wir stehen.«

Die Geschichte. Die Geschichte der Dresdner Bank, gegründet 1872 aus dem schon seit einem Jahrhundert bestehenden »jüdischen« Bankhaus Michael Kaskel. Bald nach 1933 völlig judenfrei und ausgelastet mit der Arisierung, der Enteignung von Juden. Und Geschäftsbank ihrer Mörder, der SS. »Ohne jeden Hochmut sind wir stolz auf die Geschichte unseres Hauses und stellen uns dabei durchaus den Lehren der Vergangenheit. Aber wir wissen, daß diese Geschichte nur ein Sandkorn ist im Zeitenstrom.« Dies sagte zuvor der Vorstandssprecher Jürgen Sarrazin in seiner von Kohl für gut befundenen Rede. Und im alles bewältigenden Zeitenstrom ging auch ein weiteres Detail unter, daß nämlich die Dresdner Bank an diesem Jubeltag im Juni noch gar nicht 125 Jahre alt war - ihre Geburtsurkunde war erst fünf Monate später, am 12. November 1872, ausgestellt worden.

Gleichwohl, es war ein Glück für die Dresdner Bank und für ihren Vorstandssprecher, daß sie ihr Jubiläum so vorzeitig beging, denn Jürgen Sarrazin ist, wie der »Süddeutschen Zeitung« zu entnehmen war, inzwischen verstummt. Doch davon später. Sarrazin im Juni: »... in unserem letzten Geschäftsbericht wird deutlich, daß die Geschichte unseres Hauses über weite Strecken mit der Geschichte unseres Vaterlandes identisch ist.« Stimmt. »Sehr geehrter Herr Dr. Rasche!« schrieb die Filialdirektion Krefeld am 17. September 1943 dem Vorstandsmitglied Professor Dr. Karl Rasche nach Berlin, »wir hören aus unserem Kundenkreis einen kleinen scherzhaften, für Sie aber sehr schmeichelhaften Vers: >Wer marschiert hinter dem ersten Tank? Das ist der Dr. Rasche von der Dresdner Bank-< Dieser nette Vers wurde ... soeben anläßlich einer Unterhaltung ... über unsere Affiliationen, die einen außerordentlichen Umfang angenommen haben, mitgeteilt.«

Ja, Vorstandsmitglied Rasche und seine Beauftragten waren schon vor dem Zweiten Weltkrieg fast immer die ersten, wenn es galt, aus alten ausländischen Bankhäusern neue Filialen der Dresdner Bank zu machen. Noch am Tag der Besetzung Prags, am 15. März 1939, erschienen sie bei der Böhmischen Escomptebank und übernahmen sie. Die jüdischen Vorstandsmitglieder wurden aufgefordert, ihre Funktionen abzugeben, die anderen wurden den Anordnungen der Dresdner Bank unterstellt. Und so oder so ähnlich lief es, als Deutschland ganz Europa mit Krieg überzog, fast überall, wo die Konkurrenten von der Deutschen Bank noch nicht zugefaßt hatten.

Aber da gab es in der Führungsetage der Dresdner Bank nicht nur den Obersturmbannführer der SS Karl Rasche. Es gab auch Führungspersönlichkeiten, die nie Mitglied der NSDAP wurden. Carl Goetz etwa, der von 1931, als die Dresdner Bank pleite war und vom Staat übernommen wurde, bis 1965 das Geldinstitut führte. Sarrazin in seiner Festrede: »... Carl Goetz, seit 1931 im Amt, gelingt die Reprivatisierung der Bank. ... Trotz der in allen Bereichen zunehmenden politischen Einflußnahme durch das NS-Regime steuert er die Bank mit diplomatischem Geschick um die Klippen der Zeit. Den permanenten Auseinandersetzungen mit der Partei und ihren Gliederungen versucht er durch den Wechsel vom Vorstand in den Aufsichtsrat zu entgehen, dessen Vorsitz er 1936 übernahm. Abgesehen von einer geschickten Geschäftsleitung gelang es ihm in den 30er und Anfang der 40er Jahre, einen äußerst leistungsfähigen, alles andere als parteigebundenen Führungsnachwuchs heranzubilden.« Trotzdem bleibt Goetz nach 1945 Verhaftung und Suspendierung durch die Alliierten »nicht erspart«, klagt Sarrazin und fährt fort: »Er kann jedoch sein korrektes Verhalten belegen und sich bis 1965 als Aufsichtsratsvorsitzender dem Wiederaufbau der Bank widmen.«

Korrekt? 1937 hatte die Dresdner Bank eine eigene »Arisierungsabteilung« eingerichtet. Den NS-Wirtschaftsminister Walther Funk beriet Goetz schon acht Monate vor der Reichspogromnacht des 9. November 1938 über die »Schaffung einer Auffang-Gesellschaft für das nach der Deklaration des jüdischen Eigentums zu übernehmende Geschäftseigentum.« Im Juli lief Goetz zur Deutschen Bank, schlug eine konzertierte Aktion der Großbanken vor, holte sich aber eine Abfuhr. Auch im »Arisierungsgeschäft«, so beschied Karl Kimmich seinen Kollegen, tue etwas mehr Diskretion gut. Eine »Arisierungsholding der Großbanken« sei nicht gut fürs Auslandsgeschäft. Kimmich in einer Aktennotiz: »Ich könnte ihm verraten, daß wir sehr viele Unternehmungen bereits mit Erfolg arisiert haben.« Das macht klar, in welcher Situation sich die Dresdner Bank noch im Sommer 1938 befand. Der Hamburger Historiker Karl Heinz Roth: »Ihr Kapitalhunger war

derart groß, daß sie sich für eine Initiative des Reichswirtschaftsministeriums hergab, die mit einem Schlag und in aller Öffentlichkeit die Großbanken zum Zentrum der wirtschaftspolitischen Vernichtung der Juden machen wollte.«

Schließlich ging es bei den übrigen Großbanken diskreter zu, als Goetz es für nötig hielt, nämlich nach dem Rezept der Deutschen Bank. Die Dresdner nahm weniger Rücksicht auf ihren Ruf im Ausland. Goetz, der korrekte, kam nicht hinter dem ersten Tank, er war schon vor dem Marschbefehl da. Im Juli 1937, lange bevor die deutsche Wehrmacht in Österreich einmarschierte, tauschte sich Goetz mit Hitlers Wirtschaftsberater Wilhelm Keppler über die Zukunft der schon 1932 übernommenen Wiener Mercurbank aus. Goetz: »Über das wünschenswerte Ziel der Arisierung der Mercurbank und Behauptung des in ihr verkörperten deutschen Stützpunktes besteht, glaube ich, an keiner Stelle unserer Bank irgendein Zweifel. Heil Hitler! Ihr sehr ergebener Carl Goetz.« Sofort nach dem Einmarsch wurde aus der inzwischen judenfreien Mercurbank das Hauptinstrument der Dresdner Bank für das weitere Vordringen in Ost- und Südosteuropa.

Heute ist das alles vergessen. Sarrazin in seiner Festrede, ein Wort des Reichsgründers Bismarck zitierend: >»Man soll nur immer darauf achten, ob man den Herrgott durch die Weltgeschichte schreiten sieht, dann zuspringen und sich an seines Mantels Zipfel klammern, daß man mit fortgerissen wird, soweit es gehen soll.< Herr Bundeskanzler, Sie kennen die Bedeutung solcher Augenblicke besser als wir alle. Die Dresdner Bank darf sich glücklich schätzen, daß ihr immer wieder Führungspersönlichkeiten erwachsen sind, die dafür ein Gespür entwickelt haben.«

Führungspersönlichkeiten wie beispielsweise Heinrich Himmler. In enger Zusammenarbeit mit der Dresdner Bank nahm die Gestapo die Eigentümer der zu arisierenden Betriebe fest und ließ sie erst frei, wenn sie einen der Dresdner Bank genehmen Verkaufsvertrag unterschrieben hatten. So ging es dem Bankier Arnhold vom gleichnamigen Konkurrenzinstitut, so ging es dem Großbrauer Ignatz Nacher, so ging es in Wien dem Baron Louis Rothschild. Allein in diesem Fall gelang es dank der Gestapo-Nachhilfe, den Arisierungspreis »um einen Betrag zu verbilligen, der bei etwa 1 Million Pfund liegt«. So freute sich Bank-Vorstand Rasche in einem Schreiben an die SS. Im Gegenzug gab es Millionen-Kredite von der Dresdner Bank für die SS-Wirtschaftsbetriebe und für die Einrichtung von Konzentrationslagern sowie hohe Geldbeträge zu Heinrich Himmlers persönlicher Verfügung. Im exklusiven Freundeskreis Himmlers war die Dresdner Bank am stärksten vertreten. Bank-Sprecher Sarrazin bei der Jubiläumsfeier im Juni: »Die Historie der Dresdner Bank ist ein Musterfall der deutschen Bankgeschichte.«

Tatsächlich mußte Oswald Pohl, Leiter des SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes, zuständig auch für das Vernichtungslager Auschwitz, im Januar 1943 - acht Jahre, bevor er endlich gehenkt wurde - einer anderen deutschen Großbank, die sich auch hohe Verdienste um den Nationalsozialismus erworben hatte, vorerst eine freundliche Absage erteilen: »An sich pflegen die der Aufsicht des Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes unterstehenden Unternehmungen stärkere Beziehungen zu einem anderen Bankinstitut, weil das SS-WV-Hauptamt bei allen möglichen Gelegenheiten von dort aus mehr als prompt bedient worden ist. Es ist gewissermaßen ein Akt der Dankbarkeit, diese Bankverbindung als Hauptbankverbindung bestehen zu lassen.« Trotzdem, so versprach der Massenmörder den sich bewerbenden Herren, werde er die Anregung aufgreifen und die Angelegenheit im Auge behalten. Die Bank, von der die SS sich prompt bedient fühlte, war die Dresdner Bank, die andere, die das auch gern getan hätte, war die Deutsche Bank. Die Konten für Auschwitz blieben bei der Dresdner.

Noch heute fühlt sich die Dresdner Bank rückblickend vom schließlichen Kriegsende bedroht. Ihr Sprecher in seiner Jubiläumsrede: »>In der Gefahr wächst das Rettende auch<, tröstet Friedrich Hölderlin. Der Trost ist bei Kriegsende wahrhaft nötig. Die Alliierten enteignen und schließen die Zentrale der Bank in Berlin ... « Doch: »Ungeachtet der Enteignungs- und Dezentralisationspolitik der Siegermächte machen sich die Mitarbeiter in zahlreichen Filialen Westdeutschlands in unverbrüchlicher Treue zu ihrem Haus und im alten Geist ans Aufräumen und an den Wiederaufbau.«

Die US-Besatzungsmacht empfahl nach 1945, »die Dresdner Bank zu liquidieren«. Das geplante Verfahren im Rahmen der Nürnberger Prozesse wurde nicht durchgeführt. Drei regionale Nachfolgeinstitute - Hamburger Kreditbank, Rhein-Ruhr-Bank, Rhein-Main-Bank - setzten bald die Arbeit im obgenannten Geist fort, und 1957 konnte die Dresdner Bank schließlich unter ihrem altem Namen und unter ihrem alten Aufsichtsratsvorsitzenden Carl Goetz in der Bundesrepublik ihr Gewerbe weiterbetreiben.

Laudator Sarrazin am Ende seiner Festrede: »Herr Bundeskanzler, sehr verehrte Frau Kohl, lieber Herr Röller« - Wolfgang Röller war im Juni noch Aufsichtsratsvorsitzender -, »verehrte Gäste. Wir geben heute unserer Freude und Dankbarkeit um die glücklich erreichten 125 Jahre des Bestehens unseres Hauses Ausdruck. Zugleich wollen wir unsere junge Mannschaft anspornen, auf dem Wege der Väter weiterzuschreiten. >Wem an der Zukunft etwas liegt, muß wissen, was die Vergangenheit uns lehrte<, sagt der alte Goethe in Weimar.«

Doch glücklich erreicht war der 125. Jahrestag an diesem Junitag noch nicht. Einen Monat vor dem tatsächlichen Jubiläumstermin meldete die »Süddeutsche Zeitung« aus der Dresdner Bank ein »Harakiri in der Chefetage«. Der

Jubiläumsredner der Dresdner Bank hatte seine Stimme verloren: »Vorstandssprecher Jürgen Sarrazin, dessen wichtigste Funktion die Verkörperung der Bank nach außen ist, schweigt sich um Kopf und Kragen.«

Die in diesem Land grassierende Bankenkriminalität hatte zugeschlagen. Schon bis Oktober 1996 hatte allein die Oberfinanzdirektion Düsseldorf 10.500 Einzelverfahren gegen Kunden der Dresdner Bank wegen Steuerhinterziehung per Luxemburg eröffnet. Man mußte sich beeilen, wenn Vorstand und Aufsichtsrat noch ein von Strafverfolgern ungetrübtes Jubiläum erleben wollten. Das Fest wurde kurzerhand um fünf Monate vorverlegt - vom trüben November in den sonnigen Juni. Eine richtige Entscheidung. Am 2. September durchsuchten Steuerfahnder die Wohnungen des Aufsichtsratschefs und Kanzlerfreunds Wolfgang Röller. Gut zwei Wochen später trat er von seinem Amt zurück. Er bot, um nicht festgenommen zu werden - laut »Spiegel« - dem Fiskus gleich mal zwei Millionen Vorabzahlung an und trat von seinem Amt als Aufsichtsratschef zurück. Sarrazin in der Festrede über Röller: »Siebeneinhalb Jahre lang war er die Lokomotive an der Spitze des Dresdner-Bank-Zuges.«

Nun liegt er auf den Schienen, obwohl er doch ein »sicheres Gespür für kommende Entwicklungen« besaß. Solch ein Gespür immerhin hat die Dresdner Bank davor bewahrt, die Jubelfeier historisch korrekt erst im November stattfinden zu lassen. Der - nunmehr wohl ehemalige – Röller-Freund Kohl wäre, falls er sich überhaupt noch hätte sehen lassen, sicherlich verstimmt gewesen, wenn Sarrazin in seiner Festrede daran erinnert hätte, was Röller als politischen Höhepunkt seiner Karriere 1989 erlebt hatte, »den Fall der Mauer, sozusagen Seite an Seite mit Ihnen, Herr Bundeskanzler«.

Doch nicht nur der Aufsichtsratsvorsitzende ist inzwischen bös hingeschlagen, auch der Redner selbst hat, nachdem ihn die Steuerfahndung zu Hause heimsuchte, pünktlich jede Lust verloren, als Röller-Nachfolger den Vorsitz im Aufsichtsrat zu übernehmen. Wahrlich, es wäre ein trauriges Fest geworden, hätte man nicht schon im Juni das Jubiläum vorgefeiert. Aber unser regierender Historiker hätte auch später noch recht gehabt, wenn er gesagt hätte, was er schon am 6. Juni vor Vorstandssprecher Sarrazin und dem Aufsichtsratsvorsitzenden Röller zu formulieren vermocht hatte: »Und ich finde überhaupt, daß es dem Zeitgeist der Deutschen nicht gut tut, daß wir fast immer nur von Gegenwart reden und Geschichte und Tradition zu oft vergessen oder gar bewußt verdrängen. Das, was Dresdner Bank heute ausmacht, hat eben seine Geschichte.«

Deutschland hat an der Schwelle zum 21. Jahrhundert beste Chancen für eine gute Zukunft in einem geeinten Europa.« Der sich solchen Gelegenheiten nie verweigernde Bundeskanzler, der so auch auf dem großen Fest sprach, das sich die Siemens AG am 12. Oktober im Westberliner Kongreßzentrum zu ihrem 150jährigen Bestehen gab, lud nach einer zuverlässigen Meldung des Presse- und Informationsamtes, »alle Anwesenden« ein, »diese Chancen tatkräftig zu nutzen«.

Nicht anwesend waren die Zehntausende von Zwangsarbeitern der Siemens AG. Die meisten sind tot, viele bestimmungsgemäß vernichtet durch Arbeit. Eine, die überlebt hat, ist Waltraud Blass. Sie sitzt nicht drinnen, wo der Kanzler eine gute Zukunft mit Siemens verspricht, sie ist draußen vor der Tür. Sie hätte dem Kanzler, wenn er denn zuhören wollte - keine Angst, er will nicht - schildern können, was sie als politische KZ-Insassin in Ravensbrück erlebte: Daß eines Tages einige Herren vom eigens in der KZ-Nachbarschaft errichteten Siemens-Werk in das Lager kamen. Daß die KZ-Insassinnen - Ravensbrück war ein Frauen-KZ - sich in Reihen aufstellen mußten. Daß die Herren von Siemens jede einzelne Frau körperlich begutachteten wie Ware oder, schlimmer noch, wie eine Maschine - auf Erhaltungszustand und Arbeitsfähigkeit. Daß sie die KZlerinnen sorgfältig und gewissenhaft auf ihre Verwendungsfähigkeit testeten - sie mußten Figuren aus Draht biegen. Daß sie, Waltraud Blass, zusammen mit vielen anderen ausgewählt wurde und täglich in 12stündiger Tag- oder Nachtschicht für die Kriegsproduktion von Siemens Sklavenarbeit leisten mußte. Daß der einzige Lohn für jede Frau beim Rückmarsch zum langwierigen KZ-Zählappell eine Schnitte Brot mit billiger Blutwurst war. Daß sie nach der Befreiung 1945 - für Waltraud Blass war es Befreiung, für den Siemens-Konzern war es, steht heute in der Festschrift, der »politische und militärische Zusammenbruch«, der die »Existenz des Hauses Siemens« in Frage stellte – für jeden Tag KZ-Haft nach dem Bundesentschädigungsgesetz vom Staat ein Trinkgeld von fünf Mark bekam, mehr nicht. Und daß der Siemenskonzern ihr und den anderen noch heute den Lohn schuldet für diese Zwangsarbeit unter mörderischen Arbeitsbedingungen.

Waltraud Blass - und all die anderen Sklavenarbeiterinnen, denen es bei Siemens noch schlimmer ging und die nicht einmal die fünf Mark bekamen - hatte keine Chance, dies dem Bundeskanzler mitzuteilen. Man hätte sie beiseitegeschoben, damit sie nicht sein Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden Heinrich von Pierer störte, der kurz darauf im Deutschlandfunk verkündete: »Ich habe nicht den Eindruck, daß sich das irgendwo stellt, diese Frage.«

Aber falls Waltraud Blass nach dem Siemens-Fest - sie hatte gegen diese Feier demonstriert - mit dem ICE Hannah Arendt der Bahn AG nach Hause fuhr, hätte sie sich direkt aus der Gepäckablage informieren können: »1997 wird Siemens 150 Jahre alt. Ein guter Grund zum Feiern.« In jedem Abteil lag sie aus - und liegt vielleicht noch heute -, die 88-Seiten-Festschrift »150 Jahre Siemens«. Und sie hätte die gebührende Antwort bekommen auf all die Fragen, die sich ihr und ihren Sklavenhaltern seit mehr als einem halben Jahrhundert stellen. Da steht es, auf Seite 32:

»Die Zeit von 1918 bis 1945 bewegte sich im Spannungsfeld von Weimarer Demokratie und Nationalsozialismus.« 1918 bis 1945 - eine spannende Zeit. »Es ist eine Zeit, in der schwierige politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen den Erfolg des Unternehmens zeitweilig beeinträchtigten.« Was hätte gefährlich werden können für Siemens - die Demokratie, der Nationalsozialismus? I wo: »Dennoch wuchsen unter der Leitung von Carl Friedrich Siemens Aufgabengebiete, Umsatzvolumen und Beschäftigtenzahlen.«

Die Beschäftigtenzahlen. Auf Seite 59 kann Waltraud Blass darüber etwas nachlesen. Nach Kriegsbeginn »wurden verstärkt zivile ausländische Frauen und Männer« eingesetzt, und zwar »in der gesamten deutschen Großindustrie«. Sie kamen »zunächst auf freiwilliger Basis, wurden aber im Verlauf des Krieges auch aus ihren Heimatländern verschleppt und in Deutschland zwangseingesetzt«. Siemens konnte sich da nicht ausschließen und beschäftigte - es waren mehr - »etwa 50.000 Arbeitskräfte gegen deren Willen«.

Waltraud Blass hat Siemens vor einigen Jahren auf Herausgabe ihres damals unterschlagenen Lohns verklagt. Der Konzern hatte in seiner Klageerwiderung alles Nötige verlautbart. Da die Klägerin selbst angebe, sie sei Zwangsarbeiterin gewesen, scheide damit »eine auf Vermögensmehrung gerichtete Leistung der Klägerin an die Beklagte« - den Siemens-Konzern - aus. Denn: »Ein Leistungsverhältnis im Sinn des Bereicherungsrechtes kann nur im Verhältnis zwischen der Beklagten« - Siemens also - »und der SS aufgrund der dort getroffenen Absprachen vorgelegen haben ...« Kurz, wenn in diesem Fall überhaupt noch jemand Geld von Siemens zu bekommen hat - dann die SS und nicht irgendeine Zwangsarbeiterin.

SS - was war das eigentlich? Die Siemens-Festschrift hat 88 Seiten. Aber eine SS, die Sklavenarbeiter für Siemens lieferte, kommt auf keiner einzigen vor. Oder doch? Nein, auf Seite 51 steht unter dem Bild von Marlene Dietrich dies: »Carl Friedrich von Siemens erkannte schließlich, daß die immer wieder betonte >Einheit des Hauses< auch durch ein einheitliches Erscheinungsbild nach außen dokumentiert werden mußte.« Und so setzte man 1936, im Jahre drei des Herrn, »die Monogramme SH für Siemens & Halske sowie SS für Siemens-Schuckert ein«. Mit dieser »Schaffung eines einheitlichen Siemensstils«, so verrät die Festschrift, wurde die »entscheidende Wende in der öffentlichen Darstellung des Unternehmens« herbeigeführt, die »typische Siemens-Corporate-Identity«.

Konkret 12/97, S. 28

Zu Protokoll

»20 Jahre danach: Deutscher Herbst, die RAF und der Baader-Meinhof-Komplex«. Darüber diskutierten um 15. Oktober 97 in der Sendung »Zur Diskussion« des Deutschlundfunks der »Spiegel«-Chefredakteur Stefan Aust, der Bundesinnenminister a. D. Gerhard Baum, der damalige Regierungssprecher Klaus Bölling und der Berliner Rechtshistoriker Uwe Wesel. Moderation: Rainer Burchardt. KONKRET dokumentiert Auszüge aus der Debatte

Moderator: 6 gegen 60 Millionen, so hat Heinrich Böll damals gespottet, das sei ja wirklich eine große Bedrohung für den Staat. Ist damals das, was man Rote Armee Fraktion genannt hat, eine Bedrohung für diesen Staat gewesen?

Aust: Nein, es war sicherlich keine Bedrohung für den Staat. Es war eine Bedrohung für einzelne Leute, es war eine Bedrohung für Institutionen, auch für die Souveränität des Staates nach innen. Die Gruppe hat den Staat herausgefordert wie wohl kaum eine andere Gruppierung seit Kriegsende. Aber man hat sie in dem Versuch, sie nicht politisch zu sehen, erst zu dem Phänomen gemacht, das dann daraus wurde.

Moderator: Helmut Schmidt hat damals gesagt, das sind ganz normale Mörder, kein politisches Motiv rechtfertigt einen Mord. Hat Stefan Aust recht mit seiner These?

Baum: Ich glaube, er hat recht. Natürlich waren es im strafrechtlichen Sinne Mörder, aber in einer besonderen Situation. Wenn man das sagt, wie damals auch Böll, kommt man sehr leicht in die Nähe der Komplizenschaft. Aber wichtig ist zu sehen, daß es eben eine politische Motivation gegeben hat, mag sie auch noch so abwegig gewesen sein. Es gab Wurzeln, die ich durchaus verstehen kann. Sie wollten nicht versagen wie ihre Väter, sie waren traumatisiert durch das Schweigen der deutschen Politik zum Vietnamkrieg und sind dann in einen moralischen, typisch deutschen Rigorismus hineingeraten bis zur Selbstaufopferung. Die eigentliche Herausforderung war die politische. Vor 20, 25, 30 Mördern hätte dieser Staat sich nicht zu fürchten brauchen.

Moderator: Helmut Schmidt hat ja immer gesagt, das war keine Frage der Staatsräson, sondern im Prinzip der juristischen Aburteilung.

Bölling: Dieser Meinung ist er auch heute noch. Und ich bin nicht weit von seiner Position entfernt. Ich teile die Meinung von Herrn Baum, auch die von Herrn Aust, daß man damals zu einer gewissen Dämonisierung der RAF geneigt hat. Insofern war die Einschätzung von Heinrich Böll scheinbar ganz zutreffend. Aber es hatte Willy Brandt schon nach den ersten terroristischen Gewalttaten 1972 die Warnung ausgesprochen, daß die freiheitliche Demokratie, die wir aus den Trümmern von Diktatur und Krieg aufgebaut haben, nicht als schlapper Staat mißverstanden werden dürfe. Helmut Schmidt hat dann härter geurteilt und von den Tätern als von Menschen gesprochen, die eine geistige und charakterliche Deformation zeigten. Später - und das ist auch meine Meinung -, in einer Zeit, wo es eine gewisse Romantisierung zu geben scheint, jedenfalls in Teilen der linksintellektuellen Szene, auch in deutschen Feuilletons, ist Schmidt zu der Einschätzung gekommen, daß die RAF-Leute, auch wenn es quantitativ scheinbar keine wirkliche dramatische Herausforderung des Staates gewesen ist, die Funktionstüchtigkeit unseres demokratischen Gemeinwesens unmöglich machen wollten. Also mein Punkt ist, daß manche jungen Leute, die durchaus denkfähig sind, heute aus der Baader-Meinhof-Gruppe so eine Vereinigung von Robin-Hood-Gestalten zu machen versuchen. Das finde ich sehr beunruhigend.

Moderator: Wenn der Staat nicht so dezidiert herauszufordern war, wäre dann nicht Schleyer auch zu retten gewesen? War nicht der Preis seines Lebens zu hoch?

Wesel: Der Fehler, den die Regierung gemacht hat, war, daß sie von vornherein entschlossen war, falls sie die Täter nicht fassen kann, dann eben das Leben der Geisel zu opfern. Und ich finde, diese Entscheidung war falsch. Das waren Desperados, denen man energisch entgegentreten mußte. Aber man mußte mit ihnen verhandeln, leider Gottes, denn sie hatten nun eben das Leben eines Mannes in der Hand. Und mindestens nachdem die Lufthansa-Maschine entführt worden war und dann dort stand in Mogadischu, mindestens in dieser Zeit hätte man mit ihnen verhandeln müssen. Denn da waren ja selbst die vier in Stammheim überfordert. Das ging ja auch gegen ihre eigentlichen Ziele. Schleyer war für sie ein Schuldiger, aber die normalen Urlauber in dieser Lufthansa-Maschine waren für sie Unschuldige.

Moderator: Herr Aust, sind möglicherweise die in Stammheim Einsitzenden gar nicht einverstanden gewesen mit dem, was von außen dirigiert wurde?

Aust: Das ist natürlich schwer zu sagen. Ich glaube, das, was Herr Bölling gesagt hat, das mit der Robin-Hood-Mentalität, das stimmte eine Zeitlang, und zwar auch noch in der Zeit, in der Heinrich Böll seinen Appell »Freies Geleit für Ulrike Meinhof« formuliert hat - aus diesem Kommentar ist ja dieses Zitat mit den 6 gegen 60 Millionen. Das war eine Zeit, in der in weiten Kreisen der Linken und der liberalen Öffentlichkeit durchaus die Neigung vorhanden war, das als so eine Art Räuber-und-Gendarm-Spiel mit zu sehen. Aber in der Zeit der Schleyer-Entführung war die Sympathie außerordentlich gering.

Aus dem Abstand betrachtet, hat man, glaube ich, während der Schleyer-Entführung zwei wesentliche Fehler gemacht. Auf der einen Seite hätte man mit den Gefangenen in Stammheim verhandeln müssen. Es war ein ganz großer Fehler, nicht mit ihnen zu reden. Und zweitens glaube ich, man muß darüber nachdenken, ob die Konzentration der gesamten Fahndung quasi auf Kanzleramt und Bundesanwaltschaft und BKA richtig gewesen ist, ob man nicht lieber die ganz normale Polizei hätte ihre normale Arbeit machen lassen sollen.

Moderator: Es gab ja im Vorfeld 1975 die Lorenz-Entführung. Und da hat der Staat ja anders reagiert, und offenbar hat man dann gesagt, Mensch, da haben wir einen Fehler gemacht, den wollen wir nicht wiederholen. Denn der Terror ließ da ja nicht nach.

Bölling: Ja, das ist ein grundsätzlicher Fehler gewesen. Es ist damals so gewesen, daß Schmidt nicht bereit war, den Forderungen der Terroristen von der Gruppe 2. Juni nachzugeben, daß damals aber unter dem Eindruck der sehr entschiedenen Argumentation des heutigen Bundeskanzlers Helmut Kohl und des Berliner Regierenden Bürgermeisters Klaus Schütz der Kanzler hat nachgeben müssen. Diesen Fehler wollte er nicht wiederholen. Es mag so scheinen, daß die Regierung damals von der ersten Stunde an gleichsam entschlossen gewesen ist, das Leben von Schleyer notfalls zu riskieren. Das ist nicht so gewesen. Denn wir hatten ja unter dem Eindruck der Darlegungen von Horst Herold (damaliger BKA-Chef, d. Red.) das Gefühl, nein, fast die Sicherheit, daß es gelingen werde, mit den neuesten Methoden der Rasterfahndung das sogenannte Volksgefängnis von Schleyer zu finden und ihn unversehrt zu befreien...

Aust: Es ist ja auch gefunden worden...

Bölling: Erst in dem Maße, in dem polizeiliche Fahndungsaktionen nicht zu diesem Ziel führten, ist der Kanzler mehr und mehr zu der Überzeugung gekommen, daß das Leben von Schleyer womöglich zu riskieren sei.

Baum: Ich glaube, wir fokussieren uns zu stark auf den Herbst. Man darf nicht vergessen, in welchem Zustand sich Teile der jungen Generation, nicht die Desperados, befunden haben. Helmut Schmidt war Kanzler in einer Gesellschaft, in der Terrorismus entstanden ist. Da gab es ja Gründe. Aber jetzt zur Polizeiorganisation. Ich habe das hautnah miterlebt, diese Fahndungspanne, die ja diese ganzen wunderbaren Ideen von der Rasterfahndung ad absurdum geführt hat. Wenn der Hinweis auf den Aufenthaltsort Schleyers eben nicht in die Computer hineingegeben wird, dann nutzen Ihnen die ganzen wunderbaren Dinge nichts.

Aust: Man hat im Grunde vor lauter Panik über eine ja nun in der Tat blutige und furchtbare Angelegenheit den Kopf verloren und hat über Nacht die eingefahrenen Befehlsstrukturen der Länderpolizeien außer Kraft gesetzt und einen neuen Koordinierungsstab, neue Instanzen, neue Hierarchien, neue Telefonnummern eingeführt, und so kann eine Polizei nun keinesfalls mehr funktionieren. Und die berühmte Panne in Erftstadt-Liblar ist natürlich mit dem Wort »Fahndungspanne« nur sehr mittelmäßig beschrieben. In Wahrheit war das ja kein Hinweis, der irgendwann mal verlorengegangen ist, sondern das war eine eigene Recherche der örtlichen Polizei. Und die waren alle fest davon überzeugt, weil eine Menge Indizien darauf hindeuteten, daß Schleyer in genau dieser Wohnung in Erftstadt-Liblar gesessen hat. Viermal sind die Hinweise nach oben getragen worden. Und die haben immer gewartet, ob oben nun irgendwas passiert. Und oben passierte nichts, weil es nämlich oben verschlampt worden ist. Und zwar mehrmals.

Bölling: Das ist aber eine ganz erhebliche Dramatisierung, lieber Herr Aust.

Baum: Dem Helmut Schmidt muß man anrechnen, ich war ja dann sein Innenminister, daß wir das wieder in Ordnung gebracht haben. Es gab einen Höcherl-Bericht, und es wurden die Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern neu geordnet. Das war eine Lehre.

Wesel: Herr Bölling, Sie haben Recht. Am Anfang, als Schleyer entführt wurde, da hat man natürlich nicht damit gerechnet, daß man sein Leben opfern müßte, und da war man dazu auch noch nicht entschlossen. Aber dann dauerte es zwei Wochen, es dauerte drei, vier, fünf Wochen. Man hat ihn immer noch nicht gefunden. Und dann kam auch noch die Entführung der Lufthansa-Maschine. Und dann war vollkommen klar, jetzt geht es nur noch um die Befreiung der Lufthansa-Maschine. Man hat in dem Moment nicht nur ganz bewußt den Tod von Herrn Schleyer in Kauf genommen, sondern man hat ja auch noch bewußt den Tod mehrerer Passagiere dieser Lufthansa-Maschine in Kauf genommen. Denn Helmut Schmidt hat ja gesagt, wenn es sehr viele Tote gegeben hätte, dann würde er am nächsten Tag zurückgetreten sein. Und man hat noch mehr Tote in Kauf genommen. Man hat ja auch... sehen Sie mal, dieser Herr Klaus, der da immer mit den Leuten im 7. Stock in Stuttgart-Stammheim verhandelt hat, der hat ja Berichte an den Krisenstab geschrieben. Die Gefangenen in Stammheim haben gedroht, sie bringen sich um, tote Gefangene, haben die gesagt. Das heißt, man hat, als dann in der Nacht die Lufthansa-Maschine in Mogadischu gottseidank so unblutig für die Passagiere und die Besatzung befreit worden ist, auch noch den Tod dieser Gefangenen in Kauf genommen. Man hat sich nicht um die Gefangenen in Stammheim gekümmert, die immerhin in staatlicher Obhut waren und für die man auch eine Pflicht hatte.

Bölling: Das kann ich nicht akzeptieren. Das mag sich Ihnen so darstellen, aber ich bin ganz sicher, daß der damalige Bundeskanzler nicht die Zustimmung zur Erstürmung der »Landshut« gegeben hätte, wenn nicht der Kommandoführer, der Herr Wegener, Herrn Wischnewski gesagt hätte, die Chancen sind sehr gut, daß wir ohne Verluste diese 90 Passagiere

würden retten können. Es hat sich gerade jetzt im Zusammenhang mit dem 20. Jahrestag des Deutschen Herbstes die Meinung in der linksintellektuellen Szene mehrfach nachlesen lassen, es sei Schmidt nur um die Staatsräson gegangen. Das ist nicht wahr. Sie haben selber ganz richtig gesagt, wie viele Tote es vorher schon gegeben hat...

Wesel: Hinterher aber auch...

Bölling: Der Staat mußte Festigkeit zeigen, denn, und das ist ja nun wahrlich keine Phrase, es gab so etwas wie die Pflicht des Staates, die Gemeinschaft vor Terroristen zu schützen. Auch die Bemerkung meines Kollegen Aust kann ich so nicht akzeptieren, es sei ein Fehler gewesen, mit den Stammheimern nicht zu verhandeln. Die haben sich mit den Mördern identifiziert. Herr Aust kennt ja viel besser, als ich sie gekannt habe, Ulrike Meinhof, die eben schon einige Jahre vor dem Deutschen Herbst gesagt hat, Polizisten sind Schweine, und natürlich, hat sie gesagt, ist es erlaubt, auf sie zu schießen. Also diese Version vom unerbittlichen, gnadenlosen Staat, der da nur die Staatsräson im Kopf gehabt hat, die will ich ganz entschieden in Abrede stellen.

Baum: Also erstens war das Risiko, Herr Bölling, ja wohl da. Sie können ein Flugzeug... das können Sie nie ausschließen, daß da eine Handgranate explodiert oder so etwas. Das mußte in Kauf genommen werden. Ich bin der Meinung, daß das damals richtig entschieden worden ist. Aber wir würden uns doch nicht 20 Jahre danach mit einem einfachen Mord hier beschäftigen oder einer Geiselnahme in einem Flugzeug. Es hat doch die Gesellschaft erschüttert, weil es eine politische Dimension hatte. Es war die Sympathie damals weg, 77. Aber sie ist wieder aufgeflackert. Denken Sie an die Diskussion über die Haftbedingungen...

Wesel.» Und den Tod der Gefangenen...

Baum: Und denken Sie an die großen Diskrepanzen zwischen der etablierten Politik und der jüngeren Generation, die sich manifestierte in der Auseinandersetzung über den sogenannten Radikalenerlaß. Wo sich also ein großer Teil der jungen Generation diskriminiert oder kriminalisiert gefühlt hat durch die Verfassungsschutzbehörden. Es war eine ungute Stimmung im Lande. Und Schmidt drückt das heute nicht aus. Für ihn ist das eine nicht wichtige Dimension. Für mich ist das anders.

Moderator: Haben zu dieser unguten Stimmung im Lande nicht auch die Gesetzesverschärfungen beigetragen, die ja überwiegend heute noch gültig sind?

Baum: Ja, was ist eigentlich damals mit unserem Rechtsstaat passiert? Ich will gar nicht in Frage stellen, ich habe ja auch als Abgeordneter die Dinge mitbeschlossen, daß vieles im Bereich des Strafrechts und der Strafprozeßordnung notwendig war. Ich habe dann als Innenminister die Kontaktsperre, eine der gravierendsten Beschneidungen von Rechten, etwas gelockert Aber insgesamt muß ich sagen, seitdem haben wir einen Bruch in unserem Rechtsstaat. Der Zweck heiligt die Mittel, sage ich mal ganz hart. Es ist das Undenkbare gemacht worden. Es sind fundamentale Rechte zur Disposition gestellt worden, und bis heute haben wir uns angewöhnt, wenn die Situation schwierig wird, eben fundamentale Rechte zur Disposition zu stellen. Asyl, Lauschangriff, so etwas.

Moderator: Ein später Erfolg für Baader-Meinhof?

Aust: Na ja, das merkt jeder, der heute auf den Flughafen geht und sich durchsuchen lassen muß, bevor er ins Flugzeug steigt. Das merkt man bei jeder Straßenkontrolle, daß die Polizeibeamten heute Maschinenpistolen dabeihaben. Das geht sicher nicht alles auf die RAF zurück, aber das war der Beginn der Aufrüstung dieses Staates. Aber ich möchte noch etwas zu Herrn Bölling sagen. Er hat etwas gesagt, was die Stimmung der damaligen Zeit und die Tendenz zu Fehleinschätzungen sehr stark deutlich macht. Er hat Ulrike Meinhof mit dem Satz zitiert, natürlich kann geschossen werden und schon überhaupt auf Polizisten, denn Polizisten sind Schweine, oder so ähnlich. Mit solchen Leuten redet man nicht. Ich bin der Meinung, gerade mit solchen Leuten muß man reden, vor allen Dingen dann, wenn sie in einer solchen verfahrenen Situation, bei der das Leben von Menschen auf dem Spiel steht, an einer Schlüsselstelle sitzen. Bei jedem normalen Polizeieinsatz bei irgendeiner Geiselnahme verhandelt die Polizei mit den Geiselnehmern, mit wem auch sonst. Man hat versäumt, seine Hausaufgaben zu machen, indem man nämlich auf der praktischen Ebene nicht dafür gesorgt hat, daß man vielleicht doch mal ein Gespräch herstellen kann, daß man die Anwälte einschaltet. Oder, was den Tod der Gefangenen in Stammheim anbetrifft, da geht es ja nicht nur um die Fürsorgepflicht des Staates Gefangenen gegenüber. Darüber mag man in der Situation hinweggesehen haben. Nur man hätte keinesfalls riskieren dürfen, daß die sich umbringen. Denn es war klar: Das spätestens wäre das Todesurteil für Schleyer gewesen, und das war es ja dann auch. Das heißt, es war eine Fürsorgepflicht der Geisel Schleyer gegenüber, darauf zu achten, daß die sich in Stammheim nicht umbringen.

Moderator: Es geht natürlich auch um das Recht, das diese Gesellschaft zusammenhalten soll.

Wesel: Seit 1974, schon vor dem Stammheimer Prozeß, haben wir eine ungeheure Aufwertung der Staatsanwaltschaft und eine ganz starke Zurückdrängung der Möglichkeiten von Verteidigung. Und zwar nicht nur in solchen politischen Terroristenprozessen, sondern in jedem Strafverfahren. Und das ist bis heute nicht korrigiert.

Bölling: Das halte ich für eine erhebliche Überzeichnung. Der Staat hat zwar mit allerhand Gesetzesänderungen auf die Aktivitäten dieser terroristischen Vereinigung reagiert, aber er hat sich niemals auf den von der RAF ja einseitig erklärten sogenannten Krieg eingelassen. Und durch die justitielle Aufarbeitung in den zahlreichen Gerichtsverfahren seither wurden die Aktionen dieser Gruppe auf das reduziert, was sie strafrechtlich darstellen, nämlich ganz ordinäre Verbrechen.

Baum: Halten Sie es für richtig, daß beim Abhören einer Wohnung mitgeschnittene Gespräche zwischen einem Menschen und seinem Priester jetzt verwertet werden können?

Bölling: Also ich glaube, weil ich natürlich Ihrer Meinung bin, daß das nicht in Ordnung ist, daß es dazu in der Praxis, wenn drei Richter darüber zu entscheiden haben, niemals kommen wird.

Baum: Ihr Vertrauen in die deutschen Gerichte ehrt Sie.

Wesel: Das grundsätzliche Problem, über das wir hier reden, nämlich die Reaktion auf den Terrorismus, besteht darin, daß die eigentliche Gefahr von Terrorismus gar nicht so sehr der Terrorismus selbst ist, sondern seine Überschätzung. Und das ist damals passiert. Man hat die Gefahren einfach überschätzt. Und diese Lehre können wir für die Zukunft ziehen: ruhig bleiben, mit den normalen Gesetzen reagieren. Man hätte auch den Stammheimer Prozeß und alles andere mit den ganz normalen Gesetzen regeln können.

Moderator: Wir haben doch eine Reihe sogenannter normaler Gesetze aus der damaligen Zeit. Müßte man die nicht jetzt wirklich mal einer Revision unterziehen?

Wesel: Natürlich. In der Strafprozeßordnung gibt es mindestens 10, 20 Vorschriften, die alle mehr oder weniger überflüssig sind. Ich behaupte sogar, das Kontaktsperregesetz ist überflüssig. Denn wie war es denn möglich, daß sogar, während die Lufthansamaschine entführt war, die sich untereinander..

Die Pistole war drin, die haben Radio gehört, die haben sich untereinander verständigt. Das heißt, dieses ganze Megaszenario, diese Millionen in die Apparaturen von Herrn Herold, diese totale Abschottung der Gefangenen, alles hat nicht funktioniert. Das heißt, auch wenn wir ganz normal reagiert hätten, würde es nicht anders ausgegangen sein.

Baum: Ich finde, daß wir allzu leicht geneigt sind in Deutschland, auf Fehlentwicklungen der Gesellschaft durch Gesetzesveränderungen zu reagieren, die freiheitseinschränkend sind, und daß wir das nicht machen wie die Engländer, die solche Gesetze in ihrer Auseinandersetzung mit der IRA grundsätzlich befristet haben. Übrigens: Wenn wir einem solchen Phänomen wie dem IRA-Terrorismus ausgesetzt gewesen wären, über Jahre, wüßte ich nicht, wie wir reagiert hätten.

Wesel: Um Gottes Willen.

Bölling: Aber das Kontaktsperregesetz könnte uns eines Tages ganz nützlich sein, wenn es, was doch niemand von uns wird ausschließen wollen, zu terroristischen Aktionen von Rechtsextremisten...

Wesel: Herr Bölling, es hat doch nichts genützt.

Bölling: Aber glauben Sie denn, Herr Baum, daß die RAF wirklich mausetot ist?

Baum: Die RAF ist tot. Das sagen die Sicherheitsbehörden der Republik.

Aust: Hochsicherheitstrakt... Isolationsmaßnahmen... Kontaktsperre... Das hat alles nichts genutzt. Im Gegenteil. Den Kampf gegen die RAF und gegen diese Art von Terrorismus hätte man mit allen Mitteln führen können, die vorher dagewesen waren. Man hätte sie nur einsetzen müssen.

Wesel: Man muß ergänzen, gerade dadurch, daß man diese außerordentlichen Maßnahmen gegen diese Angeklagten angewendet hat, hat man in der Unterstützerszene rekrutiert. Nur dadurch hat die RAF doch fast bis heute überlebt. Wir haben sie doch selber am Überleben gehalten durch diese Maßnahmen.

Aust: Die zweite Generation der RAF, das heißt alle, die an der Schleyer-Entführung beteiligt gewesen sind, kommen aus den Gefängnis-Unterstützerkomitees. Das sind alles Leute, die mobilisiert worden sind über die Häftlingskomitees, das heißt über die Zustände in den Gefängnissen. Derjenige, der Ulrike Meinhof in den Hochsicherheitstrakt in Köln-Ossendorf gesperrt hat, in Isolationshaft, trägt mindestens so viel zum Terrorismus bei wie irgendein Unterstützer in der Umgebung.

Bölling: Ich bitte doch zu bedenken, wir waren - anders als die Spanier in Sachen ETA, anders als die Engländer in Sachen IRA - auf diese Form des Terrorismus eben unzulänglich vorbereitet. Wir waren geistig nicht entsprechend darauf vorbereitet, wir waren auch polizeilich nicht adäquat darauf vorbereitet.

Moderator: Wird es ähnliche Situationen wieder geben können, oder sind wir jetzt besser auf Situationen wie im Herbst 77 vorbereitet?

Baum: Wir haben keine vergleichbare Situation. Wir haben andere Formen von Gewalt, wir haben Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, wir haben politisch motivierte Gewalt von rechts, wobei ich stocke, das als politisch zu begreifen. Es ist manchmal wirklich reines Rowdytum, aber eben mit verheerenden Folgen, weil es auch im Ausland seine Wirkung hat.

Wesel: Ein wenig gelernt haben wir. Wir sehen das in der Behandlung dieser rechtsradikalen Gewalttäter durch unsere Justiz. Das sind ja oft Richter, die in der Zeit noch studiert haben, als die RAF groß geworden ist, und die auch gesehen haben, mit welchen Überreaktionen unsere Justiz damals gegen die - das sind ja keine Linken gewesen, aber ich sage das jetzt mal - »Linke« vorgegangen ist. Die Richter heute reagieren verhältnismäßig gelassen. Sie behandeln diese rechtsradikalen Täter wie ganz normale Kriminelle. Sie reagieren nicht mehr über, sondern ein Totschläger wird wie ein Totschläger behandelt, und jemand, der eine schwere Körperverletzung begeht, wird wie jemand behandelt, der eine schwere Körperverletzung begangen hat. Insofern hat unsere Justiz jetzt gelernt.

Konkret 12/97, S. 32

Oliver Tolmein

Polizei neuen Typs

Ermitteln, überwachen, festnehmen: über die umfassenden Befugnisse der europäischen Polizeibehörde Europol

Die Polizeibeamten von Europol hatten es geschafft: Mit Unterstützung von V-Leuten war ein Deal über 500 kg Cannabis ausgehandelt worden. Die, so der Polizeijargon, »kontrollierte Lieferung« sollte von Spanien über Frankreich, Belgien, Luxemburg in die Niederlande gehen. Bei der Übernahme durch die Käufer, angeblich marokkanische Händler, sollte die niederländische Polizei nach den Vorstellungen von Europol zuschlagen und den Ring ausheben. Innerhalb einer knappen Stunde hatten die Beamten unter Leitung des deutschen Polizeidirektors Jürgen Storbeck die Zustimmung der EU-Mitgliedsstaaten für die Durchführung des Transports auf ihrem Territorium eingeholt - nur die Niederlande stellten sich quer: Eine aufwendige Undercover-Aktion durchzuführen, um Cannabis-Händler auffliegen zu lassen, entspräche angesichts der liberalen niederländischen Drogenpolitik nicht ihren Gepflogenheiten. Damit war das Unternehmen gescheitert: Der LKW mit Cannabis wurde in Spanien angehalten, statt der mutmaßlichen Händler konnte Europol nur den Fahrer festsetzen - und der wurde bald wieder freigelassen.

Für die Verfechter des Ausbaus polizeistaatlicher Zusammenarbeit in Europa dient dieses Beispiel aus den ersten Jahren der neuen Behörde als Illustration für die unzureichenden Kompetenzen von Europol. Sie möchten, daß Europol bei den nationalen Polizeibehörden konkrete Ermittlungsmaßnahmen anfordern »und sie sogar mit Ermittlungen und exekutiven Maßnahmen zwingend beauftragen kann« (Storbeck). Mehr noch: Europol soll die Möglichkeit bekommen, selbst operativ tätig zu werden. In einem Aufsatz für die Fachzeitung »Kriminalistik« hat ein zu Europol entsandter deutscher Kriminalhauptkommissar dabei vor allem den Bereich »verdeckte Ermittlungen« als aussichtsreiches Einsatzgebiet herausgearbeitet, das allerdings seiner, sicher nicht privaten, Meinung zufolge nicht gesetzlich, sondern durch Richtlinien geregelt werden sollte: »Da gerade die verdeckte Ermittlungsarbeit so komplex ist, daß ein Gesetz allein sie nicht zu regeln vermag, muß ein normatives System zu einem wesentlichen Teil aus einem Richtlinienwerk bestehen. Außerdem ist es möglich, Richtlinien weitgehend der öffentlichen Diskussion zu entziehen, was einen wirksamen Schutz gegen deren Unterlaufen darstellen könnte.«

Eine mit so weitreichenden Kompetenzen ausgestattete Behörde bräuchte keine Genehmigungen mehr einzuholen oder andere Polizeidienststellen um Kooperation zu bitten. Die Prioritäten der niederländischen Sicherheitskräfte spielten dann so wenig eine Rolle wie die Zielsetzungen der niederländischen oder auch der französischen und dänischen Kriminalpolitik. Im Amsterdamer Vertrag, der Sommer dieses Jahres beschlossen wurde und der die Maastrichter Einigungs-Verträge fortschreibt, wird diesen weitreichenden Plänen in erheblichem Umfang Rechnung getragen. Vor allem auf deutschen Druck hin haben sich die Regierungschefs darauf geeinigt, daß es Europol »innerhalb von fünf Jahren« ermöglicht werden soll, »die Vorbereitung spezifischer Ermittlungsmaßnahmen der zuständigen Behörden der Mitgliedsstaaten, einschließlich operativer Aktionen gemeinsamer Teams mit Vertretern von Europol in unterstützender Funktion, zu erleichtern und zu unterstützen und die Koordination solcher Ermittlungsmaßnahmen zu fördern«. Kurz: Europol soll innerhalb der nächsten Legislaturperiode zur Polizei, die auch festnehmen, überwachen und selbständig ermitteln kann, ausgebaut werden. Als Zwischenschritt vor der Erteilung von Exekutivbefugnissen an Europol selbst hat sich der BKA-Polizeidirektor und gegenwärtige Europol-Chef Storbeck ein schnell zu realisierendes »Task Force«-Modell ausgedacht: »Bei Europol könnten gemeinsame Task Forces der nationalen Ermittlungsbehörden anzusiedeln (sein). Die nationalen Beamten der Task Force könnten von Europol aus, ohne Europol unterstellt zu sein, gegen internationale organisierte Kriminalität gemeinsam ermitteln und ihre spezifischen Exekutivbefugnisse, natürlich begrenzt auf ihren entsendenden Staat, einbringen. Rechtliche und bürokratische Hürden könnten so überwunden werden.«

Wie die Koordination internationaler polizeilicher Zusammenarbeit aussieht, die dieses zunehmend machtvoller werdende europäische FBI gewährleisten soll, zeigt sich am Beispiel des kontrollierten Transports in ersten Umrissen. Schon heute ist Europol alles andere als eine Datensammel- und -Auswertungsstelle, die den Polizeibehörden der Länder lediglich als Dienstleistungsunternehmen zuarbeitet. Sooft sie können, ergreifen die etwa 140 in Den Haag stationierten Beamten selbst die Initiative. Dank ihres überlegenen Wissens gelingt es ihnen bisweilen auch ohne ausdrückliche Berechtigung, die Ermittlungen faktisch zu beherrschen. Diese Entwicklung hat mittlerweile sogar den übertriebener Sympathie für die Grundrechte gänzlich unverdächtigen Generalbundesanwalt Kay Nehm auf den Plan gerufen. Ein beispielloser Vorgang, auch wenn der oberste Strafverfolger der Bundesrepublik mit seiner Kritik an Europol durchaus eigennützige Ziele verfolgt - er will einem Bedeutungsverlust seiner Behörde vorbeugen: »Es ist bemerkenswert, daß der Motor der europäischen Einigung im Bereich des Strafverfahrens nicht die Justiz ist, sondern daß das von der Polizei aus gemanagt wird«, kritisierte er am 19. Oktober im Deutschlandfunk: »Unser Strafprozeß ist darauf aufgebaut, daß die Staatsanwaltschaft die justizielle Verantwortung trägt und sich in bestimmten Bereichen der Ermittlungsrichter zu bedienen hat. Das sind die Instrumentarien, die der Sicherung der Grundrechte dienen. Wenn man diese Instrumentarien abschneidet und das allein der

Polizei überläßt, dann fehlt doch eine wesentliche Säule des Rechtsstaates. Ich erwarte, daß die Justizpolitiker sich dieses Themas annehmen und fragen: Was soll Europol eigentlich?«

Das in den letzten Wochen von Bundesrat und Bundestag beschlossene Europol-Gesetz liefert einen rechtlichen Rahmen für die neue Behörde, der eher auf einen Geheimdienst als eine reguläre Polizei zugeschnitten ist. Der Zuständigkeitsbereich von Europol ist dabei noch recht konventionell gefaßt: Derzeit ist Europol für die Bekämpfung des internationalen illegalen Drogen- und Menschenhandels sowie für jede Form von Geldwäsche zuständig, soll die Verschiebung radioaktiver Materialien verhindern, Fluchthilfeorganisationen verfolgen und Kraftfahrzeugkriminalität aufdecken. Außerdem sollen die Beamten gegen Terrorismus und sexuellen Mißbrauch vorgehen. Für die nähere Zukunft ist dann eine Erweiterung der Delikte, die die supranationale Behörde verfolgen soll, geplant: Organhandel, Betrugsdelikte, Computerkriminalität, illegaler Handel mit bedrohten Pflanzenarten, Produktpiraterie oder Fremdenfeindlichkeit, kurz: nahezu alle Verstöße gegen materielles Strafrecht außer Falschparken an der Grenze und Meineid.

Die Arbeitsweise von Europol sprengt den Rahmen der bislang in den westlichen Demokratien üblichen Polizeiarbeit aber in jeder Hinsicht. Von vornherein ist Europol als Braintrust geplant: Neben der Erhebung und Auswertung von Daten sind deswegen die »Vermittlung von Spezialkenntnissen« für nationale Polizeibehörden, Beratungstätigkeiten für strategische Ressourcenplanung und Fortbildung von Polizeibeamten wesentliche Aufgaben, denen Europol - betrachtet man das Vortragspensum seines Direktors und die Veröffentlichungen seiner Mitarbeiter - mit einigem Engagement nachgeht. Für die Arbeit mit Daten und Dateien hat Europol ein eigenes Informationssystem entwickelt, das mittelfristig mit dem Schengener Informationssystem verkoppelt werden soll. Europol bezieht Daten von allen nationalen Polizeibehörden, die sie durch eigene Analysen und Recherchen ergänzen kann. Bemerkenswert dabei ist, daß nicht nur mutmaßliche Straftäter erfaßt werden, sondern auch »Personen, bei denen schwerwiegende Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß sie Straftaten begehen werden, für die Europol zuständig ist«. Jede überprüfbare Kontur verliert der bei Interesse zu überwachende Personenkreis durch die Möglichkeit, auch Angaben über Personen zu sammeln, die »bei einer künftigen Strafverfolgung als Zeugen in Betracht kommen« oder bei denen »bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß sie Opfer einer solchen Straftat werden können«, Personen, die Kontakt- oder Begleitpersonen eines potentiellen Täters, Opfers oder Zeugen sind, oder die »Informationen über die betreffende Straftat liefern können«.

Ähnlich umfassend wie die Auswahl der Personen, die erfaßt werden, ist auch das Spektrum der gespeicherten Informationen: Neben Standardangaben wie Namen, körperliche Merkmale, Tatvorwurf oder Verurteilungen können nach der »Durchführungsbestimmung zu den Analysedateien« auch Erkenntnisse über »das Sexualleben einer Person, zu ihrer rassischen Herkunft, politischen und religiösen Oberzeugung« eingegeben werden. Daß dabei dem Grundsatz Rechnung getragen werden soll, daß zu tatnahen Personen mehr Daten gespeichert werden dürfen als zu tatfernen (wie Zeugen und Hinweisgeber), entschärft 1

diese umfassende und von allen Datenschützern scharf kritisierte Regelung nicht - zumal die Europol-Konvention in weitem Umfang auch die Weitergabe von Daten an Drittstaaten und Drittstellen vorsieht. Es besteht nicht nur die Gefahr, daß hier in hohem Maß sensible Angaben exzessiv erfaßt und ausgewertet werden, auf jeden Fall wird die Trennung von Prävention und Strafverfolgung, ein wichtiges Element der Gewaltenteilung, gänzlich aufgegeben. Damit gewinnt die Polizei als Exekutivorgan gegenüber der Staatsanwaltschaft als Teil der Jurisdiktion an Bedeutung.

Im Verfahren selber wird so ein Trend radikalisiert, der sich in der Bundesrepublik auch bei der Arbeit der regulären Polizeibehörden seit langem abzeichnet: Das Ermittlungsverfahren, in dessen Verlauf Verdächtige kaum Rechtsschutz genießen, weil sie in der Regel nichts vom Vorgehen der Polizei wissen, wird weiter ins Vorfeld der Verdachtsgewinnung ausgedehnt, das Strafverfahren, in dem Beschuldigte über eine Vielzahl von Einflußmöglichkeiten verfügen, droht so zum bloßen Anhängsel zu werden, das nur noch bestätigt, was die Polizei mit ihrer Arbeit vorbereitet hat. Das gilt vor allem angesichts der ständigen Ausdehnung des Einsatzes geheimer Ermittlungsmethoden wie z. B. von Nicht-Polizeibeamten verdeckt durchgeführte Verhöre, mit denen das Recht Beschuldigter auf Aussageverweigerung umgangen wird, oder den zunehmenden Einsatz von V-Leuten, die von sich aus Verdächtige zur Begehung kontrollierter Straftaten motivieren. Gleichzeitig werden auch die Eingriffsmöglichkeiten, die die Grundrechte mutmaßlicher Straftäter, Zeugen und Kontaktpersonen in erheblichem Umfang zur Disposition stellen, immer weiter ausgedehnt: Vom Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung beispielsweise bleibt angesichts der fast unbeschränkten Erfassungsmöglichkeiten nichts mehr, und die Möglichkeiten des Großen Lauschangriff, die heute schon in manchen bundesdeutschen Polizeigesetzen als Maßnahmen der Gefahrenabwehr festgeschrieben sind, ergeben zusammen mit den Erfassungs- und Analysemöglichkeiten von Europol, das eine Trennung von Strafverfolgung und Gefahrenabwehr nicht kennt, beeindruckende Möglichkeiten zur Nutzung so gewonnener Angaben.

Verschärft werden diese Gefahren durch den Mangel an Kontrollmöglichkeiten und gesetzlichen Normen, die Bürgerinnen und Bürgern den Verfahrensgang transparent machen könnten. Europol ist als supranationale Behörde dabei noch unabhängiger als zum Beispiel der BND: Es unterliegt weder der Kontrolle der Regierungen noch der des Europäischen Parlaments oder der Europäischen Kommission. Artikel 30 der Europol-Konvention schreibt vielmehr ausdrücklich vor,

daß Europol-Beamte »von keiner Regierung, Behörde, Organisation« Weisungen entgegennehmen dürfen. Der Verwaltungsrat »sorgt«, »prüft«, »wirkt mit« und »billigt« lediglich, hat aber ebenfalls keine Kontrollbefugnisse. Allerdings könnte er mit 2/3-Mehrheit den Europol-Direktor absetzen. Auch eine Kontrolle des Europol-Haushaltes ist nicht vorgesehen. Zudem gibt es auf EU-Ebene keine Generalstaatsanwaltschaft, die Herrin der von Europol faktisch betriebenen Ermittlungen wäre. Und während Diskussionen über die Ausgestaltung eines Europäischen Strafgesetzbuches immerhin schon begonnen haben, das Straftaten und Strafrahmen vereinheitlichen soll, ist die Notwendigkeit einer Europäischen Strafprozeßordnung, die grundlegende Rechte von Beschuldigten sichern könnte, und die Europol als Strafverfolgungsbehörde einen rechtlichen Rahmen setzen müßte, längst nicht anerkannt.

Wie in Strafverfahren mit Beweisen umgegangen werden kann, die durch die datenschutzrechtlich bedenkliche Europol-Analyse-Tätigkeit gewonnen worden sind, ist ebenso unklar wie die Möglichkeiten individuell Betroffener, sich gegen Europol selbst und die dort vorgenommene Datenverarbeitung zu wehren. Schon der Auskunftsanspruch gegen Europol ist restriktiv geregelt: Sollte die Antwort auf die Frage nach erhobenen personenbezogenen Daten zum Beispiel die »öffentliche Ordnung eines Mitgliedsstaates« stören können, darf sie verweigert werden. Individueller Rechtsschutz gegen Europol besteht kaum: Der Europäische Gerichtshof soll dafür nicht zuständig sein. Allenfalls besteht für einen bundesdeutschen Bürger die Möglichkeit, beim Verwaltungsgericht Wiesbaden zu klagen, denn Wiesbaden ist der Sitz des BKA als zuständiger nationaler Behörde. Außerdem besteht die Möglichkeit zur Beschwerde bei der »Gemeinsamen Kontrollinstanz«, die im Erfolgsfall diese Wirkung hätte: »Die gemeinsame Kontrollinstanz richtet von ihr als notwendig angesehene Bemerkungen an den Direktor von Europol und fordert ihn auf, auf diese Bemerkungen zu antworten. Im Falle von Schwierigkeiten befaßt die Kontrollinstanz den Verwaltungsrat.« Dieses Gremium, das zweimal jährlich zusammentritt, kann dann, so regelt es Artikel 28 der Europol-Konvention, eine »Stellungnahme zu den Bemerkungen abgeben«. Dagegen erscheint selbst die die Geheimdienste kontrollierende G-10-Kommission des Deutschen Bundestages als hochwirksames Instrument zur Sicherung von Grundrechten.

In diesem Zusammenhang gewinnt auch die Immunitätsregelung an Bedeutung, auf die sich die liberalen Kritiker von Europol in den Wochen vor der Verabschiedung des Ratifizierungsgesetzes eingeschossen haben: Europol unterliegt nicht nur als Behörde keiner Kontrolle, die diesen Namen verdiente, die Mitarbeiter genießen darüber hinaus auch noch, wie Diplomaten bei Ausübung ihres Amtes, Immunität vor strafrechtlicher Verfolgung - es sei denn, sie verursachen einen Verkehrsunfall. Der praktische Schaden dieser Freistellung dürfte, betrachtet man sich die erfolglosen Versuche, bundesdeutsche Polizeibeamte, die keine Immunität genießen, für im Dienst begangene Vergehen und Verbrechen zur Verantwortung zu ziehen, gering sein. Die Botschaft, die so transportiert wird, ist gleichwohl die der wehrhaften Demokratie: Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit und keine rechtsstaatliche Rechenschaftspflicht für die Freunde des Rechts. Und so wie der Ausbau des BKAs in den 70er Jahren die Polizei in der Bundesrepublik verändert hat, wird der Ausbau von Europol, das bereits seit einigen Jahren ganz ohne Rechtsgrundlage ermittelt, die Basis für die Etablierung einer Polizei neuen Typs sein - die herausgehobene Stellung der neuen Behörde und ihre Kompetenzen für Fortbildung und Beratung der nationalen Polizeien stellt sicher, daß sich der Trend auch auf niedrigerer Ebene durchsetzen wird: Die Wahrung von Grundrechten des »Gegenübers« spielt nur noch eine untergeordnete Rolle, Recht soll der Polizei keine Schranken setzen, sondern neue Möglichkeiten verschaffen und den Bewegungsspielraum mutmaßlicher Straftäter oder »Störer« einengen, Öffentlichkeit und Kontrolle werden als ineffizient abgelehnt, geheimdienstliche Methoden werden dagegen zunehmend zum Repertoire gehören.

Kasten Seite 33

Oliver Tolmein

Opposition gegen Europol

Aufbau und Durchsetzung von Europol waren weitgehend reibungslos möglich, weil sich eine Protestbewegung dagegen nicht entwickelt hat. Lediglich einige Bürgerrechtsgruppen, vereinzelte Journalisten und grüne Abgeordnete engagierten sich gegen den Ausbau der neuen Geheimpolizei. Institutionell hätten allenfalls die Grünen Möglichkeiten gehabt, das Projekt ins Stocken zu bringen. Insbesondere die Meinungsverschiedenheiten zwischen Bundesregierung und Bundesrat hätten dafür einen Ansatzpunkt geboten: Im Gegensatz zur Bundesregierung war die Ländervertretung nämlich der Auffassung, das Europol-Gesetz greife, da Polizei Ländersache sei, tief in ihre Rechte ein, sei daher zustimmungspflichtig und nach dem sogenannten »Lindauer Verfahren« zu behandeln: Danach kann - Bundesland die Konvention zu Fall jedes bringen. Hätte auch nur eine rot-grüne Landesregierung diese Möglichkeit genutzt, wäre die Anrufung des Bundesverfassungsgerichts zur Klärung des Verfahrens und damit implizit auch zur verfassungsrechtlichen Bewertung des Gesetzes unumgänglich gewesen. Die Grünen in Hessen, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein hätten dafür allerdings eine heftige Kontroverse innerhalb ihrer Regierungsbündnisse ausfechten müssen, deren Ausgang keineswegs sicher gewesen wäre, da die SPD Europol grundsätzlich befürwortet. Selbst entschiedene Kritikerinnen und

Kritiker von Europol waren der Auffassung, daß ein Koalitionskrach am Thema »Europol« angesichts des allgemeinen Desinteresses an, diesem Thema öffentlich kaum zu vermitteln und möglicherweise auch nicht durchzuhalten gewesen wäre.

Also entschieden sich die Grünen, den bequemeren Weg zu gehen und dem Europol-Gesetz im Bundesrat die Zustimmung zu verweigern, was aufgrund der Koalitionsklauseln nach einigem Hin und Her möglich war das Gesetz aber nicht gefährdete. Derzeit wird erwogen, eine Verfassungsklage gegen Europol anzustrengen, wobei die Klagebefugnis noch ungeklärt ist, da weder ausreichend Bundestagsabgeordnete für eine Normenkontrollklage zusammenkommen dürften, noch Aussichten bestehen, in einem Individualklageverfahren den Vorlagebeschluß eines Gerichts zu erreichen, weil dafür ein Geschädigter auftreten müßte. Bleibt die Möglichkeit, daß das Bundesverfassungsgericht die eventuelle Klage mehrerer Europaabgeordneter annimmt. Auch das würde aber nicht Europol selbst zu Fall bringen können, sondern bestenfalls einige offensichtliche Verstöße gegen deutsche Datenschutzbestimmungen und die im Grundgesetz verankerte Rechtsweg- und Kontrollgarantie korrigieren.

-

Konkret 12/97, S. 36

KONKRET-Dokumentation
Die Folge: Krieg

Wenn es um Machenschaften fremder Machte geht, die geeignet sind, dem Einfluß der Deutschen sonstwo auf der Weit entgegenzuwirken, lauft die Berichterstattung hierzulande zu investigativer Hochform auf. So auch das Fernsehmagazin »Panorama«, das am 30. Oktober 97 einen Beitrag über die gegenwärtige US-amerikanische Aufrüstung der bosnischen Armee ausgestrahlt hat, den wir hier dokumentieren

Anmoderation: Bundesverteidigungsminister Volker Rühe war gestern in Bosnien. Inzwischen ist klar, daß die Nato-Truppen und damit auch die deutschen Soldaten erst mal in der Region bleiben müssen, denn sie sorgen wenigstens für Waffenruhe. Ohne diese Soldaten gäbe es sofort wieder Krieg. Von Stabilität durch militärisches Gleichgewicht der Kriegsgegner, so wie es das Dayton-Abkommen einmal vorsah, kann schon lange keine Rede mehr sein. Es wird aufgerüstet. Die USA verschaffen der bosnischen Armee Panzer und Ausbildung, und das macht die Bosnier zur dominanten Macht in der Region. Droht ein neuer, blutiger Krieg auf dem Balkan? Volker Steinhoff ist dieser Frage nachgegangen, er war bei den Amerikanern, die die bosnische Armee aufrüsten.

Bericht: Sarajevo, zwei Jahre nach Kriegsende. Jeder dritte Einwohner ein Flüchtling. Nach dem Dayton-Abkommen dürften sie eigentlich zurück in ihre Heimatstädte, doch viele dieser Städte liegen in von Serben erobertem Gebiet, und die lassen keine Bosnier rein.

Ein Vorort von Sarajevo. Auch hier fast nur Flüchtlinge. Die Serben lassen sie nicht in ihre Heimatstädte. Die Bosnier sind wütend, denken wieder an Krieg.

O-Töne (Männer): »Wenn unsere Armee loszieht, gehe ich mit, immer vorwärts, mit dem Gewehr in der Hand. Wenn sie uns nicht freiwillig nach Hause lassen, kommen wir eben mit der Armee.«

»Ich möchte auch zurück nach Hause. Wenn das friedlich möglich wäre, in Ordnung, sonst mit Gewalt mit unserer Armee. Wir wollen zurück nach Hause.«

»Ja, wir sind bereit, wenn der Angriff losgeht, machen wir mit. Die Leute hier haben alles satt, keine Arbeit, nichts.«

Bericht: So denken hier fast alle. Die Bereitschaft für einen Angriff auf die Serben ist da und die nötige Kampfkraft auch, so eine neue, erschreckende Analyse von Jane's in London. Das Institut für Militärforschung genießt weltweit höchste Glaubwürdigkeit. Hier sieht man die konkrete Gefahr eines bosnischen Angriffs auf die Serben.

Paul Beaver (Militäranalytiker bei Jane's): »Anfang des nächsten Jahres werden die bosnischen Streitkräfte im Kampfeinsatz überlegen sein. Sie werden nicht gleich die 3:1-Überlegenheit haben, die man für einen Angriff braucht, aber das wird auch nicht mehr allzu lange dauern. Schon jetzt haben sie eine 2: 1 -Überlegenheit.«

Bericht: Grund für die Überlegenheit: Die von den Amerikanern gelieferten Waffen. Sie sind viel moderner als die der Serben. Ein Beispiel: der amerikanische M60-A3-Panzer. Erster Job für die Bosnier: Auseinandernehmen und Putzen der Panzerteile.

John J Meadows (US-Militärberater): »Die Panzer wurden im Golfkrieg benutzt, deshalb sind sie ziemlich dreckig. Die Teile waren wirklich in schlechtem Zustand. Aber wenn wir sie wieder zusammenbauen, werden die Panzer hervorragend laufen.«

Bericht: Dann die Vorführung des Golfkriegspanzers. 45 Exemplare haben die Amerikaner geschickt, dazu Schützenpanzer, Panzerfäuste, Hubschrauber, insgesamt Waffen für 200 Millionen Dollar. Die amerikanischen Militärberater erklären den besonderen Clou ihres Panzers: das Nachtsichtsystem und die Kanone.

Militärberater: »Wir brauchen also kein Licht oder auch nur Dämmerlicht für das elektronische Feuersystem. Die Entfernung mißt ein Laser.«

Bericht: Mit so einem Panzer läßt sich also Tag und Nacht kämpfen. Dagegen haben die Serben mit ihren russischen T55-Panzern keine Chance. Das geben die Amerikaner unumwunden zu.

Joseph L. Allred (MPRI-Militärberater): »Dieser Panzer ist dem T55 um Lichtjahre voraus.«

Bericht: Die veralteten T55-Panzer der Serben. Kein Nachtsichtsystem, viele sind in schlechtem Zustand, Ersatzteile fehlen. Geschwächt durch den Machtkampf unter ihren Politikern, leidet die serbische Armee unter Geldnot, schwindendem Kampfgeist und Fahnenflucht.

Paul Beaver: »Die heutige serbische Armee ist demoralisiert, geschwächt, hat keine Ausrüstung. Die meisten ihrer Panzer zum Beispiel haben rostige Motorhauben und Einstiegsluken. Es wird fast unmöglich sein, damit zu kämpfen. Sie würden

höchstens sieben bis zehn Tage aushalten, bevor sie so gut wie sicher überwältigt würden.«

Bericht: Die hochmotivierten Bosnier hingegen haben nicht nur modernste Waffen, sondern auch eine hervorragende Ausbildung durch die Amerikaner. Ein Dolmetscher muß jedes Wort für die bosnischen Soldaten übersetzen. Die hören begierig zu. Der amerikanische Ex-Militär lehrt neueste Nato-Doktrin. Er arbeitet für eine private amerikanische Beraterfirma, MPRI - Military Professional Ressources Incorporated.

Joseph L. Allred: »Die Mehrheit von unseren Leuten sind ehemalige US-Militärs. 90 Prozent kommen von der Armee, außerdem haben wir ein paar von der Luftwaffe und der Marine, die hier in Bosnien arbeiten.«

Bericht: Die amerikanischen Ex-Generäle werden nicht nur als Lehrer in bosnische Kasernen vermietet, ihre Firma hat bei Sarajevo auch ein eigenes Gefechts-Simulationszentrum aufgebaut.

Dick Edwards (MPRI-Militärberater): »Dies ist das modernste Simulationszentrum außerhalb der Nato.«

Bericht: Diese Technologie gibt es sonst nur in der Nato. Alle Einheiten der bosnischen Armee üben der Reihe nach an dieser Software die moderne Schlacht. Im gleichen Haus eine originalgetreu nachgebaute Gefechtsstelle. Insgesamt 200 Militärberater sind im Einsatz, 150 Millionen Dollar haben die USA und andere Länder allein für die Ausbildung gespendet. Die Bosnier sind also schon jetzt eindeutig stärker als die Serben. Trotzdem setzt die amerikanische Regierung die Aufrüstung unbeirrt fort. Begründung: Die Bosnier seien noch gar nicht überlegen und -

James Pardew (US-Außenministerium): »Ich komme nicht gleich zu dem Schluß: Nur weil sie die Mittel haben, sich zu verteidigen, werden sie diese Ausrüstung also auch mißbrauchen. Sie haben uns zugesichert, das nicht zu tun.«

Paul Beaver.. »Die Amerikaner denken, sie würden eine Art Gleichgewicht schaffen. Aber ich glaube, sie schätzen die Kampfkraft der bosnischen Serben falsch ein. Im Moment schaffen sie kein Gleichgewicht, sondern eine überlegene Seite und müssen darauf hoffen, daß die politische Zurückhaltung funktioniert.«

Bericht: Eine Politik der Hoffnung - deshalb die Aufrüstung? In Wirklichkeit gibt es eine ganz andere Erklärung, sie findet sich hier: Sarajevo, die iranische Botschaft, heute merkwürdig ruhig. Doch während des Krieges schickte niemand so viel Rüstung wie die in den USA verhaßten Mullahs. Ihre Waffen waren doppelt soviel wert wie die der Amerikaner damals. Hier liegt ein wichtiges Motiv der US-Regierung für die neue Aufrüstung heute.

James Pardew: »Wir haben dieses Programm benutzt, um die Beziehung zwischen Bosnien und Iran aufzubrechen. Die Bosnier wollten überleben und suchten Hilfe, ganz egal wo, und das war eben der Iran.«

Bericht: Jetzt wollen die Amerikaner die Waffen für Bosnien organisieren, und zu diesem Zweck ist ihnen alles recht, selbst zwielichtige Waffenlieferungen. Davon gibt es jede Menge. Anfang August versuchte ein Frachter mit zehn Panzern, Ersatzteilen und tonnenweise Munition für Bosnien, an der Adriaküste zu landen. Doch er wurde entdeckt und durfte nicht in den Hafen. Über zehn Wochen lang ankerte der Frachter mit der illegalen Waffenladung im Mittelmeer. Letzte Woche dann schafften es die Amerikaner, ihm eine Einfahrtserlaubnis zu besorgen. Nun sei alles entsprechend des Dayton-Abkommens legal. Das sah die europäische SFOR anders und wollte die Ladung letzte Woche sogar beschlagnahmen. Kaum verhohlene Wut bei den Amerikanern.

James Pardew: »Ich weiß nicht, was irgendsoein niedriger SFOR-Oberst sagt. Ich sage Ihnen, die Behauptung, die Panzer sollten heimlich reingebracht werden, ist Unsinn.«

Bericht: Die Bosnier haben nicht nur die Waffen für einen Angriff, sondern auch allen Grund, solange die Serben sie nicht nach Hause lassen. Offiziell verläßt die Nato Bosnien im nächsten Sommer. Inoffiziell ist allen klar, daß die Truppen bleiben müssen, auch die deutschen. Doch selbst wenn das Mandat um ein oder zwei Jahre verlängert wird - ewig kann die Stationierung nicht dauern. Die Folge: Krieg.

Paul Beaver: »Es ist keine Frage des >Ob<, sondern des >Wann<. Vielleicht gibt es nächstes Jahr keinen Krieg, weil SFOR bzw. die Nachfolger bleiben. Doch letztlich wird SFOR abziehen.«

Bericht: In anderen Worten: SFOR wird zur Dauerlösung, oder es gibt Krieg.

Konkret 12/97, S. 38

Jürgen Elsässer

In diesem Sinne - Pearl Harbour am Golf

Bei Erscheinen dieser Zeitschrift haben vielleicht schon die ersten US- Tomahawks mit chirurgisch genauen Schlägen geheime irakische Rüstungsanlagen zerstört - oder auch, manchmal klappt ~ eben nicht richtig, den einen oder anderen Wohnblock in Bagdad-Stadt. Clinton und Albright begründen das militärische Vorgehen mit der Weigerung Saddams, den UN-Rüstungsinspektoren Zutritt zu den potentiellen ABC- Waffenschmieden des Landes zu gewähren. Der Hinweis ist richtig und wirkt dennoch gesucht, denn ähnliche Vertragsbrüche der irakischen Regierung gab es auch in den Jahren zuvor, Erinnert sei etwa an das Jahr 1993, als die Iraker sechs Raketentests durchführten, ohne daß dies den US-Inspektoren, Aufklärungssatelliten oder westlichen Geheimdiensten aufgefallen wäre. Weiterhin haben die Iraker seit langem sechs Planquadrate eingerichtet, in die UN-Hubschrauber nicht einfliegen dürfen - verstießen sie dagegen, wurden sie von der Luftabwehr unter Feuer genommen. Die »FAZ«faßt zusammen: »In den vergangenen sechs Jahren wurden UN-Inspektoren im Irak beschossen, geschlagen, mit Diesel besprüht, bespuckt und immer wieder auch am Zutritt der Rüstungszwecken dienenden Einrichtungen gehindert, bis aus dem Hinterausgang des Gebäudes belastendes Material herausgeschafft worden war Nicht selten kam es vor, daß Iraker den UN-Mitarbeitern den Lauf einer Maschinenpistole an die Schläfe hielten. Die Proteste gegen dieses Verhalten ebbten von Jahr zu Jahr ab. «

Warum also jetzt die Eskalation? Der Grund ist nicht in der Politik, sondern in der Ökonomie zu suchen, nicht im Nahen, sondern im Fernen Osten. In Folge des Finanzkrachs der Tigerstaaten ist neben dem Dow-Jones-Index auch der Dollarkurs gefallen. Diese Reaktion ist untypisch und deswegen alarmierend: Normalerweise profitiert die US- Währung von internationalen Krisen, weil sie dann als sicherer Hafen bevorzugt wird. Doch diese Solidität ist in der aktuellen Krise unterminiert, da japanische Banken und Investitionsfonds viel Kapital in den USA angelegt haben, das sie bei weiterer Krisenverschärfung abziehen und an der Heimatfront einsetzen müßten; das wäre ein wirtschaftliches Pearl Harbour In dieser Lage kann das Vertrauen in den Dollar nur noch durch entschlossene außerökonomische Maßnahmen wiederhergestellt werden: Ein siegreicher Blitzkrieg am Golf wird aller Welt zeigen, daß ein Greenback nicht nur ein Papierschnipsel ist, sondern sein materieller Gegenwert (beispielsweise in Form von Öl) jederzeit durch US-Marines herbeigeschafft werden kann.

Konkret 12/97, S. 38

Michael Schilling

In diesem Sinne - Brille? Sager!

In uralten Zeiten, so um das Jahr 1985 herum, als Frau Pastorin Vollmer die Grünen eine Anti-Parteien-Partei taufte, galt deren Hamburger Landesverband, nicht zuletzt wegen der vielen Ehemaligen aus dem KB, dem KBW und der GIM, als fundamentalistisches Bollwerk gegen Anpassung und Opportunismus. Dieser Verein hat nun einen Vertrag mit der SPD geschlossen, der alles unterbietet, was die Partei je irgendwo fürs Mitmachen verlangt hat, so daß noch die überzeugtesten Systemtrottel der Grün-Alternativen Liste Mangel an »Mut und Visionen« (CDU-Chef Ole von Beust) vorwerfen und sie mit dem Spitznamen »Die Ja-Sager« (»Hamburger Morgenpost«) necken.

Ja gesagt haben Frau Sager und die Ihren zum asozialen Sparprogramm des Senats (300 Millionen pro Jahr), zur Privatisierung öffentlichen Eigentums, zur Erweiterung des Flughafens, zu mehr Polizisten auf den Straßen, zur Förderung der Airbus-Industrie, zur Elbvertiefung und zur Hafenerweiterung. Erlöst hat sie dafür von der SPD vier neue Fixerräume, ein Naturschutzgebiet ' vielleicht eine neue Straßenbahn, die Verbilligung kleinerer, die Verteuerung größerer Mülltonnen und eine einerseits sensiblere, andererseits raschere Abschiebung unerwünschter Ausländer. Sowie, nicht zu vergessen, die Lösung der sozialen Frage - nicht gerade für alle, aber doch für jenes halbe Dutzend grüner Funktionäre, die als Senatoren und Staatsräte zwischen 15. 000 und 25. 000 Mark pro Monat beziehen werden. Bei Mao, in dessen KBW Frau Sager die künftige Senatorin für Wissenschaft, und Herr Maier der künftige Senator für Stadtentwicklung, einmal dem Volke zu dienen sich verschworen hatten, wäre soviel Knete nicht zu holen gewesen.

Das ist aber nicht die einzige Erkenntnis, die das Ja der Sager abwirft. Der Verzicht auf jeden Punkt des eigenen Programms war der würdige Abschluß jenes Feldversuchs in parlamentarischer Demokratie, der unter dem Arbeitstitel »Die Grünen« um 1980 gestartet worden war. Nachdem man in den Achtzigern herausgekriegt hatte, daß schon zur Opposition im Parlament nur Parteien zugelassen sind, die allzeit Gewähr dafür bieten, ihren Einfluß nicht zur Störung der gesellschaftlichen Machtverteilung zu mißbrauchen, und, wer das nicht tut, von den Medien und anderen Verwaltern des politischen Numerus clausus um jede Wahlchance gebracht wird, durfte nun, in den späten Neunzigern, gelernt werden, daß die Zulassung einer Partei zur Regierung den Verzicht auf jede mehr als kosmetische Veränderung der herrschenden Politik (welche, beim Brecht, die Politik der Herrschenden ist) voraussetzt.

Andererseits soll man, einer Anregung der Anti-BundespräsidentInnen-Bundespräsidentin Vollmer folgend, nicht immer nur niedermachen, sondern auch einmal positiv denken - wie Karl Valentin, der auf den Einwurf seiner Partnerin, die Brille, die er trage, habe ja keine Gläser. entgegnete: »Besser als garnix ist es. «

Konkret 12/97, S. 38

Oliver Tolmein

In diesem Sinne - Freier Tod für freie Bürger

Die Euthanasie-Befürworter haben im US-Bundesstaat Oregon einen folgenreichen Sieg errungen: In einem Volksentscheid haben sie die »Maßnahme 51«, die das 1994 mit knapper Mehrheit verabschiedete »Euthanasie«Gesetz abgeschafft hätte, mit einer 2/3-Mehrheit zurückgewiesen. Damit ist die Tötung auf Verlangen in dem Bundesstaat, der als einer der fortschrittlichsten in den USA gilt, legal. Wem ein Arzt attestiert, daß er nur noch sechs Monate zu leben hat, der darf sich eine tödliche Dosis Medikamente verschreiben lassen. Die Abstimmung in Oregon ist deswegen von zentraler Bedeutung, weil sie die Weichen dafür stellt, wie die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes der USA vom Sommer dieses Jahres politisch umgesetzt wird. Der Oberste Gerichtshof hatte in seinem Urteil festgestellt, es könne zwar niemand ein Recht, seine Tötung zu verlangen, aus der Verfassung ableiten, es sei aber auch nicht illegal, daß einzelne Bundesstaaten Sterbehilferegelungen verabschieden. »Euthanasie«-Gegner hatten, wie sich jetzt zeigt vergeblich, gehofft, daß dieser Richterspruch der starken »Pro Choice«-Bewegung in den USA einen Dämpfer gibt. Jetzt muß statt dessen befürchtet werden, daß auch in anderen Bundesstaaten Sterbehilfe per Volksentscheid legalisiert wird: In zehn Bundesstaaten sind entsprechende Gesetzentwürfe bereits auf den Weg gebracht worden, weitere werden voraussichtlich Anfang nächsten Jahresfolgen.

Daß das Ergebnis in Oregon diesmal so deutlich für die Legalisierung von Sterbehilfe ausgefallen ist, zeigt die strategische Schwäche der »Euthanasie«-Gegner. Ihnen ist es nicht gelungen, das Image klerikaler Eiferer und reaktionärer Lebensschützer abzustreifen. Daß die römisch-katholische Kirche mehrere Millionen Dollar in die Kampagne gegen die Legalisierung von »Euthanasie« steckte, hat in der Oregoner Öffentlichkeit nachhaltigere Debatten ausgelöst als jeder inhaltliche Einwand gegen das unpräzise formulierte und mit wenig Sicherungsmechanismen ausgestattete Gesetz.

Die USA, deren Bundesstaaten in den zwanziger und dreißiger Jahren auch die ersten Zwangssterilisationsgesetze verabschiedet hatten, scheinen sich derzeit an die Spitze der internationalen Bioethik-Bewegung zu setzen. Da es im Land auch eine entschiedene Opposition gibt und ein solides Verständnis von Grundrechten, das das Schlimmste zu verhindern verspricht, droht die größere Gefahr von Nachahmungstätern: Das amerikanische Modell hätte in Deutschland ungleich extremere Folgen.

Konkret 12/97, S. 40

Rayk Wieland

Kunst & Gewerbe

Wind of change

Von hier und heute geht eine neue Epoche aus, ein neues Zeitalter beginnt, eine neue Ära, alles ist wieder offen und wendet sich evtl. doch zum Positiven: Montag, 3.11.97, Ute Erhardts »Sachbuch« *Gute Mädchen kommen in den Himmel, böse überall hin* ist nach einer never ending Zeitspanne von Platz eins auf Platz drei der »Spiegel«-Bestsellerliste abgerutscht - verdrängt freilich von Richard v. Weizsäckers psalmodulösem Familienrückblick *Vier Zeiten,* der aber wohl, wie zu hoffen steht, den nützlichen Deppen nur für eine kurze Frist macht. Ute Erhardts alberner Lebensanleitung wird man hingegen, wenn sie dereinst in der Versenkung verschwunden ist, den Respekt zollen, der Schriftwerken, die ein Äon dominierten, gebührt Jeder Bestseller hat seine Zeit. Jede Zeit hat den Bestseller, den sie verdient.

Gleichstellung 1

Allen Frauen, die sich auf - nicht bei, höhö - der Toilette langweilen, kann geholfen werden. In der Fachzeitschrift für Frauen »Emma« schreibt Leserin Irene Ramirez Wagner aus Germering in Bayern: »Ich plädiere dafür, daß die Frauen beim Pinkeln stehen sollten, denn es ist nicht hygienisch, sich auf jede Schüssel zu setzen, und zu Hause ist das Sitzen auf dem Klo langweilig.«

Der Feminismus schreitet konsequent voran. Sah er zunächst seine vornehmliche Aufgabe darin, Männer dahin zu bringen, beim Pinkeln zu sitzen statt zu stehen, sollen im Gegenzug die Frauen jetzt stehen können und nicht sitzen müssen. Wenn noch in den Kneipen die falschen Schilder von den richtigen Türen genommen werden, wird alles gut. (Stellt sich nur die Frage, wer das dann aufwischen soll.)

Achtung, Samenverbot!

Der Entwurf der 10. Verordnung zur Änderung betäubungsmittelrechtlicher Vorschriften, den irgendein CSU-Referent im Bundesrat vorgelegt hat, sieht vor, die bisherige Regelung des Betäubungsmittelrechts - »Cannabis ist nicht verkehrsfähig, ausgenommen a) deren Samen« - zu ersetzen durch: »Cannabis ist nicht verkehrsfähig, ausgenommen a) deren Samen, sofern er nach den Umständen nicht zum unerlaubten Anbau bestimmt ist.« Gegen »diese neue Welle der Repression« läuft die Grüne Hilfe Lüneburg Sturm und versendet Muster-Protestbriefe: »Hiermit protestiere ich gegen das geplante Samenverbot«, mit welchem das Vertrauen in eine demokratische Gesellschaft untergraben werde.

Da ist es wieder, das untergrabene Vertrauen. Sie wollen nicht nur kiffen, sondern auch die Erlaubnis dazu haben. Von Papa. Papa Staat.

Vorbild Auto

Alfons Kifmann heißt der Chefredakteur der auflagenblöden Zeitschrift »ADAC motorwelt«. Im Editorial der neuesten Nummer erwägt der Mann, der auf dem beigefügten Paßbild nicht gerade wie ein Kiffer aussieht, daß man die »Grundfunktionen eines Autos, nämlich Antrieb, Lenkung und Bremse, auch auf jedes andere bewegliche System, wie beispielsweise unsere Gesellschaft, übertragen« könnte: »Der Fortschritt will vorangetrieben, gelenkt und gelegentlich auch gebremst sein. Er braucht also Antreiber (Erfinder, Unternehmer) ebenso wie Lenker (Gesetzgeber, Verwalter) und Bremser (Gerichte, Moralisten).« Nach Logik dieser Denkungsart braucht der Fortschritt auch Aschenbecher (Lehrer, Pfarrer), Heckscheibenheizung (Künstler, Wirte) und Hupe (Chefredakteure, Irre).

Schöne neue World

»New World« nennt sich das Magazin eines der größten Schuppen der alten Welt, des Siemens-Konzerns. Hier bespricht die freie Autorin Eva Gesine Baur, die außerdem noch für »Marie-Claire« und »Elle« schreibt, den neuen Porsche 911 (»Kultobjekt im Damentest«) Sie fühlt sich dabei so »gemütlich«, als müsse sie »die Fahrprüfung machen, den Fahrlehrer verführen, und das alles noch in schriftlicher Form bekunden«. So gemütlich fühlt sie sich. Und bekundet alles noch in schriftlicher Form: »Der Steuerknüppel ist nicht einfach ein Steuerknüppel. Er ist der Beweis dafür, daß in der Designabteilung von Porsche auch Frauen sitzen. Denn in seiner neuesten Gestalt offenbart er die Einsicht erfahrener Frauen: Es kommt nicht auf die Größe an, nur darauf, was man daraus macht. In diesem Fall ein Objekt der Begierde mit matt glänzender Metall-Kappe von höchst organischer Form.« Zur Benutzung des Siemens-Navigators, schwärmt der PR-

Besen, brauche sie »nur einen IQ über Zimmertemperatur«. Es muß sehr kalt gewesen sein an diesem Testtag.

Gleichstellung 2

In der letzten Ausgabe der Vierteljahreszeitschrift *Die Beute,* Journal für *Politik und Verbrechen,* findet sich ein durchaus erhellender Aufsatz zur Geschichte der Paläoanthropologie. Er heißt: »Von NeandertalerInnen und modernen Menschen«. Echt: »Von NeandertalerInnen und modernen Menschen«. Es ist soweit. Das große Binnen-I hat auch in grauer Vorgeschichte korrekterweise die Zwiegeschlechtlichkeit zu signalisieren. Mit der Diskrimierung der Frauen der NeandertalerInnen, die sich nicht mehr wehren können, muß endlich Schluß sein. Aber auch Tiere und Pflanzen sollten ein Recht darauf haben, ihren spezifischen Sexus im Namen zu führen. Ich freue mich schon auf die NashornInnen, WeidInnen und HanfInnen.

Prästabilierte Disharmonie

Nach dem Konzert von U2 im Kosevo-Stadion von Sarajevo haben auch Tina Turner und die Rolling Stones Interesse an einem Peace-and-Love-Auftritt in Bosnien signalisiert. Die Menschen dort leben in der schlechtesten aller möglichen Welten und haben es wirklich schwer. Erst der Kommunismus, dann Krieg und Zerstörung. Und jetzt diese singenden Arschnasen und Good-will-Zombies. Was bringt die Zukunft? Michael Schumacher kommt im Dezember. Oh, Gott!

Beispiel 1

So geht es doch auch. In der israelischen Zeitung Maariv war nach der verpatzten Mordaktion des Mossad-Geheimdienstes in Jordanien folgende, auf Ministerpräsident Netanyahu gemünzte Bemerkung zu lesen: »Es war ein Akt unverantwortlicher Macho-Dämlichkeit, der fragen läßt, welche Befehle aus der gleichen Ecke wohl noch kommen und die Katastrophe über ein Volk bringen können, das von seinen Feinden verfolgt und von Idioten regiert wird.« Schwer zu glauben, daß ähnliche Despektierlichkeiten mal in der deutschen Verlautbarungspresse vorkommen, die von Idioten und dämlichen Machos gemacht, doch kaum von Feinden verfolgt wird.

Beispiel 2

So geht's hier nicht, wie's aussieht, doch es ging, vor 70 Jahren immerhin. In der »Weltbühne«, die seit einiger Zeit auch von liberalen Weltbürgerfreunden wie Gustav Seibt für den Zusammenbruch der Weimarer Republik mitverantwortlich gemacht wird, erschienen 1928 diese Sätze: »Deutschland ist das einzige Land, wo Mangel an politischer Befähigung den Weg zu den höchsten Ehrenämtern sichert So wie gewisse Naturvölker Schwachsinnigen gewisse Ehren entgegenbringen, so verehren die Deutschen den politischen Schwachsinn und holen sich von dorther ihre Führer. Darin überbieten sie ohne Zweifel die wilden Völker, die sich auf die Adoration beschränken und die scheue Bewunderung, aber sonst mit ihren Dorfkretins weder in den Krieg ziehen noch in den Frieden.« Autor dieser doch nicht falschen, sondern genügsam erhärteten Volkstypologie war Carl von Ossietzky.

Beispiel 3

»Ossietzky« soll dem Vernehmen nach eine neue Wochenschrift für Politik, Kultur, Wirtschaft heißen, die als eine Art neue »Weltbühne« in der Tradition und im Format dieses Blattes, herausgegeben von Eckart Spoo, unter Mitarbeit von Daniela Dahn, Rolf Gössner, Dietrich Kittner, Arno Klönne, Otto Köhler, Reinhard Kühnl und Peter Turrini, noch vor Heiligabend 97 auf den Markt kommen soll. »Weltbühne« darf die geplante Zeitschrift sich nicht nennen, weil die Titelrechte gesperrt sind. Ein weiterer Vorschlag - »Gleichheit«, der »Zentralbegriff zwischen Freiheit und Brüderlichkeit enthält knapp und eindeutig unser Programm« - ist ebenfalls aus dem Rennen. Also »Ossietzky«. Der Name, erklärt der Herausgeberkreis, sei »Programm«, die Zeitschrift wende sich an »Menschen, die gern lesen. Solche gibt es auch im Fernsehzeitalter.« Sie seien »mit einer möglichst bunten Mischung zu bedienen .... zugespitzte Texte zu denjenigen Themen, die uns selber wichtig erscheinen«, »informativ, knapp und klar« - usw. Außerdem will »Ossietzky« für die »universalen Menschenrechte« und gegen »nationalistischen und rassistischen Dünkel« (also nicht gegen den Rassismus selber) und »soziale Ungleichheit« antreten.

Dergleichen Engagement möchte unbestechlich und couragiert erscheinen, ist aber mittlerweile an jeder Ecke und von jedem Fitti gratis zu haben. Man möge es, erklärt Otto Köhler dem »Neuen Deutschland«, »wagemutig nennen, sich mit Ossietzky zu messen. Aber es muß doch in dieser verdammten Republik jemanden geben, für den Carl von Ossietzky noch eine Meßlatte ist.« Hm. Eine »Meßlatte«. Ossietzky für »Ossietzky«. So groß war der Mann doch gar nicht. Sondern größer.

Fortsetzung folgt

In den Notizen der neuen von Petra und Uwe Nettelbeck besorgten Ausgabe der *Republik. Nummer 94-97* (vgl. auch KONKRET 3/95) steht eine Anmerkung zu Eckhard Henscheid und seinen vor nunmehr zehn Jahren erschienenen *Sudelblättern.* Nettelbeck zufolge handelt es sich um ein Buch, dessen polemisches Niveau »zu dem Kunststück reicht, mit einer Sicherheit, die ihresgleichen sucht, so gezielt wie wahllos nach allem Möglichen zu greifen, großen Tönen, flotten Klängen, wilden Zahlen, schreibkunstmäßig artverwandten Konkurrenzproduken, zu Gesten, die in seiner Sphäre nicht nur garantiert nicht zu den mit ihnen einst bewirkten satirischen Effekten führen, sondern hinter denen er gleich mitverschwindet ...« In eben diesen *Sudelblättern* hatte wiederum Henscheid die *Republik* et. al. eins »der Übel komischstes« genannt und deren »psychostrategisches Modell« - nämlich »sich a) als Karl-Kraus-Verweser zu gerieren, b) praktisch nur das Schrifttum des 18. Jahrhunderts der Ästimation würdig zu erachten und c) in der Folge alle gegenwärtige literarisch-philosophische Produktion angeekelt als dritt- bis fünftklassig zu ignorieren« - schlicht »simpelfransig«. In der *Republik. Nummer 6871* (1984), gegen welche Henscheid hier anficht, kam er freilich wieder selber vor, und zwar als Lügner und Bauernfänger und als Sänger des Liedes seines Brötchengebers. Die Schelte bezog sich ihrerseits auf eine Kritik, die Henscheid 1983 im *Raben* veröffentlicht hatte. Sie galt - wen wundert's noch - natürlich Nettelbeck und dem gemeinsam mit Jörg Schröder verfaßten Buch *Cosmic,* das bei Henscheid den »Eindruck von etwas maßlos Falschem, Abgreiferischem: der Selbstbeweihräucherung eines >genialen Kerls<, der koketten und standardisierten Motzerei« hinterlassen hatte.

Wer hat recht? Worum geht's subtextual und eigentlich? Wir wissen's nicht und können nur, da frühere Dokumente nicht vorliegen, das Jahr 1983 und namentlich Henscheid als Ausgangspunkt der urigen Fehde feststellen. Und hoffen, daß er evtl. erneut in einem seiner demnächstigen Texte sich revanchiert, was hinwiederum Nettelbeck nach Wahrung einer Anstandsfrist von wie gehabt zehn Jahren Anlaß böte, dieses unerhört kultivierte polemische Pingpong mit einem neuerlichen Rückschlag fortzusetzen.

An Derartigem können sich Landwirtschaft und Industrie (sowie die eine oder andere Ärztekammer) ein Beispiel nehmen.

Chapeau!

Nicht nur moralisch, zivilisationspolitisch bzw. geistig stehen wir am Ausgang des 17. Jahrhunderts, sondern auch sozusagen wirklich. Wir schreiben noch das Jahr 1699. Das meint der geschichtswissenschaftliche Autodidakt Herbert Illig, der herausgefunden hat, daß rund dreihundert Jahre von dem deutschen Kaiser Otto III. im 7. Jahrhundert nach Christus frei erfunden worden sind. Sowohl das insgesamt frühe Mittelalter, die Jahre 614 bis 911, wie auch speziell Karl der Große hätten nie existiert, seien eine Fiktion, in die Welt gesetzt von einer verschworenen weltlichen und kirchlichen Fälschergemeinschaft, die hiermit einen spektakulären Herrschaftsmythos habe schaffen wollen. Illig, der an die Existenz offenbar nur des Puddings glaubt, den er selber gegessen hat, reitet mit seiner These, die sich Widersprüche und Unklarheiten in der relativ schlecht dokumentierten Geschichte des frühen Mittelalters zunutze machen kann, zwar einen groben Positivismus, aber keinen unsympathischen. Geschichte ist Herrschaftsgeschichte, und in der Regel fälscht sie historische Fakten oder läßt sie weg, wenn sie ihr nicht in den Kram passen. Hier aber hat sie, nach Illigs Version, was erdichtet und erfunden, um ihre Macht abzusichern. Und damit alle nachfolgenden Generationen, uns eingeschlossen, in eine falsche Zukunft expediert, von der wir denken, sie sei die richtige. Also, zurück ins 17. Jahrhundert? Genau - das ist nicht nur wahrer und irgendwie überschaubarer, rein datumsmäßig auch pläsierlicher (wen man noch alles treffen könnte!), sondern wir hätten dann die Aufklärung noch vor uns. Und das haben wir ja auch.

Konkret 12/97, S. 43

Jürgen Roth

Freie Sicht für freie Bürger

»Der Fußball ist ja heute praktisch schon eine Art gesellschaftliches Grundnahrungsmittel«

Edmund Stoiber

In dem Maße, in dem das einst öffentlich-rechtlich geordnete Fernsehen weiter diversifiziert, in Sparten-, Abonnements- und Pay-per-view-Kanäle unterteilt wird, wächst das Maß der Lachhaftigkeit, mit dem nicht allein das hypertrophe Medium selbst seine Wirklichkeiten produziert und reproduziert, sondern medienpolitische Diskutanten ziellos-hysterisch Rede führen und weiterführen. Ausgenommen ein Blaublut stirbt, oder man beschneidet den Deutschen ihr wer weiß wodurch verbürgtes Recht, weitgehend kostenfrei in den Fußballkasten stieren zu dürfen. Da nun allerdings ist das Ende der Fahnenstange erreicht, da könnte der Geduldsfaden nicht kürzer sein - und die öffentliche Diskussion nicht breiter, zäher, länger.

Das Volk schreit - denn eine düstere Zukunft zeichnet sich ab. 3,4 Milliarden Mark kosteten die Kirch-Gruppe die Erstverwertungsrechte für die Fußballweltmeisterschaften 2002 und 2006, diverse andere »Großereignisse« inklusive. »Notfalls per Volksbegehren«, berichtete »Bild«, wolle »die bayerische SPD ... sicherstellen, daß große Sportereignisse im Free-TV gezeigt werden.« Nachdem Rheinland-Pfalz' Ministerpräsident und Medienkoordinator Kurt Beck am 9.10., als die Länderchefs erstmals mit Vertretern von Kirch und Bertelsmann zusammentrafen, gegenüber Kirch voreilig sein Einverständnis erklärt hatte, nur noch ab den Halbfinals seien deutsche Beteiligungen ohne Extrarappen zu präsentieren, stand augenblicklich die Front zur Verteidigung des »Massenereignisses« Fernsehfußball.

»Hessen betrachtet den kostenlosen Zugang beispielsweise zu den Spielen der Nationalelf als Medien-Grundrecht der Bürger«, grantelte Hessens Ministerpräsident Manfred Eichel in der »SZ« und fand Unterstützung durch Stefan Reinecke (»Taz«): Keineswegs habe man es bei der Auseinandersetzung zwischen Verfechtern der kostenfreien Vollversorgung (den Kulturpflegern) und Dealern des teuren Abo-TV (den schlimmen Kapitalisten) mit einer »Posse« zu tun, sondern Entscheidungen von nationaler und das Nationale als solches tangierender Tragweite seien zu kritisieren: »Die Nationalmannschaft spielt, so das Selbstverständnis, stellvertretend für die Nation - und zwar für die ganze, und nicht für jenen Teil, der über einen Premiere-Decoder verfügt. Wenn Kirch die Privatisierung der Bilder durchsetzt, wäre dies ein Symbol, daß das private Vermarktungsinteresse und die Anforderungen eines global konkurrenzfähigen Medienstandortes auch das Nationale verdrängen.«

Noch aber ist Polen nicht verloren; es muß nachverhandelt und geprüft werden, ob die »Standortpolitik« dem »Recht der Öffentlichkeit« (Reinecke) zum Nachteil ausfalle. Jenes - das weder materiell noch formaljuristisch verbürgte »Recht« einer Rechtsperson, die keine ist, nämlich der »Öffentlichkeit« (bzw. des Kollektivsubjekts mit unstillbarem Fernsehfußball-Bedürfnis) - gilt denen, die ihr Geschäft verstehen, indes schon länger nicht mehr allzuviel. Franz Beckenbauer stellt regelmäßig die Existenzberechtigung von Nationalmannschaften in Frage, und dies keineswegs aus einer seiner notorischen Launen heraus, sondern weil er lediglich sagt, wie's ist resp. sein wird.

Andern können solche Äußerungen nichts - nichts an den diffus demokratietheoretisch inspirierten Forderungen nach freier Aneignung dessen, was als Konstituens deutschen Seelenlebens kursiert, nichts ändern auch an der Auffassung, ein durch den Staat gewährleisteter Zugang zu Fernsehbildern exekutiere den Willen des »Wahlvolkes« (Reinecke). »Die Volksbewegung für Fernsehfußball hat ein neues Grundrecht erfunden: das Grundrecht auf freie Sicht aufs Kicken« (»Taz«), und Wolfgang Thierse verspricht, den »populären Anspruch auch energisch zu vertreten« - der »Meinungsvielfalt« (»FR«) wegen.

Derart verworren stellt sich die Lage unterdessen dar, daß weder die Begriffe noch die Ziele der Medienakteure auseinanderzuhalten sind. Die einen wollen dies, dann aber wieder das, das jedoch nicht ohne dies - und vielleicht in modifizierter Form. Immerhin wird die Sorge offenbar, man könne des letztverbliebenen verläßlichen nationalen Kittes verlustig gehen. Zur »Bürgerwehr« riefen die »Tagesthemen« auf, »kaum hatte Beck gesprochen«, meldete die »SZ«, »begann ein Proteststurm im Lande. Die Länder hätten die Interessen der Fans verraten«, jenes ideellen Gesamtfans, der nicht ins Stadion geht, um das höhere »Kulturgut Fußball« (Helmut Böttiger-Schmidt) zu goutieren, sondern durchs »Schröpf-TV« (ARD) düpiert, also »enteignet« (»Taz«) werde. »Fußball für alle« forderte die »SZ« und fuhr dem Erzschurken Kirch (»typisch Kirch«) mit letzter Kraft an den Karren, assistiert von den Nationalkommunisten der »jungen Welt«, die das kulturelle Erbe der Deutschen verschachert wähnen: »Demontiert wird nicht das Recht auf Live-Übertragungen, sondern das Medium Fernsehen als kulturelle Einrichtung. ... Die Fußballfans werden es vielleicht gerade

noch überleben. Für eine Gesellschaft, die eine ihrer wichtigsten kulturellen Säulen Wirtschaftssauriern in den Rachen wirft, stehen die Chancen wohl eher schlecht.«

So schnell schießen die Preußen nicht, selbst wenn sie mit Säulen werfen. Vorerst »ringen« diverse Fraktionen um populistischen Mehrwert, blökt Gerhard Schröder aus vollem Rohr, jaulen sämtliche SPD-Ministerpräsidenten waidwund auf und versuchen sich als Bremsklötze - obschon, was alle wissen, die juristische Lage eindeutiger kaum sein könnte: Kirch hat gekauft, und wer nun einen Staatsvertrag über TV-Großkampftage, eine sog. »nationale Schutzliste« (»FR«), fordere, fordere die Enteignung. »Die populistische Forderung >Fußball umsonst für alle«<, bekräftigt Kirch-Sprecher Dieter Hahn gegenüber »Focus«, »ist für jeden Politiker attraktiv, aber rechtlich nicht durchzusetzen.«

Selbst wenn der EU-Beschluß, bestimmte Sport-Events seien unentgeltlich zu versenden, hierzulande nachträglich Geltung erlangen sollte, wäre eine solche »Zwangslizenz« (Hahn in der »FR«) das Papier nicht wert. Also fordert man - die Widersprüche zwischen Staatsaktion und Privatisierungspolitik nochmals zuspitzend - »freiwillige Lösungen«. Im entgegengesetzten Falle müßte die »Grundversorgung« gesetzlich festgeschrieben und könnte der notwendige »Prozeß (vor dem BVG) unangenehm werden«, mutmaßt die »Zeit«, »weil es um nicht weniger geht als die Grundlagen der Marktwirtschaft«, d. h. um die - allererst medienpolitisch geschaffenen - Kapitalverwertungsinteressen eines Rechtekartells, das keiner »freiwilligen Zwangsvereinbarung (!)« (»FR«) zustimmt - und klagt die Nation noch so herzzerreißend wie erfolglos (siehe Bahn, siehe Telekom) übers Schrumpfen »kollektiver« Besitzstände.

Im Grunde finden die üblichen Legitimationsmanöver statt, der Stiefel wird - nationales Jammertal hin oder her - durchgezogen. Seit wann nämlich leitet sich aus Privatbesitz die moralische Anerkennung sog. Gemeinschaftsrechte ab? Und wer glaubt - außer der SPD -, daß Fernsehen »Einheit stiften«, »Werte vermitteln«, »Konsens erzeugen«, ja seine parareligiösen Effekte unausgesetzt entfalten solle? Wer hier vom Schwund der Agora schwadroniert und die »Zweiklassengesellschaft« im Munde führt, betrauert, wenn überhaupt, das Ende der sozialintegrativen Funktion des Mediums. »Deutschland«, orakelt Ruprecht Eser in »halb12« (ZDF), »kein einig Fußballand!«

Der Affe braucht Zucker, der Konzern muß refinanzieren. »Freibier für alle« (»EAZ«) ist nicht drin. Was darüber hinausgeht, kostet so viel wie jede gute alte Ideologie. Und wer weiß: Womöglich verschweißt Kirchs/Bertelsmanns Digital-Kanal die Fußballfernsehdeutschen am Premiere-Tresen schließlich doch wieder zur gefühlsechten Truppe.

Konkret 12/97, S. 47

Thomas Schaefer

Buch & Deckel

Anne Michaels: Fluchtstücke. Roman. Deutsch von Beatrice Howeg. Berlin Verlag, Berlin 1997, 366 Seiten, 39,80 Mark

Keinerlei prophetische Talente waren nötig, um abzusehen, daß weite Teile von Leserschaft und »Kritik« in die Knie sinken würden vor der jungen Kanadierin Anne Michaels' Debütroman *Fluchtstücke.* Das wäre nicht der Rede wert, würde der Vorgang nicht wieder mal aufs schönste illuminieren, wie man Bestseller strickt: Zunächst nehme man ein Betroffenheitsthema (richtig, den Nationalsozialismus), und schon haben viele Manschetten, das Buch nicht wichtig zu finden. Dazu eine satte Prise Bildungshuberei und schließlich eine süße Schicht vermeintlich poetischer Sprache. Und schon geht's los: »Wer dieses Buch nicht liest, versäumt etwas ganz ganz Kostbares« (Elke Heidenreich). Ich aber bekomme schon ganz ganz doll Ausschlag, wenn ich mit Definitionen eingedeckt werde á la: Leben ist... Erinnerung ist... Vergangenheit ist... Tod ist... Woher Frau Michaels das so weiß, wüßte ich gern. Kunst ist... Pardon: Kunst hat noch immer zu tun mit Reduktion, Konzentration, Okonomie. Und Poesie ist was anderes als ein Vollbad in einer duftölschäumenden Metaphernwanne. Jedenfalls ist es kaum sonderlich originell, weibliche Brüste permanent mit irgendwelchen Obstsorten (vorzugsweise Pfirsichen) zu vergleichen.

Aber das ist bloß marginal. Denn was an diesem Werk und seiner Rezeption entschieden widerlich ist, ist die kalkulierte Ausbeutung des Themas Judenvernichtung, um über die Betroffenheitsschiene in die Büchercharts vorzudringen. Wie schreiben NS-Verfolgte oder deren Angehörige über den Holocaust? Sachlich, wütend, verzweifelt, lakonisch, sogar witzig. Nie aber mit hehrem Pathos. Michaels läßt lauter schöne, ernste Menschen zum Erhabenheitsappell antreten, die ergreifende Gedichte schreiben und selbst in schlimmster Lage nur ans Klavierspielen denken. Wie ist die Lese- und Rezeptionskultur dieser Nation doch auf den Hund gekommen.

Monika Köhler: Kielkropf. Roman. Verlag Volk & Welt, Berlin 1996, 281 Seiten, 34 Mark

Tabus gibt es offensichtlich nicht mehr beim Schreiben über den Faschismus. Abgesehen von der nicht mehr überschaubaren Flut an Sachbüchern, an autobiographischer und biographischer Literatur zum Thema, hat auch die Belletristik sämtliche Aspekte abgegrast. Neu ist allenfalls, daß der Holocaust zu Unterhaltungszwecken adaptiert wird und sich nahtlos in das Genre des historischen Romans einzupassen scheint.

Natürlich gibt es Tabus. Die liegen jenseits der eingespielten Rituale und betreffen Themen, die bis heute ausgeklammert werden. Ein Jahr ist es her, daß Monika Köhlers Roman *Kielkropf* erschienen ist. Weitgehend resonanzlos. Woran mag das liegen? An der Qualität des Buches, das es seiner Leserschaft nicht immer leicht macht? Oder am Thema?

Grete ist eine junge Frau, die in einem süddeutschen Dorf mit ihrer Familie lebt. Sie ist gezeichnet durch ein Feuermal am Hals. Das macht sie zur Aussätzigen, angegafft, gemieden. Die Familie verbirgt sie vor der Offentlichkeit, versagt ihr Ausbildung und Kontakte, schiebt sie ab in ein Dachzimmer, versucht, sie in die Psychiatrie zu drängen. Als wäre das nicht genug: Gretes Großvater war Pfleger in der Heilanstalt Kaufbeuren, wo Menschen wie Grete während der NS-Zeit bei medizinischen Experimenten gequält und ermordet wurden. Was hätte mein Großvater mit mir getan, hätte ich damals schon gelebt? fragt sich die Enkelin. Zunächst um herauszubekommen, was ihr Großvater getan hat, macht sie sich mit Hilfe ihres alten Lehrers auf die Suche, liest sich fest in Büchern, Akten, Lebensgeschichten, fährt schließlich nach Kaufbeuren zum Lokaltermin. Überall stößt sie auf eine Mauer des Schweigens.

Dieses Schweigen ist auch Monika Köhlers Buch widerfahren. Es hat sprachliche Mängel: Das rhetorische Mittel von Inversion und Wiederholung wendet sie so häufig an, daß statt der Hervorhebung von Bedeutung ein monotoner Erzählfluß entsteht. Dem Grauen, das Gretes Leben beherrscht, dem Grauen, das ihre Ermittlungen zutage fördern, kann Köhler oft nur durch Rückgriffe auf Mythos, Sage, Märchen sich nähern, wodurch der Text etwas Raunendes, Vages bekommt. Wie will man aber auch erzählen, was hier zu erzählen ist? Wie will man ankommen gegen die Sprache der zitierten Dokumente, der zynischen Briefwechsel zwischen dem Anstaltsarzt Dr. Faltlhauser und seinen Kollegen, in denen sie sich über die Ergebnisse der Menschenversuche austauschen?

Monika Köhler hat es versucht, und die Arbeit an einer Sprache, die dieser Geschichte gerecht wird, ist allemal ehrenhafter als ein auf wohlfeile Emotionen kalkulierendes Erzählen.

Friedrich Christian Delius: Amerikahaus und der Tanz um die Frauen. Erzählung. Rowohlt Verlag, Reinbek 1997, 154 Seiten, 29,80 Mark

Wie ein Märchen müßte die Geschichte eigentlich beginnen: Es war einmal ein Student namens Martin. Der war aus der Provinz nach Berlin (West) gekommen, um der Bundeswehr zu entgehen und Germanistik zu studieren. Gerade schreibt er an einer Seminararbeit »Über die Titel von Anthologien« des 19. Jahrhunderts. Martin stottert und ist verklemmt. In Seminaren und Kneipenrunden spielt er den Schweiger, erfüllt von dem »Wunsch nach Erlösung aus der Rolle des Schüchternen, Stammlers«. Doch sein größtes Problem sind die Frauen.

Es war einmal eine Zeit, da formierte sich eine sog. Studentenbewegung. Man saß in Kneipen und diskutierte, z. B. über Vietnam. Und dann ging man auf die Straße und demonstrierte. Am 5. Februar 1966 findet die erste große Vietnamdemo statt. Wie idyllisch es da zuging! Die höfliche Aufforderung der Polizei, »bitte in Dreierreihen zu demonstrieren«, wird brav befolgt. Bis man zu laufen beginnt, einen ersten Sitzstreik inszeniert und schließlich vier Eier gegen das Amerikahaus wirft.

Daß diese Geschichte so märchenhaft klingt, liegt zum einen an der heute unerhört wirkenden Tatsache des Aufbruchs: In einer Zeit politischer Resignation und Lethargie erscheint es fast als Provokation, von »damals« zu erzählen, von einer Zeit, als das Wünschen noch zu helfen schien, von naivem Mut, Politisierung, Glauben an die Veränderbarkeit der Welt und Selbstverwirklichung.

Zum anderen liegt es daran, wie Delius die politische Geschichte mit der individuellen verknüpft: Der schüchterne Student verläßt seinen Schreibbandkäfig und macht sich auf den Weg ins Freie. Auf der Demo lernt er das öffentliche Gehen und selbstbewußte Ausschreiten. In der Nacht danach lernt er in den Armen der resoluten Jüdin Rahel die Liebe kennen. Es ist eine Literatur fast in der Tradition der therapeutischen Texte der siebziger Jahre, die Geschichte einer Emanzipation von den Werten und Normen der Väter- und Großvätergeneration: Du »kannst nachts durch die Stadt rennen und die Nächte durchrudern und kannst tun was du willst und hast die Wahl und alles fängt an«.

Mit *Amerikahaus* setzt Delius seine autobiographische Chronik deutscher Nachkriegsgeschichte, an den *Sonntag, an dem ich Weltmeister wurde* anknüpfend, fort. Und hat dafür heftige Kritik einstecken müssen. Zugegeben, das Buch hat Schwächen: Merkwürdig apathische Erzählpassagen stehen in Widerspruch zum zentralen Thema der Bewegung. Die politischen Diskussionen haben etwas verstaubt Papiernes. Die Aufladung des Textes mit für Authentizität bürgendem Lokalkolorit (Nennung sämtlicher Straßen, durch die sich die Demo zieht), mag allenfalls für Berliner von einigem Reiz sein. Und daß es ausgerechnet eine Jüdin sein muß, die Delius' Helden aus der Enge der väterlichen Normenwelt befreit, ist denn doch unnütz symbolisch.

Im übrigen aber: Das Buch kommt zur Unzeit. Und eben deswegen gerade recht. Daran zu erinnern, daß es das alles gegeben hat: Zuversicht, Spaß, Utopie, den Traum von einer gerechteren Welt, mag naiv und anachronistisch sein. Bleibt aber wahr.

Konkret 12/97, S. 48

Georg Fülberth

Heilsamer Kalter Krieg?

Auf dem »Ersten Deutschen Schriftstellerkongreß« von 1947 sollte der anstehenden Teilung Deutschlands entgegengewirkt werden. Doch trotz flammender Bekenntnisse zu Nation und kulturellem Erbe markiert der Kongreß vor allem den Beginn des Kalten Krieges unter den Literaten

1935 fand in Paris ein »Internationaler Schriftstellerkongreß zur Verteidigung der Kultur« statt. Er war eine Manifestation gegen den Faschismus und gehörte zur Mobilisierung im Zeichen der Volksfrontpolitik, die damals in Frankreich angebahnt wurde. Diese war seit dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale - im selben Jahr - auch verbindliche Strategie der an der UdSSR orientierten Parteien. Prominentester deutscher Teilnehmer in Paris war Heinrich Mann. Ein »Mann mit der Maske« - Jan Petersen - berichtete von Repression und Widerstand im Reich.

Fünfzehn Jahre später fand in Westberlin eine Zusammenkunft mit ähnlichem Titel, aber anderem Ziel statt: der »Kongreß für kulturelle Freiheit«. Er war eine antikommunistische Propaganda-Veranstaltung gegen den sogenannten Totalitarismus. Ehemalige KP-Mitglieder, zum Beispiel Arthur Koestler, fungierten als Kronzeugen. Hinzu kamen bürgerliche Intellektuelle mit antifaschistischen Verdiensten, etwa Eugen Kogon.

Thematisch in der Mitte zwischen diesen Zusammenkünften, zeitlich allerdings näher am Westberliner Ereignis, lag der Erste Deutsche Schriftstellerkongreß vom 4. bis 8. Oktober 1947 in Berlin. Seine treibende Kraft war der »Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands« unter seinem Präsidenten Johannes R. Becher. Als offizieller Ausrichter aber agierte der »Schutzverband Deutscher Autoren« (SDA). Hans Mayer, einer der Teilnehmer, berichtete 1997, daß der Plan für die Tagung von der Sowjetischen Militär-Administration entworfen worden sei.

Unverkennbar prägten sich in Vorbereitung und Durchführung dieses Kongresses bereits einige frühere Kontroversen und Vorentscheidungen aus. 1945 hatte Thomas Mann erklärt, die Bücher, welche 1933 bis 1945 in Deutschland hätten gedruckt werden können, seien »weniger als wertlos und nicht gut in die Hand zu nehmen. Ein Geruch von Blut und Schande haftet ihnen an. Sie sollten alle eingestampft werden.« Einige Produzenten der solcherart charakterisierten Literatur priesen sich daraufhin als »innere Emigration« an. Ihr Vorlautester, Frank Thieß, befand, anständige Deutsche hätten im Lande bleiben müssen (vgl. KONKRET 10/97). Damit begann die Hetze gegen die »äußeren« Emigranten, mit der bis in die sechziger Jahre hinein in der Bundesrepublik Wahlkämpfe zu gewinnen waren.

Thomas Mann hat sein Verdikt dann aber doch insofern modifiziert, als er von ihm einige Schriftsteller(innen), die 1933-1945 im Reich publiziert hatten, namentlich ausnahm, so Ricarda Huch. Damit war zwischen einer »wirklichen« und einer angemaßten inneren Emigration unterschieden, und das Drängeln um die Plätze konnte beginnen.

Es gab noch eine weitere, wenngleich sehr kleine Gruppe: Autoren, die aktiven Widerstand geleistet hatten und in Haft gewesen waren. Einer von ihnen, Günter Weisenborn, hatte bereits seit Ende 1945 auf einen deutschen Schriftstellerkongreß hingearbeitet. Als es dann so weit war, mußte man mit der zweiten Tatsache rechnen, welche auf ein solches Treffen einwirkte: dem offenen Ausbruch des Kalten Krieges 1947.

Im März dieses Jahres hatte Truman die Welt in ein Reich des Bösen und das Paradies von Freedom and Democracy zerlegt Einige Wochen danach - im April - wurde in der Schweiz die »Mont-Pèlerin-Gesellschaft« gegründet: eine Vereinigung marktradikaler Intellektueller (vor allem Ökonomen), die den Kampf gegen den »Kollektivismus« aufnahmen. Im Juni wurde der Marshall-Plan verkündet, und zwei Tage später platzte in München die einzige Zusammenkunft der deutschen Ministerpräsidenten aus Ost und West: Man hatte sich nicht einmal auf die Tagesordnung einigen können.

Angesichts dieser Veränderungen war aus dem Schriftsteller-Kongreß, der mehrmals vertagt worden war, schon etwas anderes geworden als das, was der Antifaschist Weisenborn beabsichtigt haben mochte. Wer Anlaß hatte, sich um eine Bilanz der Jahre 1933-1945 zu drücken, hatte es jetzt schon ein bißchen leichter.

Die UdSSR wollte die sich anbahnende Teilung Deutschlands vermeiden, denn es war absehbar, daß sie in der Konfrontation, die daraus folgen mußte, unterlegen war und ihr die dringend benötigten Reparationen aus den reicheren Westzonen endgültig vorenthalten bleiben würden. Soweit die Sowjetische Militär-Administration und die deutschen Kommunisten Einfluß auf den Kongreß hatten - er war begrenzt -, hatten sie jetzt ein vordringliches Interesse am Thema der Einheit. Das machte sie erpreßbar für Versuche, die »innere Emigration« weit zu fassen. Ohnehin hatte der seit Ende der dreißiger Jahre ziemlich national gewordene Johannes R. Becher die Arme schon weit aufgetan. Er bemühte sich um Kollegen, die sich vor 1945 arrangiert hatten, wie Hans Carossa. (Dieser hatte zwar 1933 die Wahl in die Preußische Dichterakademie abgelehnt, sich aber 1942 zum Präsidenten des von den Nazis lancierten »Bundes europäischer Schriftsteller« machen lassen.)

Dem Protokoll bereits der ersten Sitzungen des Kongresses merkt man an, wie gefährdet das Unternehmen von Anfang an war. Viele Prominente waren nicht gekommen - Thomas Mann schon mal gar nicht. Ricarda Huch, die sozusagen seinen

Segen hatte, war Ehrenpräsidentin des Kongresses.

Auf einer Totenehrung für die antifaschistischen Schriftsteller, die das Jahr 1945 nicht mehr erlebt hatten, wurde unter anderem das Lied »Die Gedanken sind frei« zu Gehör gebracht. Einige Stunden später referierte Alfred Kantorowicz über die äußere Emigration, die katholische Lyrikerin Elisabeth Langgässer über die innere. Sie hatte als »Halbjüdin« 1936 Schreibverbot erhalten, 1938 dennoch einen Erzählungsband veröffentlichen können und war im Krieg zu Zwangsarbeit gepreßt worden. Neben Ricarda Huch war sie auf dem Kongreß die zweite Symbolfigur einer nicht kompromittierten »inneren Emigration«. In ihrem Referat nannte sie die Arbeit an sprachlicher und formaler Klarheit als eine der Möglichkeiten, welche denen, die 1933-1945 sich nicht hatten anpassen wollen, offenstanden. Sie lobte die Naturlyriker Oskar Loerke und Wilhelm Lehmann. Letzterer konnte strengeren Beobachtern durchaus auch als Beispiel für stillschweigende Hebung des Ansehens des deutschen Faschismus durch unverfängliches Weiterdichten dienen. Langgässer nahm billigend einen Formalismus hin, auf den sich in den folgenden Jahre Schriftsteller, die etwas zu verstecken hatten, beschränkten. Die Widerstandskämpferin Greta Kuckhoff widersprach.

Als eine andere Stimme der inneren Emigration präsentierte sich der frühere Kriegsberichterstatter, Redakteur von Soldatenzeitungen und Lyriker Rudolf Hagelstange, der später, in der Adenauer-Zeit, einer der genehmen Autoren wurde: »Ich habe geglaubt, aus einer tiefen Überzeugung heraus in finstersten Tagen denen Mut zuzusprechen, die mit mir mißbraucht wurden, und ich tue das auch heute, vielleicht mit geminderter Kraft, aber auch aus einem ungleich ernsteren Bewußtsein um solche manchmal fast aussichtslos scheinende, aber unerbittliche Notwendigkeit.« Nach seiner Ansprache vermerkt das Protokoll: »Starker, lebhafter Beifall, Bravo-Rufe«.

Der alte kommunistische Pädagoge Hermann Duncker brachte mit einer eindrucksvollen Rede eine Resolution gegen den Antisemitismus ein, die auch angenommen wurde und zu den positivsten Hervorbringungen des Kongresses gehört.

Eine Hinführung zu den Kontroversen des Kalten Krieges bildete das Referat »Der Schriftsteller und die geistige Freiheit« von Anna Seghers. Es war ein komplizierter, umschreibender, das Thema immer neu angehender Text, den sie nicht vollständig vortragen konnte, da er ihr zu lang geraten war und sie gebeten wurde, zum Ende zu kommen. »Freiheit« war eine der Parolen im antifaschistischen Widerstand und in der Emigration geworden, und gerade jetzt wandelte sich der Begriff zum westlichen Propaganda-Schlagwort. Seghers gab zu bedenken, daß der Terminus nicht abstrakt benutzt, sondern in Zusammenhang mit sozialen und politischen Zielen gebraucht werden müsse. Es gebe viele Freiheiten, zwischen ihnen müsse man sich entscheiden. Ganz ähnlich, aber schärfer argumentierte Hans Mayer: »Es ist nämlich nicht wahr, daß man eine schrankenlose Freiheit hätte, zwischen beliebig vielen Weltanschauungen zu wählen. Es gibt nur einige scharf umrissene Weltanschauungen in der heutigen Gesellschaft. Zwischen ihnen muß gewählt werden, und die muß man klar erkennen.« Er ließ in dieser Kongreßrede keinen Zweifel daran, daß Sartres Existenzialismus für ihn ebensowenig zu den akzeptablen Optionen gehörte wie die Freiheit des katholischen Christenmenschen bei Mauriac und Bernanos.

Daß schon vor dem Kongreß eine Entscheidung gefallen war, brachte der sowjetische Gastredner Wischnewski zum Ausdruck: »Die Welt teilt sich heute in zwei Teile.« Diesen Zustand führte er auf »die amerikanische Reaktion, die britische Reaktion« zurück. Der Originaltext war noch härter. Die Delegierten hörten Wischnewskis Rede nur in einer entschärften Form. Sein Dolmetscher, der Kulturoffizier Dymschiz, hatte sie bei der mündlichen Übersetzung gemildert. Es ging ja gerade darum, die von Wischnewski als vollendete Tatsache geschilderte Spaltung zu revidieren.

Es kam aber eins zum anderen. Eine britische Teilnehmerin kritisierte die Verhaftung von sechs Studenten der Berliner Universität durch die Sowjetische Militäradministration.

Die wichtigste Rede hielt am 7. Oktober ein bis dahin Unbekannter: Der siebenundzwanzigjährige US-amerikanische Journalist Melvin J. Lasky kritisierte die sowjetische Literaturpolitik - unter anderem die Kampagnen gegen die Lyrikerin Anna Achmatowa und den Prosaisten Michail Sostschenko - und rief den Kalten Krieg für »die kulturelle Freiheit« aus. Das Protokoll vermerkte während der Ansprache: »Starke Unruhe; Entrüstung bei einem Teil der Kongreßteilnehmer, Zustimmung bei einem anderen Teil«. Einmal mußte die Rede wegen Tumults unterbrochen werden. Am Ende heißt es: »Stürmischer Beifall, Bravo-Rufe«.

Lasky vertrat in Berlin zwei US-amerikanische Blätter, die sich sonst keine Auslands-Korrespondenten leisten konnten. Ab Oktober 1948 gab er den »Monat« heraus, und er initiierte 1950 den »Kongreß für kulturelle Freiheit«. Beide Unternehmungen erhielten Geldzuwendungen vom US-amerikanischen Geheimdienst. Lasky hatte auch Helfer unter den deutschen Kongreßteilnehmern. Zu ihnen gehörte der ehemalige Luftlagereporter Günther Birkenfeld, der besonders heftig für die möglichst breite Version der »inneren Emigration« stritt. Er hatte Laskys Auftritt angeregt und bugsierte ihn, als er Verhandlungsleiter war, außer der Reihe auf die Rednerliste. Später wurde er Mitbegründer der gegen die DDR agierenden »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« und Leiter des Berliner Büros des »Internationalen Kongresses für kulturelle Freiheit«.

Rückblickend urteilte Hans Mayer: »Mit der Rede von Lasky war der Kongreß im Grunde zu Ende« (»FAZ«, 1.10.97). Allerdings versuchte Johannes R. Becher noch zu retten, was zu retten war. Der Titel seiner Rede - »Wie kämpft der

Schriftsteller für den Frieden?« - enthielt den Gegenbegriff, den der Osten in Zukunft der westlichen Freiheitspropaganda entgegenstellen sollte. Das von ihm vorgeschlagene Bündnis war nun allerdings sehr breit: »Und auch verschlagen auf die verlassenste Insel im Stillen Ozean, blieben deutsche Schriftsteller deutsch, und ein Gegeneinanderausspielen derer, die Deutschland verlassen mußten, und derer, die in Deutschland geblieben sind, ist ebenso schädlich und unsinnig, wie wenn einer darauf käme, das Schicksal der Flüchtlinge, der Kriegsgefangenen und der in der Heimat Gebliebenen nicht als ein gemeinsames deutsches Schicksal zu betrachten.« Am Ende auch hier: »Anhaltender, stürmischer Beifall«.

Umsonst. Wer 1933-1945 konform gedichtet hatte, war im Kalten Krieg nicht mehr auf die Großzügigkeit der Kommunisten angewiesen, sondern durfte hoffen, im Kampf gegen sie besser zu fahren.

Man unterhielt sich am letzten Tag des Kongresses noch über »Die Berufsinteressen des Autors«, über »Wirtschaftliche und rechtliche Fragen«, »Zusammenarbeit der Schriftstellerorganisationen«, hörte weitere Gastansprachen an, verabschiedete zwei Entschließungen, versprach sich gegenseitig ein baldiges Wiedersehen und wußte es längst besser. Noch während der Tagung wurde der »Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands« im US-amerikanischen Sektor von Berlin verboten.

Bald nach dem Ende des Kongresses zog Ricarda Huch von Jena nach Frankfurt am Main um. Sie starb im selben Jahr. Gleichzeitig gaben zwei andere Teilnehmer des Treffens ihren Arbeitsplatz bei Radio Frankfurt auf und gingen in den Osten: Stephan Hermlin nach Berlin, Hans Mayer nach Leipzig.

Die Herausgeber des sorgfältig edierten und gleichermaßen zurückhaltend wie informativ kommentierten Protokollbandes lassen die Frage offen, ob der Eklat von 1947 zu bedauern ist. Sie darf wohl verneint werden. Selbst wer der Ansicht ist, der Kalte Krieg sei von der falschen Seite gewonnen worden, wird einräumen müssen, daß es ein noch größeres Übel hätte geben können: die ungenierte und ungeteilte Selbstbehauptung jenes deutschen Wesens, welches dort zuweilen ziemlich laut zu Wort kam. Es äußert sich in einem Entschließungsentwurf, der belegt, daß die Ironie jenes Dichters, den zu zitieren man für opportun hielt, nicht verstanden worden war: »Nein, unser Bekenntnis zu Deutschland geschieht im Geiste jenes großen Mannes, der am 13. Dezember 1797, also vor 150 Jahren, das Licht der Welt erblickte. Dieser große Deutsche, Heinrich Heine, hat ausgesprochen, was unser Empfinden und unsere Hoffnung ist, als er sagte: >Deutschland hat ewigen Bestand, es ist ein kerngesundes Land, mit seinen Eichen, seinen Linden, werde ich es immer wiederfinden.< Ja, wir glauben an die unvergängliche Gemeinschaft derer, die die deutsche Sprache sprechen, derer, die durch die Landschaft Walthers von der Vogelweide und Wolframs von Eschenbach, Goethes und Hölderlins angeregt und geformt worden sind.« Nach einem Bekenntnis zur Demokratie heißt es ohne Erklärung des logischen Zusammenhangs: »Und darum geloben wir, daß Deutschland unser Gewissen sein soll.«

Es ist nicht bekannt, ob dieser Text verabschiedet worden ist. Falls es unterblieb, dann vielleicht darum, weil keine Zeit mehr war oder weil Laskys Anhänger von einem solchen Bekenntnis zur Einheit nichts hielten.

Literarisch war die Spaltung, welche jetzt nicht mehr aufzuhalten war, keine Katastrophe. Im Westen wurde während des Kongreß- und Teilungsjahrs die Gruppe 47 gegründet. An ihr mag zwar dies und jenes auszusetzen sein, aber das waren immerhin doch andere Leute als Werner Bergengruen, Gerd Gaiser und Manfred Hausmann (deren Namen Sie vielleicht gar nicht mehr kennen; es ist nicht schlimm). Und nachdem die DDR sich nicht hatte verhindern lassen, entstand dort eine eigenständige Literatur, die zum Besten in der Hinterlassenschaft dieses Staates gehört. Das Benehmen einiger ihrer Vertreter(innen) in späteren Jahren sollte nicht darüber hinwegtäuschen. Den Lyriker Karl Mickel - zum Beispiel - wird man noch lesen, wenn von Monika Maron allenfalls eine Fußnote in einer zehnbändigen Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit übrig geblieben sein wird.

So ist 1947 nicht etwa ein Unfall passiert, sondern er wurde um 43 Jahre hinausgeschoben. Die Einheit, welche damals verpaßt wurde, wäre zumindest nicht besser gewesen als diejenige, welche sich 1990 nicht mehr vermeiden ließ. In der Zwischenzeit ereignete sich das, was einst vielleicht - im Vergleich zum Vorangegangenen und Nachfolgenden - für eine Art Goldenes Zeitalter deutschsprachiger Literaturen in mindestens vier verschiedenen Ländern *(mindestens* deshalb, weil u. a. Paul Celan und Peter Weiss in keinem von ihnen dauernd ansässig waren) gehalten werden wird.

Ursula Reinhold, Dieter Schlenstedt und Horst Tanneberger (Hg.): *Erster Deutscher Schriftstellerkongreß. 4:8. Oktober 1947.* Aufbau-Verlag Berlin und Weimar *1997, 546 S., 128* Mark

Konkret 12/97, S. 51

Peter Nowak

Der Feind ist der Mensch

Die Castorblockierer haben Jutta Ditfurth zur Persona non grata erklärt. Sie möchten sich nicht länger nachsagen lassen, wie rechtsextrem und irrational die eigenen Motive sind

Die Bevölkerung im ostniedersächsischen Wendland steht im Ruf, besonders widerständig zu sein. Schließlich wird dort seit 1980 gegen ein atomares Endlager gekämpft. Bundesumweltministerin Merkel und Niedersachsens Ministerpräsident Schröder sind von der örtlichen Anti-AKW-Szene wegen ihrer Zustimmung zu den Atommülltransporten zu unerwünschten Personen im Landkreis erklärt worden. Im Juni dieses Jahres verhängte die wendländische Anti-AKW-Szene nun auch gegen Jutta Ditfurth ein Landkreisverbot. Sollte ausgerechnet die erklärte Anti-AKW-Gegnerin in den Verdacht geraten sein, heimlich radioaktives Material zu schmuggeln? 1 wo.

Mehr noch als der strahlende Atommüll versetzt Ditfurths neuestes Buch, *Entspannt in die Barbarei - Esoterik, (Öko-) Faschismus und Biozentrismus,* die wendländischen Ökos in Rage. Als sie das Buch in der Kulturinitiative »Schwarzer Hahn« in Lüchow-Dannenberg vorstellte, blieb es noch bei verbalen Drohungen. Doch seitdem wird die Kulturinitiative von Teilen der Anti-AKW-Szene boykottiert, und noch Wochen nach der Veranstaltung war die Regionalpresse voll mit Tiraden gegen Ditfurth und ihre Einlader. Kein Zweifel, Anthroposophen und Mitglieder diverser Esoteriksekten unter den Umweltschützern fühlten sich durch die Veranstaltung erheblich gestört. Hatten sie sich doch bisher im Wendland ohne großes Aufsehen ausbreiten und in den örtlichen Bürgerinitiativen etablieren können. Und von auswärtigen Anti-AKW-Kämpfern wollte niemand so genau wissen, was sich im widerständischen Wendland tut, wenn gerade kein Castortransport behindert wird. Die als links geltende grüne Landtagsabgeordnete von Niedersachsen, Rebecca Harms, weiß, was ihre Wählerbasis von ihr verlangt; sie reihte sich in die Anti-Ditfurth-Fronde ein.

Doch »Gorleben ist überall«, dieser alte Spruch der Anti-AKW-Bewegung, gilt auch in diesem Fall. Esoterik und Antihumanismus sind in der Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung mittlerweile dominant. Jutta Ditfurth ist eine der wenigen, die darauf in ihren Büchern seit Jahren hinweist. Ihr über 20jähriges Engagement in der Anti-AKW-Bewegung verschafft ihr das nötige Insiderwissen.

Innerhalb eines Jahres sind nun gleich zwei Bücher von ihr zum Thema im Konkret Literatur Verlag erschienen. Hat *Entspannt in die Barbarei* nicht nur die wendländische Anti-AKW-Szene in Wallung gebracht, so ist die erweiterte und überarbeitete Neuausgabe ihres 1992 erstmals erschienenen Buches *Feuer in die Herzen* dem in der Verlagsgeschichte bisher einmaligen Vorgehen des damaligen Econ-Taschenbuchverlag-Managers Jürgen Kreuzhage geschuldet. Der nutzte eine Klage, um sämtliche noch vorhandenen Exemplare der Erstausgabe des Buches einstampfen zu lassen.

Mit den beiden Bänden liegt eine umfassende Darstellung rechter Strömungen in der Ökologiebewegung vor, die mit dem Rechtsruck in der Gesellschaft auch dort in den letzten Jahren an Einfluß gewonnen haben. Während in *Feuer in den Herzen* die Gen- und Reproduktionstechnologie, die Renaissance der Atomtechnologie und die neue, alte Weltordnung noch großen Raum einnehmen, geht es in *Entspannt in die Barbarei* um das rechte Netzwerk in der Umweltbewegung. In den sich bis in die letzte Kleinstadt ausbreitenden Reformhäusern und Esoterikläden wird ebenso wie in den zahlreichen Traktaten der Tiefenpsychologen und New-Age-Bewegten immer offener antisemitische, nicht selten aus der NS-Tradition stammende Ideologie verbreitet. Die Esoterik mit ihrer Denunzierung von Rationalität und Aufklärung leistet dieser Entwicklung Vorschub. Esoterische Praktiken sind mittlerweile Teil des Alltagsleben von Millionen Menschen, und ein Ende dieses Booms ist nicht abzusehen.

Schon der veränderte Untertitel von *Feuer in die Herzen* trägt diesem Wandel Rechnung. 1992 lautete er »Plädoyer für eine ökologische linke Opposition«. Die Hoffnung der Autorin, daß die außerparlamentarische Anti-AKW-Bewegung gemeinsam mit den sich gerade von der grünen Partei emanzipierenden Linken das Themenfeld Ökologie mit der sozialen Frage verbinden und von links besetzen könnte, war rasch verflogen. »Gegen die Entwertung des Menschen«, lautet der neue Untertitel. Damit nimmt Ditfurth Stellung gegen die heute in der Ökoszene grassierende Überzeugung, der Mensch im Allgemeinen und die Trikontbewohner im Besonderen seien Feinde und Schädlinge der Natur.

»Jeder Naturschutz endet dort, wo die Menschenlawine alles überrollt«, verkündete der damalige Vorsitzende des Bundes für Umwelt- und Naturschutz, Hubert Weinzierl, auf einem Seminar seiner Organisation im Oktober 1991. Eine Strömung der im Randbereich der Autonomen agierenden Veganer erklärte in ihrem Vereinsblatt »Earth First«, die Zahl der Menschen müsse um 80 Prozent vermindert werden. Auch das mittlerweile verstorbene Gründungsmitglied der Grünen Herbert Gruhl setzte auf den Overkill als letztes Mittel: »Für einige überfüllte Populationen mag dann Gewalt oder sogar die Atombombe keine Drohung mehr sein, sondern Befreiung«, schwadronierte der Träger des Bundesverdienstkreuzes. Andere sehen in der Ausbreitung von Aids Chancen einer Rettung der Natur vor den schädlichen »Menschenfluten«.

Diese und andere rechte Positionen in der Öko- und Esoterikbewegung werden vom Mainstream der antifaschistischen Bewegung in der Regel ignoriert. Schließlich werden sie nicht von Stiefelnazis vorgetragen, sondern beispielsweise vom

einst als »Report«-Moderator weithin geschätzten Franz Alt. Mit seinem Bestseller *Jesus - der erste neue Mann* hat der sich nicht nur als geschäftstüchtiger Trendsetter der Esoterikszene erwiesen, sondern auch tief in die Kiste des christlichen Antisemitismus gegriffen: »Mit dieser neuen ganzheitlichen Spiritualität hatte der Jude Jesus aufgehört, Jude zu sein.«

Und wer will sich schon mit dem immer lächelnden Herrn Tentzin Gyatsu, besser bekannt als Häuptling der Gelbmützen, sprich Dalai Lama, anlegen. Der von seinen zahlreichen Fans aus dem Alternativmilieu als Inkarnation des Weltfriedens angehimmelte Lama ist der Führer einer feudalistischen Clique, zu deren Herrschaftspraktiken bis vor wenigen Jahrzehnten Folter und Verstümmelung unbotmäßiger Untertanen gehörten. Viele seiner hiesigen Verehrer sehen keinen Widerspruch darin, das Banner der Basisdemokratie bei den Grünen hochzuhalten. Kein Wunder, daß sich diese Partei die völkische Selbstbestimmung Tibets und die Befreiung des Landes vom »chinesischen Joch« auf ihre Fahnen geschrieben hat. Dicht gefolgt von der PDS. Deren Bundestagsfraktion stimmte im Parlament einer Allparteienresolution zu, in der »der Erhalt der tibetanischen Kultur, Religion und Identität« gefordert wird.

Doch notwendige Abwehrkämpfe können die Formulierung eines Umweltbegriffs auf materialistischer Grundlage nicht ersetzen. In der Zeitschrift »Oko-Linx« hat Ditfurth zu diesem Zweck auf Texte von Marx und Engels Bezug genommen. Vielleicht läßt sich dazu auch in ihrem nächsten Buch etwas finden. Schließlich geht sie ja davon aus, daß »linke Kritik, rationales Denken überhaupt ... heute denunziert (werden) wie lange nicht mehr, dadurch wird Menschen das intellektuelle Werkzeug genommen, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu begreifen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen«.

Jutta Ditfurth: *Feuer in die Herzen. Gegen die Entwertung des Menschen, 560* Seiten, 20 Mark; dies.: *Entspannt in die Barbarei. Esoterik, (Öko-) Faschismus und Biozentrismus,* 224 Seiten, 28 Mark (beide im Konkret Literatur Verlag, Hamburg *1997* bzw. *1996)*

Konkret 12/97, S. 52

Karl Heiner Busse

Alte Kameraden

Wie Apo war die Gruppe 47 wirklich? Eine Replik auf Joachim Rohloffs Artikel »Sprache als Durchfall« in KONKRET 10/97

»O Lüftung! Warme

Schwellung! Stirnzerfluß!«

Gottfried Benn

Joachim Rohloff fordert den Widerspruch geradezu heraus, vermengt er doch ungehörig irgendwie alles mit allem und bekommt dabei doch nichts Richtiges heraus. Lassen wir sein behauptetes Ende der Gesinnungsästhetik um die Wende 89/90 und das vorgeblich damit einhergegangene unseres vorerst letzten Großschriftstellers Grass ganz einfach heraus, so bleibt das Mirakel des Ursprungs der sog. Gruppe 47 - und der liegt allemal bei Monte Cassino.

Die Gründerväter Alfred Andersch und Hans Werner Richter haben, nachdem sie als Fußsoldaten der großdeutschen Wehrmacht in Italien in amerikanischer Gefangenschaft gelandet waren, an der »Zeitung der (um das »der« wurde aufrecht gefochten, die Amis hatten zunächst ein »für« vorgesehen, K. H. B.) deutschen Kriegsgefangenen in USA - Der Ruf« mitgearbeitet; im Grunde der Beginn ihrer schriftstellerischen Karrieren und der 47er-Bewegung.

In den amerikanischen Lagern ging's seinerzeit vorwiegend wenig links oder auch nur demokratisch zu, sondern unter Befehlsgewalt der Selbstverwaltung deutscher NS- Führungsoffiziere munter faschistisch bis hin zum Fememord. Die deutsche Redaktion des amerikanischen »Ruf« jedenfalls ließ sich ihre deutsch-nationale Grundierung auch nach der Niederlage Nazi-Deutschlands im Mai 45 keineswegs abhandeln und strickte eifrig mit an der von Andersch, zwei Jahre später zurück in der Heimat, gewohnt zackig formulierten These, die so oder ähnlich bis hin zur jüngsten Goldhagen- und Wehrmachtsaustellungsdebatte weitergeschwatzt worden ist: »Die Kämpfer von Stalingrad, El Alamein und Cassino, denen auch von ihren Gegnern jede Achtung entgegengebracht wurde, sind unschuldig an den Verbrechen von Dachau und Buchenwald.« Eine wahrlich veritable »linke« Position eines Mannes, der 1933 wegen Mitgliedschaft im kommunistischen Jugendverband ein halbes Jahr in Schutzhaft gesessen hatte, einen Umstand, den er kaum je vergaß als die Zeit seiner »KZ-Haft« anspielungsreich in die eigene Biographie einzuweben.

Aber auch Hans Werner Richter hatte noch 1962 keinerlei Scheu, im selbstgefälligen Rückblick ganz freimütig über die bittere Zeit der »unangenehmen Auseinandersetzungen mit den amerikanischen Presseoffizieren, meist deutschen Emigranten«, zu berichten. Wen wundert's also, daß solche, wie auch Rohloff weiß, bei der Gruppe 47 nicht recht gelitten waren. Walter Schönstedt, einer dieser gemeinten linken politischen Emigranten, der als amerikanischer Staatsbürger und Captain der US-Army auf unsere Schriftleiter gestoßen war, erinnert sich in einem Brief aus New York im März 1946 an seine Erfahrungen mit der »Ruf«-Redaktion: »Sie bestanden auf Rechtsstandpunkten, die weder rechtens waren noch der Wirklichkeit entsprachen; sie tanzten herum, wie auf Eierschalen, so unrealistisch und halsstarrig, so daß ich mich oft wunderte, warum wir uns überhaupt so abplagten. Nun, ich glaube die Ursache zu kennen, obwohl sie sie nicht gelten lassen würden: Sie tragen noch die Spuren der letzten paar Jahre mit sich herum, sie sind noch belastet von Nazi-Doktrinen.«

Recht hatte er, der Mann, auch wenn Richter das anders sehen wollte und sich später öffentlich damit brüstete, als »radikaler Demokrat« tapfer gegen die Anerkennung der amerikanisch verordneten »Kollektivschuld« der Deutschen und die Vorbereitungen zur Installierung des Nürnberger Kriegsverbrechertribunals angeschrieben zu haben, und zwar bis hin zu »der Androhung, uns in ein Straflager zu versetzen«. Hier ist er, der wahre deutsche Widerstand des Neuanfangs, der zuvor so schwer zu finden gewesen war.

Wer, wie leider partiell auch Joachim Rohloff und geradezu naturwüchsig die deutsche Germanistik - deren einziges Geschäft darin besteht, den alten Schwalm vom demokratischen Neubeginn der deutschen Literatur nach 45 aus einer Literaturgeschichte in die nächste hineinzukupfern - meint, es handle sich dabei um eine ganz einsam zu stehen kommende Epoche rückwärtiger deutscher Kultur (oder, wie Heinz Ludwig »Lutz« Arnold, um einen von drei »Sprüngen der westdeutschen Literatur«), dem sei noch mal H. W Richter zitiert. Richter schreibt 1979: »In diesen sechs Monaten der Zusammenarbeit und der Auseinandersetzungen mit den amerikanischen Presseoffizieren entstand ein Teil jener Konzeption, die später den deutschen >Ruf< und noch später die >Gruppe 47< tragen sollte.«

Nicht nur ein Teil, sondern der entscheidende. Zurück im besetzten und besiegten Heimatland ging man mit den alten Kameraden forsch ans bereits erprobte Werk, schwadronierte über Besatzerwillkür, geißelte die beabsichtigte Entnazifizierung der Hochschulen und die Wirtschaftsdemontage, forderte die Rückkehr zur »Volksgemeinschaft« und die unverzügliche Wiedervereinigung deutscher Gaue (die »Erhaltung des Status quo von 1937«, »Der Ruf«, 1.10.46), bis es

selbst den langmütigen Amerikanern zuviel wurde und Andersch wie Richter als Herausgeber des deutschen »Ruf« 1947 gehen mußten.

Anerkanntermaßen ist das die Geburtsstunde der »Gruppe 47« und der Beginn der selbstverfaßten Mär der beiden Papier-Märtyrer, sie seien wegen »linker Tendenzen« geschaßt worden. Erich Kuby, der den »Ruf« dann weiterführte, hat dazu bemerkt, er habe den Eindruck gehabt, daß die Zeitung »unter jungen ehemals idealistischen Nationalsozialisten stärkeres Echo« gefunden habe als unter Gegnern der Hitlerei. Das war sicherlich so und erklärt zum Teil auch die hohe Verkaufsauflage des Blattes.

Joachim Rohloff, der über diese Zustände nichts weiß, bleibt dann auch weiterhin auf dem Niveau deutscher Philologen, denen Rolf Vollmann schon vor zwanzig Jahren attestiert hat, es gebe »wahrlich nichts dümmeres unterm Monde«. Er repetiert ihre üblichen Schlagworte von der »Stunde Null« bis zum »Kahlschlag«, erfindet gleich noch eine eigene »Ästhetik der ersten Generation der Gruppe 47« hinzu, um sie ex negativo aus dem angeblichen »Bruch mit allen (!) literarischen Traditionen« herzuleiten. Hätte er mehr aus dem ja zugänglichen Angebot als nur Schnurre gelesen, wäre ihm wohl aufgegangen, daß von irgendeinem auch nur ästhetischen Bruch mitnichten die Rede sein kann, schon eher von pathetisch aufgeblasener Kleinkunst auf Provinzial-Niveau.

Daß sich das alles halten und auch durchsetzen konnte, ist so erstaunlich nicht. Ausgestattet mit dem eisernen Kreuz deutscher Kultur für Tapferkeit vor dem siegreichen Feind, scharten sich um die beiden Doppelclowns vielerlei Unterstützer und Mitläufer, die oft verband, was sie nun nicht mehr wahrhaben wollten: braune Flecken auf weißer Weste - von Eich über Rinser bis Schnabel etc. pp. Die Leerstellen, die sie besetzten, hatten auf dem Gebiet der deutschen Literatur und Kultur Goebbels und Konsorten zuvor kriminell hergestellt. Manch einer war tot, die Emigranten blieben aus oder zogen es vor, in die »Sowjetzone« einzuwandern. Es gab also viel zu tun, dazu Pöstchen und Pensionen bei Verlagen und Rundfunkanstalten sowie nach zwei, drei unsicheren, bösen Jahren (die Anträge auf Aufnahme in die Reichsschrifttumskammer blieben verschwunden) bald auch wieder ein schönes neues Selbstbewußtsein. Frechheit siegt.

Das stützte sich gegenseitig und half sich aus und betrieb schamlos die Exkulpierung seiner wahren geistigen Ziehväter Jünger und Benn, die - so Hans Bender noch 1962 in »akzente« - »eine eindeutige >ars poeticaa vorgesprochen« hatten. So viel zur »ersten (jungen) Generation« der Gruppe 47, deren Traditionsbindung Tucholsky mit Blick auf Deutschland schon 1933 beschrieben hatte: »Die Komponente des Nationalbolschewismus ist größer, als man denkt« - und währte auch länger, als man heute glaubt.

Aus gegebenem Anlaß noch eine kurze Nachschrift zu Rohloffs Hinweis auf die Rolle Heinrich Bölls, den heutzutage jeder Student glaubt hinhängen zu dürfen, denn der gehörte nun gerade nicht in die oben aufgestellte Schützenreihe (aus der sich im übrigen in späteren Jahren auch Andersch entfernt hat) und war auf Richters seltsamen »Gruppensitzungen« (wer glaubt schon, Brecht hätte sich da mit hingesetzt) nur höchst selten dabei. In einem Interview zur Nachkriegszeit nannte er die Deutschen von 1945 ein »mit Recht rechtloses Volk«, denn: » ... wir hätten ja bis 1995 weitergekämpft, das müssen Sie wissen. Wenn das nicht von außen kaputt gemacht worden wäre, weiß ich nicht, was passiert wäre. Ich vermute, daß meine Enkel noch als Unteroffiziere oder was weiß ich in Wladiwostok Dienst getan hätten.« - Da dürfen sie ja heute wieder hin.

Karl Heiner Busse lebt als freier Lektor und Autor in Göttingen

Konkret 12/97, S. 54

Kay Sokolowsky

Hollywoods Hailand

Der erfolgreichste Filmregisseur aller Zeiten versöhnt die Welt im Zeichen der Kleinfamilie. Ein Steven-Spielberg-Porträt anläßlich seines 50. Geburtstags

Ich kann über Steven Spielberg nicht schreiben, ohne über mich selbst zu schreiben. Niemand, der auch nur einmal auf seine Zaubertricks hereingefallen ist, kann von Spielbergs Filmen reden, ohne dabei etwas über sich zu verraten. Die anderen allerdings, die nie hereingefallen, die selbst bei »E.T.« kalt geblieben sind, die sich weder die Augen ausgebeult haben bei der »Farbe Lila« noch die Krätze geärgert bei »1941«, die es nie gebracht haben, Spielberg dafür zu lieben, daß er Sean Connery als Vater von Indiana Jones besetzte, aber auch nie geschafft, ihm zu verübeln, daß Julia Roberts (und nicht Winona Ryder) in »Hook« die Elfe Tinkerbell abgeben durfte - all die anderen also, die der herzlichen Naivität dieses Werks nicht verfallen, aber ebensowenig der eiskalten Präzision seiner Verfahrensweise feind sind, dürfen jetzt weiterblättern und sich ansonsten was schämen.

Die Filme von Steven Spielberg, diese Geldmaschinen, die Hollywood in einen Ort verwandelt haben, an dem der massive Einsatz von Spezialeffekten und Pyrotechnik jede Geschichte und jedes Gesicht ersetzen kann, sind immer auch äußerst private Vergnügen gewesen. Begeistert von den Trivialitäten, die die amerikanische Unterhaltungsindustrie unbefangener als irgendeine andere produziert, hat Spielberg in seinen guten Stücken dem Unsinn, an dem er sich als Pubertierender vollfraß, zur Epiphanie, in seinen miserablen Werken zur Erledigung verholfen. Ein besserer Ufo-Film als »Unheimliche Begegnung« ist noch nicht gedreht, ein weltvergesseneres B-Movie als »Vergessene Welt« nicht produziert worden. Egal, was Spielberg anfaßt: Es wird stets etwas Superlatives daraus, ein weltweiter Medienhype oder eine Riesenseifenblase. Der Mann ist ein größeres Genie, als seine Apologeten ahnen, und ein geschmackloserer Parvenu, als seine Antagonisten behaupten.

Ich kann über den Schöpfer des »Sugarland Express« nicht schreiben, ohne persönlich zu werden. Meine ersten, und aufregendsten, Kino-Erlebnisse hatte ich bei den denkbar lächerlichsten Spielfilmen: Mit achtneun in den Sonntagsmatineen des »Elbe-Theaters«, bei »King Kong gegen Godzilla« oder »Frankenstein und die Monster aus dem All«. Die ungeheure Erregung, die damals, Anfang der 70er Jahre, uns Hosenscheißer erfaßte, als das Licht im Saal erlosch und das falschere, schönere Licht des Projektors auf die 70-Quadratmeter-Leinwand blitzte, unterm Gedonner der Constantin-Film-Fanfare ... ! Was für ein Gekreisch und Gejohl da aufbrauste, welch ein Höllengeräusch - es war das Monumentalste, was ich im Kino erlebt habe, eine grandiose Massenhysterie, übrigens und gottseidank völlig ungedeckt durch den Streifen, der dann folgte. Genau auf solch ein besinnungsloses Filmerleben zielt die Methode, mit der Spielberg inszeniert.

Während der innovativste Auteur, den Hollywood derzeit hat, Martin Scorsese - ein Regisseur, der das Kino nicht nur von Film zu Film, sondern von Einstellung zu Einstellung neu erfindet -, während Scorsese das Kino als *magischen Raum* zugleich evoziert und denunziert, indem er alle Register der Manipulation zieht, um von eben dieser Manipulation zu handeln -: Während also Scorsese »Kap der Angst« dreht, den perfekten Psychothriller und die endgültige Travestie des Genres in einem, geht es Spielberg immer nur um die makellose Illusion, um die hermetische Verriegelung des magischen Raums. Daß es in der Filmgeschichte keinen Regisseur gegeben hat, der sich mit dem Publikum so identifizieren konnte wie Steven Spielberg (eben darum wurde er zum erfolgreichsten und berühmtesten Regisseur aller Zeiten), liegt allein daran, daß es nie einen Künstler gegeben hat, der die Suggestionstechniken des Kinos so genau kannte wie er und dabei so tief beeindruckt geblieben ist von den Tricks des Kinos.

Private Vergnügen, wie gesagt, »Duell« ebenso wie »Das Reich der Sonne«, »Always« ebenso wie »Indiana Jones und der Tempel des Todes«, und zugleich der größte gemeinsame Nenner, den ein globales Publikum finden kann: Es gibt keinen Menschen, der »E.T.« nicht zu »lesen« vermag. Das hat nur scheinbar damit zu tun, daß Spielberg auf formale Gewagtheiten lieber verzichtet und sich vorzugsweise filmischer Codes bedient, die mindestens seit vierzig Jahren etabliert sind. »Sugarland Express« von 1974 z. B., sein erster und hochgelobter Kinofilm - von einem »der phänomenalsten Erstlingswerke in der Geschichte des Films« schrieb seinerzeit und immerhin Pauline Kael - ist durchgehend überbelichtet. Was kein Fehler, auch kein Usus, sondern, hier, Methode war; was allerdings ein Debütant (der sich fünf Jahre lang die Hacken ablaufen mußte, um endlich für die geliebte Leinwand arbeiten zu können) sich nur dann leisten darf, wenn er genau weiß, warum er die ästhetische Konvention verletzt. Daß er damit durchgekommen ist, darf man getrost für ein größeres Wunder halten als die ca. drei Milliarden Dollar, die seine Filme bis heute eingespielt haben. Die Geschichte von Lou Jean Poplin, die beim Versuch, ihre Familie zu retten, ihren Mann in den Tod jagt und ihr Kind für immer verliert - diese »wahre« Geschichte, die im Grunde ein Märchen ist, hätte adäquater kaum abgebildet werden können als mit den geisterhaften Auren, die fortwährend um die armen Helden strahlen.

Der Eklektizismus Spielbergs hat nie etwas Sklavisches, nicht einmal in dem finanziellen und künstlerischen Desaster von »1941«. So schlecht, so lärmig und unkomisch der Film in toto auch ist, so hinreißend und komisch wirkt wiederum die große Jitterbug-Szene gegen Ende des zweiten Drittels: Seit Busby Berkeley wurden Menschenmassen nicht so schwerelos choreographiert wie hier; und die brachiale Gewalt, in die der Tanz bald und wie zwangsläufig übergeht, verrät einem über das eher ästhetische als ethische Verhältnis des Kinos zur Physis (und ihrer Deformation) wenigstens so viel wie tausend schlaue Essays.

In »Der weiße Hai« wird die berühmte Kirchturmsequenz aus »Vertigo« zitiert -jene Einstellung, für die Hitchcock, um die Höhenangst seines Helden zu visualisieren, die Kamera in der vertikalen Bildachse zugleich vorwärtszoomen und zurückfahren ließ, so daß die Tiefenschärfe unverändert blieb, aber die Tiefe selbst sich rasant veränderte -, doch nicht nur zitiert, sondern genial übertroffen: Wir sehen im Bildzentrum Martin Brody, den Polizeichef der heimgesuchten Insel Amity, am Strand sitzen, sein Blick fällt auf einen haiartigen Schatten in den Wellen - und nun setzt der »Vertigo«-Effekt ein, aber in der *Horizontalen.* Und weil Spielberg nicht nur ein obsessiver, sondern auch ein stilvoller Zitierer ist, hat er, der Verkehrung der Bildachse angemessen, gleich auch die Technik des Effekts verkehrt: Bei ihm zoomt die Linse *zurück,* während die Kamera *nach vorne* fährt. Chief Brody, ein Mann, der das Wasser haßt, hätte bündiger nicht charakterisiert werden können als in dieser Einstellung, die ihn zugleich ins Meer zieht und an Land verankert. Zu Recht schwärmte seinerzeit die Zeitschrift »Time« von »Hitchcock-Technik, die über den Meister hinausgeht«.

Als Spielberg diese paar Sekunden Wunder drehte, war er gerade 27. Und es hat vierzehn Jahre gedauert, bis zu Scorseses »GoodFellas«, ehe sich wieder ein Regisseur an diesen Effekt gewagt und noch mehr daraus gemacht hat (aber das ist eine andere Geschichte). Hitchcock selbst übrigens, der kurz nach dem »Weißen Hai« seinen letzten Film, »Familiengrab«, inszenierte, ließ den hochbegabten Erbschleicher vom Set entfernen, als dieser auftauchte, dem Alten auf die Finger zu gucken. Das einzige freilich, das Spielberg von Hitchcock damals noch lernen konnte, läßt sich nicht lehren: Sadismus und Morbidität.

Bei allem Einfallsreichtum in der Inszenierung sind Spielbergs Blutbäder stets von einer seltsamen Harmlosigkeit und Cartoonhaftigkeit, näher an Tom & Jerry als an »Frenzy«. Brutalität und Tod faszinieren Spielberg - vielleicht weil er sie nicht recht begreift. Nicht zufällig beschäftigen sich die wenigen »seriösen« Filme, die er gedreht hat - »Die Farbe Lila«, »Das Reich der Sonne« und »Schindlers Liste« -, genau mit diesen Motiven, und nicht zufällig liegen hier die schwachen und heiklen Punkte dieser Filme. Spielberg ist eben zu konziliant für Tragödien; er will sein Happy-end. Nur »Sugarland Express« macht davon eine Ausnahme. Da dieser Film jedoch von der ersten Einstellung an unter Geistern spielt, ist die Tragik aus dem Stück eliminiert.

II

Die eklektische Verfahrensweise Steven Spielbergs hat mehr mit seinem Verlangen nach Harmonie zu tun als mit einem durchdachten ästhetischen Programm. Während der andere große Eklektiker des »New Hollywood«, Martin Scorsese, zitiert und imitiert, um von den Vorbildern den Staub zu blasen und die verstörende Kraft, die sie einst ausstrahlten, zu restaurieren, ahmt Spielberg nach, um seinen Idolen zu huldigen und das, was einmal skandalös an ihnen war, mit dem Publikum zu versöhnen. Die »Vertigo«-Sequenz im »Weißen Hai« ist nicht nur ein geniales Zitat, sie löscht auch das manische Element aus Hitchcocks Vorlage. »Sugarland Express« steckt voller subtiler Anspielungen auf »Bonnie und Clyde«, die vergessen machen sollen, daß es mal zwei Filmfiguren gab, die Spaß am Verbrechen hatten und trotzdem erzsympathisch waren. In »Jäger des verlorenen Schatzes« läuft Indiana Jones durch die Szenen des 3. Akts wie »Lawrence von Arabien«, und Spielberg verwandelt nicht nur die zwielichtige Figur aus David Leans Film in einen einwandfreien Helden, sondern überdies die Wüste - bei Lean ein Ort von unerträglicher, unmenschlicher Schönheit - in ein prächtiges Gelände für Abenteuer, dem aber weiter keine Bedeutung beizumessen ist: Wo die Düne stört, wird sie einfach weggeschaufelt.

Die populären Mythologien, die das Kino erfunden hat, um den Schrecken des Menschen vor sich selbst und der Welt zu illustrieren, werden von Spielberg mit äußerster Stilsicherheit imitiert und mit außerordentlichem Geschick entschärft. »King Kong«, der halb New York verwüstet, um seine weiße Frau wiederzufinden, der als Metapher für die Zerstörungsmacht der Natur genauso gut funktioniert wie als Inbegriff der Sexualneurosen des weißen Mannes - Kong schrumpft in »Vergessene Welt« zum besorgten T.-Rex-Papa, der sein Söhnchen retten will und darum einige Straßenzüge des texanischen Kaffs San Diego einebnet. Für »Poltergeist« engagierte Spielberg mit Tobe »Kettensägenmassaker« Hooper einen der Ahnherren des Splatterfilms als Regisseur, riß die Dreharbeiten aber bald so eng an sich, daß die Schlock-Passagen, mit denen Hooper auch hier aufwartet, wie Parodien ihrer selbst aussehen. In der brillantesten Szene des Films ist ein saftiges rohes Steak zu sehen, das plötzlich über den Küchentisch zu kriechen beginnt, bis ein Schwarm von Maden aus ihm herausbricht. Ein lupenreiner Splatterism, ein tadelloses Epigramm auch auf die Genreästhetik mit ihrer Besessenheit vom Fleisch und seiner Hinfälligkeit - und eine hinreißende Karikatur dieser Ästhetik.

»Der weiße Hai«, der in den Sommern 1975 und 76 das Geschäft der Badeorte empfindlich beeinträchtigte, fällt, scheint es, aus dem Rahmen. Ein furchterregenderes Tier hatte es bis dahin, Lassie inkl., auf der Leinwand nicht gegeben. Die Invasion elementaren Terrors ausgerechnet in einer domestizierten Landschaft, die Bilder von Kindern, die mitsamt ihrer Schwimmenten verschlungen werden, und von Erwachsenen, die angesichts der Bedrohung ohnmächtig sind bzw. sich wie die letzten Idioten verhalten -: Das alles ist explizite Kritik an der Zivilisation, mit Wonne atavistisch und beispiellos effektiv.

Doch das mythische Vieh, das Spielberg in den ersten zwei Dritteln des Films konstruiert hat, wird im letzten Drittel, wenn Chief Brody, Captain Quint und der Haiforscher Matt Hooper es jagen, systematisch demontiert. Je öfter es zu sehen ist, desto deutlicher werden nicht nur die technischen Mängel der Spezialeffekte: »Bei verschiedenen Nahaufnahmen am Ende, wenn Robert Shaw (Quint) gefressen wird, wirkt das Auge des Hais wie ein eingesetztes Stück Plastik«, gab Spielberg selber zu. (Und ergänzte: »Natürlich war es *kein* Plastik.«) Deutlich wird vor allem, daß der mythische Schrecken nur so lange wirkt, wie er ohne Umrisse bleibt, unfaßbar wie das Meer, aus dem er kommt. Die lange Agonie des weißen Hais - er wird harpuniert, angeschossen, mit dem Messer verletzt, schließlich in die Luft gesprengt - gibt ihm, was er verdient hat, und weil ausgerechnet der wasserscheue Brody es schafft, die Bestie zu erlegen, wirkt der Triumph der Zivilisation über die Natur besonders schön: Im Schlußbild paddeln Hooper und Brody zum Ufer, durch eine sanfte sonnige See, während die Möwen beseitigen, was vom Ungeheuer übrig ist. Es fehlt eigentlich nur ein Windsurfer am Horizont.

Daß die Saurier in beiden »Jurassic Park«-Stücken gründlich mit den Artefakten und den Gläubigen der High-Tech-Ära aufräumen, widerspricht keineswegs der These, daß Spielberg Horrorfilmtopoi aufbereitet, um ihnen die mythische Tendenz auszutreiben. Die Raptoren mögen unangenehme Gesellen sein; irrational handeln aber nicht sie, sondern die Gentechniker, die sie erschaffen haben. Der antiwissenschaftliche Affekt von »Jurassic Park« und »Vergessene Welt« zielt nicht etwa auf die Wissenschaft an sich (der hochsympathische Held beider Teile ist ein brillanter Mathematiker), sondern auf ihre unbedachte Anwendung. Da aber diese Filme, was jeder Zuschauer weiß, gar nicht möglich gewesen wären ohne High-Tech, bleibt von der Zivilisationskritik zuletzt weniger übrig als einst vom weißen Hai.

Ein gewiefter Aufklärer ist Spielberg deshalb noch lange nicht. Die phantastischen Figuren und Versatzstücke, mit denen er hantiert, nimmt er durchaus ernst - so ernst, daß er sie nach Kräften vermenschlicht. Das hat er bei Disney gelernt, wie überhaupt sein ganzes Credo. »Ich muß sagen«, bemerkt Spielberg über seine Kindheit, »daß Walt-Disney-Filme mich mehr erschreckt haben als irgendeiner der Horrorstreifen, in die ich nicht gehen durfte« (er schlich sich selbstverständlich auch in diese). Diesen naiven Schrecken immer neu evozieren und immer wieder bannen, den dunklen Grund, aus dem die Ungeheuer stammen, nur ahnen, aber nicht ansehen wollen, und ihn dann für alle Zeit, d. h. bis zum nächsten Film verschließen - wie Indiana Jones, der seiner Gefährtin und sich befiehlt, nicht hinzuschauen, wenn die Bundeslade geöffnet wird und die Dämonen Ausgang haben -: Gut möglich, daß hier das primäre Motiv für alle seine Filme liegt - und die Ursache ihres Erfolgs. Dieses Kino ist das Gegenteil von beunruhigend.

III

Steven Spielberg macht Filme für die *ganze* Familie. Das heißt, erstens, daß er seine Stücke so einladend, so dechiffrierbar wie möglich gestaltet. Und, zweitens, daß seine Filme, manchmal weniger, meistens aber sehr explizit, mit dem harmonischen Tableau der vormals bedrohten, nun aber geretteten Familie enden. Dabei ist es einerlei, ob sie aus einem Jungen und seinem »E.T.« besteht, aus Indiana Jones und einer Schar indischer Kindersklaven (»Tempel des Todes«), aus Martin Brody und seinem angenommenen Sohn Matt Hooper (»Der weiße Hai«), aus drei T.-Rex-Sauriern (»Vergessene Welt«) oder aus einem deutschen Fabrikanten und seinen elfhundert »Schindlerjuden«. Gleichwie er mit größten Vergnügen filmische Mythologie affirmiert und zugleich verharmlost, arbeitet Spielberg mit sakralem Ernst an der Restaurierung eines Familienmythos, den nicht mal Claudia Nolte mehr glaubt. »Wenn wir nur zusammenhalten, kann uns nichts passieren«, lautet der eine Teil der Mär und der andere: »Hängt der Haussegen schief, folgen weitere Katastrophen von selbst.« Die Inbrunst, mit der Spielberg den Propheten der Kleinfamilie macht, hat ihren Grund natürlich darin, daß seine eigene Kindheit alles andere als ideal war.

Zu klein und schwach geraten, um sich auf dem Schulhof, zu schüchtern und verträumt, um sich im Klassenzimmer durchsetzen zu können - »Spätzünder« war sein Spitzname -, hat Spielberg sein Zuhause nie als die Zuflucht erlebt, die er sich wünschte. Seine Eltern zankten sich Nacht für Nacht (als sie sich endlich scheiden ließen, war er 17 Jahre alt), seine drei Schwestern waren ihm eher lästig als lieb. »Um meine Erziehung«, sagt Spielberg, »kümmerte sich Walt Disney, der Fernseher ersetzte mir die Eltern.« Eine typische Vorstadtkindheit, immerhin. Die Verlustängste und die Verlassenheit jener Jahre klingen in fast jedem seiner Filme an; und wenn in »Jurassic Park« ein Erwachsener, der zwei Kinder im Stich läßt, postwendend vom Tyrannosaurus verspeist wird, kann man darin durchaus einen Akt der künstlerischen Kompensation erkennen.

Spielbergs Filme sind private Vergnügen, und es ist genau der hohe Anteil intimer Einzelheiten, der die Trivialgeschichten, die er verfilmt, so viel interessanter, origineller und vor allem humaner erscheinen läßt als die Machwerke seines

unverschämtesten Kopisten, Roland Emmerich. Wie universell die Beschädigungen sind, die Spielberg als Kind erfahren (oder sich eingebildet) hat, wie identisch aber auch sein Eskapismus mit dem des Publikums, wird nirgends klarer als am enormen Erfolg von »E.T.«, den der Regisseur seinen »persönlichsten Film« genannt hat.

Das Märchen von Elliott, der keinen Freund und keine Freud' hat, bis ihm eines Tages ein außerirdischer Kobold ins Zimmer fällt, diese sagenhaft rührselige Fabel, von Spielbergs Hauskomponisten, John Williams, derart mit Orchestertutti zugesuppt, daß ein Blinder taub werden könnte -: »E.T.« ist doch kein Kitsch, sondern, unter anderm, eine passable Parabel auf die Genese eines Künstlers und seines Kunstwerks. Die mannigfachen Interpretationen, die »E.T.« erfahren hat - es beginnt bei Vergleichen mit Truffauts »Sie küßten und sie schlugen ihn« und endet erst in der Theologie -, die erstaunliche Konnotationstiefe dieses Films hat Spielberg nie wieder erreicht. Das mag daran liegen, daß er »E.T.« eben nicht als Blockbuster geplant hatte. »Hollywood drängte mich«, berichtet Spielberg retrospektiv, »Superproduktionen ... *zu* machen. Ich wollte meine Ruhe haben und endlich das realisieren, was mir wirklich am Herzen liegt.«

Um den kompletten Spielberg zu kennen, den Mann und das kreative Genie, genügt es, drei Filme zu sehen. Gleichwie »E.T.« alles sagt, was er über sich zu sagen hat, liefert sein technisch bravourösestes Stück, »Unheimliche Begegnung der dritten Art«, geradezu einen Katalog des Spielberg-Stils, d. h. seiner Eklektik, seines einzigartigen Timings und seines phänomenalen Gespürs für effektstarke Bilder - wenn man Kino (unerlaubt) mit »Lichtspiel« übersetzt, dann ist dieser Film das perfekte Kino, minutenlange Sequenzen bestehen aus nichts als dem Spiel mit Jupiterlampen, Farbfiltern und Überbelichtung. Das Schlüsselwerk aber zu Spielbergs Privatutopie, zu seinem Glauben an die Heilkraft der intakten Familie, heißt »Hook«. Daß der Film ein Reinfall beim Publikum und ein Schlachtopfer der Kritik wurde, dürfte Spielberg nicht wenig geschmerzt haben. (Er konnte sich freilich zwei Jahre später mit dem Hype von »Jurassic Park« trösten, und wie.)

»Hook« erzählt die Geschichte von Peter Pan, der sich zuletzt doch entschlossen hat, erwachsen zu werden, nun aussieht wie Robin Williams und als restlos korrupter Immobilienhai seine Umwelt plagt. Er vernachlässigt - in Spielbergs Kosmos der oberste Sündenfall - über der Karriere die Familie; zur Strafe steigt Kapitän Hook aus dem Nimmerland herab und entführt seine Kinder. Um sie zu retten, muß Pan sich erinnern, wer er einmal war - nämlich ein Träumer -, und in mehreren schmerzhaften, auch demütigenden Lektionen erlernen, was es bedeutet, ein liebevoller Vater zu sein. Dann aber haben Hook und seine dreihundert Piraten keine Chance mehr gegen ihn.

Nicht einfach zu sagen, warum dieser Film so vehement abgelehnt wurde. Die Spezialeffekte, zumal die Flugszenen, sind grandios, die Dekors atemberaubend, die Sorgfalt, ja Liebe, mit der Spielberg an den Trickfilm von Walt Disney anknüpft, nicht zu übersehen. Diskrepanz zwischen schlichter Moral und gigantischer Präsentation - kaum ein Premierenkritiker entblödete sich, nicht darauf zu schimpfen - hat noch kein Massenpublikum aus dem Filmtheater getrieben. Im übrigen existierte diese Diskrepanz nur in den Köpfen der Rezensenten, nicht in dem des Regisseurs: Es geht in »Hook« um Spielbergs Shangri-La, den Ort seiner innigsten Sehnsucht, und abermals um die Verklärung seiner tristen Kindheit; da kann es nicht prunkvoll genug zugehen. Das Problem des Films ist sein immenser Aufwand zuallerletzt. In Zeiten aber, da sich sogar Disney-Filme von der alten Disney-Ideologie entfernen, wirkt ein Stück wie »Hook« fürchterlich altmodisch. Und wahrscheinlich nur auf glühende Verehrer wie mich anrührend naiv.

IV

Wie fatal Spielbergs Idée fixe von der heilen, heiligen Familie sich allerdings auswirkt, wenn sie nicht ins Phantastische ausweichen kann und mit einer Wirklichkeit zusammenstößt, die nur Hoffnungslosigkeit und Mord kennt, zeigen sowohl Inszenierung wie Rezeption von »Schindlers Liste«. Spielberg ist bei keinem anderen Film so skrupulös verfahren wie hier. Wohl wissend um sein prekäres Verhältnis zu Bildern physischer Gewalt, zeigt er eher zuwenig als zuviel (in *dem* KZ wäre er auch gern gewesen, sagte ihm nach der Premiere ein Überlebender); vor lauter Angst, die Mörder, wie in den Indiana-Jones-Filmen, als Karikaturen zu zeigen, läßt Spielberg sie wie Menschen reden, die vielleicht nur keinen netten Papa gehabt haben; und damit bei den Szenen aus dem Krakauer Ghetto bloß niemand an die zerlumpten Gestalten aus »Der ewige Jude« denkt, machen die Eingepferchten allesamt einen recht gepflegten Eindruck.

Wohl, die Bedeutung von »Schindlers Liste« für die Selbst-Absolution der vereinigten Deutschen ist nicht zu bestreiten. Doch die Gegner des Films haben von der hiesigen Resonanz zu leichtfertig auf ein völlig mißratenes Werk geschlossen. Wenn Spielberg in der wild angefeindeten Schlußszene die »Schindlerjuden«, ihre Darsteller und ihre Kinder an das Grab des Helden führt, erfüllt er durchaus nicht mit Vorsatz den Wunschtraum des Revisionisten - daß die Shoah so schlimm nicht gewesen sein kann, wo es heute schon wieder so viele Juden gibt... Er will einen Talmudsatz illustrieren, der zweimal im Film gesprochen wird: »Und rettest du nur einen Menschen, so hast du die Menschheit gerettet.« - »Schindlers Liste« wurde nicht etwa in Schwarzweiß gedreht, um als historisches Dokument durchzugehen, sondern um die Farbe der Schlußsequenz vorzubehalten. Man mag das politisch verwerfen, als ästhetische Lösung der Film-Botschaft ist dieser Einfall, gerade seiner Schlichtheit wegen, großartig, überwältigend.

In Spielbergs Universum hat das Gute am Ende zu siegen, ist die Versöhnung und Vereinigung der gesamten Menschheit in der kosmischen Kleinfamilie beschlossene Sache. Dieser Gedanke steht verborgen auch hinter dem Auftrag seiner »Shoah Foundation«. Die digitale Erfassung sämtlicher Überlebender des Holocaust, die Vernetzung ihrer individuellen Biographien und Berichte mit allen anderen Dokumenten der Datenbank und die interaktive Einbindung des Lesers am Terminal kommen Spielbergs Utopie so nah wie momentan nur denkbar.

Es ist aber nicht auszuschließen, daß DreamWorks SKG, die multimediale Entertainmentfabrik, die er mit Jeffrey Katzenberg und David Geffen gegründet hat, längst ein noch größeres Projekt für die ganze Familie im Labor hat, ein unterhaltsameres überdies. Man sollte auf einiges gefaßt sein, nicht nur auf »Amistad«, Spielbergs neuesten Film (über die Meuterei auf einem Sklavenschiff). Das Wunderkind wird am 18. Dezember 50 Jahre alt. Was, schon?! Nein: erst.

Konkret 12/97, S. 58

Holm Friebe

Britpop

Der Werbepapst und Pop-art-Mäzen Charles Saatchi präsentiert in London »Sensation« - eine Ausstellung junger britischer Kunst, die bei Kulturkonservativen ebenso auf heftige Kritik stößt wie bei linken PC-Dogmatikern

Charles Saatchi ist eine der schillerndsten Figuren Englands und ein ziemlicher Fuchs. Nach dem, was man heute wohl als bewegte 68er-Jugend bezeichnen würde, gründete er Anfang der Siebziger gemeinsam mit seinem Bruder Maurice die Werbeagentur Saatchi & Saatchi, die heute die weltweit größte, finanzstärkste und vermutlich bekannteste ist. Ein Gutteil dessen, was die Produkte der britischen Werbebranche im Kontrast zu ihren kontinentalen Pendants als durchaus erträglich erscheinen läßt, geht auf das Konto der Saatchi-Brüder. Vermutlich war das Klima im Lande generell aufgeschlossener für einen eher anspruchsvollen Humor in der Werbung, für eine mitunter selbstironische, mehr auf Komplizenschaft denn auf Persuasion abzielende Form; stilbildend in dieser Richtung haben jedenfalls die ersten Kampagnen von Saatchi & Saatchi gewirkt - was den kommerziellen Erfolg des Hauses nicht unwesentlich beflügelt haben dürfte.

Erstmals massiv in die Kritik geriet die Agentur, und mit ihr die Gründer, 1979, als sie Margaret Thatcher und den Tories mit einer raffinierten, um den genialisch-schlichten Slogan »Labour isn't working« herum inszenierten Kampagne zum Wahlsieg verhalf und damit endgültig das Zeitalter der Mediendemokratie auch in Europa einläutete. Obwohl es sich aus Sicht der Agentur um eine reine Geschäftsbeziehung ohne Loyalitätsbindung gehandelt haben soll, waren damit die »Spindoctors« geboren, ohne die - siehe der jüngste Labour-Erfolg - heute in der Politik erst recht kein Blumentopf mehr zu gewinnen ist.

Vor diesem Hintergrund ist auch Charles Saatchis Engagement für die moderne Kunst zu beurteilen; jedenfalls wurde und wird es vor diesem Hintergrund beurteilt. Um 1969 herum begann Saatchi systematisch unsystematisch, jedoch im großen Stil, Kunst zu kaufen, und ließ sich dabei ganz von seinen Neigungen leiten (was ihn bis heute vom hiesigen Schokoladen-Mäzen Ludwig unterscheidet, der stets der Devise folgte, von allem Rang- und Namhaften wenigstens irgendetwas zu besitzen). Zu Anfang waren das die Werke der Minimal-art, später kam die Pop-art hinzu, der überdrehte Kitsch von Jeff Koons, der kapitalistische Realismus eines Sigmar Polke, junge New Yorker, aber auch britische und europäische Kunst, kurz: alles was irgendwie Pop oder Pop-kompatibel war. Wenn Saatchi etwas gefiel, kaufte er in der Regel gleich den ganzen Ateliervorrat auf, was ihn - kalkuliert oder nicht - über den Mechanismus der Verknappung zu einer einflußreichen, manche sagen der einflußreichsten, Größe im heutigen Kunstmarktgeschehen werden ließ. Seine Sammlung stellte er bereitwillig den großen britischen Museen zur Verfügung, was ihm abermals als geschickte Politik ausgelegt wurde, die von ihm protegierten Künstler in der Öffentlichkeit zu lancieren.

1984 nutzte der als immanenter Kritiker der mafiotischen Kunstwelt bekannte Deutsche Künstler Hans Haacke die Gelegenheit einer Einzelausstellung in der Tate Gallery, um dem allgemeinen Unbehagen gegenüber der Saatchi-Connection mit einem Gemälde drastischen Ausdruck zu verleihen. »Bestandsaufnahme« hieß das im viktorianischen Stil gehaltene Porträt Maggie Thatchers vor einer Bücherwand, die Buchtitel allesamt Namen großer Saatchi-Kunden, im Regal die Büsten von Charles und Maurice Saatchi. Die Botschaft war eindeutig: Über Saatchi nehme Mrs. Thatcher und mit ihr die Konservativen Einfluß auf die Ausstellungspolitik der Tate Gallery. Verschwörungstheorie hin oder her, jedenfalls zog Saatchi seine Schlüsse, sprich: sämtliche seiner Leihgaben aus den Museen ab, und sich selbst damit aus der Schußlinie. Er kaufte ein 3000 qm großes Fabrikgebäude im Norden Londons, das er zu einem Museum umbauen ließ, und wo er bis auf weiteres tun und lassen konnte, was er wollte.

Soviel zur Vorgeschichte. Als sich dann in diesem Jahr eine peinliche Lücke im Ausstellungsprogramm der renommierten, finanziell jedoch arg angeschlagenen Royal Academy auftat, weil die Station der genauso aufwendigen wie überflüssigen Gropius-Bau-Schau »Epochen der Moderne« - vermutlich aus Kostengründen - gecancelt worden war, sprang Saatchi in die Bresche und bot unter dem saatchitypisch-doppeldeutigen Namen »Sensation« ein vollständiges Ausstellungskonzept, das sowohl seinen Vorlieben für bestimmte Künstler und eine bestimmte Richtung der jungen Britischen Kunst Rechnung trug, als auch seiner Vorstellung, wie eine solche Ausstellung als skandalöses gesellschaftliches Großereignis, das die Nation spalten würde, in Szene zu setzen sei. Bereits im Vorfeld war klar, daß das Kalkül aufgehen würde, als das konservative Londoner Kultur-Establishment, allen voran der Evening Standard, schon mal prophylaktisch Front machte, gegen die Entweihung der heiligen Royal-Academy-Hallen, in denen sonst von Tizian bis Turner das britisch-bornierte Selbstverständnis als Kulturnation zur Schau gestellt wird. Die von Saatchi in jüngster Zeit bevorzugt gesammelten Young British Artists (YBA), mit ihrem Enfant terrible Damien Hirst als Galionsfigur, waren ja längst keine Unbekannten mehr, und so ahnte man, was einen an »Schweinkram« im buchstäblichen wie übertragenen Sinn erwarten würde. Eine unheilige Allianz aus rechten Spießern und PC-Fraktionären von schräg links tat sich auf, mit dem Resultat, daß am Eröffnungstag bereits Steine flogen und das großformatige Portrait »Myra« von Marcus Harvey einem Farbanschlag zum Opfer fiel. Grund war, daß Harvey sich erdreistet hatte, das dreißig Jahre alte Polizeifoto der Kindermörderin Myra Hindley aus tausenden von Kinderhand-Abdrücken zusammenzusetzen.

In einem eindrucksvollen Akt von verkürztem Kunstverständnis wollten die Attentäter daraus eine Unterstellung von Mitschuld der Kinder gelesen haben, was ihnen die Glückwünsche eines Moderators von »Sky News« eintrug, der bekannt haben soll: »Ich hätte es auch getan.« Mittlerweile dürfte das Bild allerdings restauriert wieder zu sehen sein. Hätte Harvey ein stinknormales Portrait abgeliefert, dann hätte es vermutlich das Figurenensemble »Zygotic acceleration, biogenetic de-sublimated libidinal model« der Chapman-Brüder erwischt, in dem verschmolzene Kinderkörper nackt in Nike- und Fila-Turnschuhen stecken und mit genitalen Auswüchsen an Stelle von Nase, Mund und Ohren einen unbeholfenen pornographischen Reigen bilden. Vielleicht blieb dieses Werk aber auch bislang nur verschont, weil der Raum, in dem es steht, vorsichtshalber mit Warntafeln versehen und für Minderjährige gleich ganz gesperrt worden ist.

Nachdem sich die Wogen der moralischen Empörung einigermaßen geglättet haben, inzwischen drei Mitglieder unter Protest aus der Royal Academy ausgetreten sind, formiert sich eine zweite Reihe der Kritik, in die sich ernsthafte und ernstzunehmende Kunstkritiker stellen, denen gerade die mangelnde Ernsthaftigkeit der Saatchi-Kunst mißbehagt. Die nicht ganz von der Hand zu weisende Unterstellung lautet, daß diese Kunstform mehr mit den vordergründigen Effekten der Werbung verbinde als mit seriöser moderner Kunst; mithin ein Vorwurf, der schon vor dreißig Jahren an der Pop-art abprallte bzw. abglitschte, der aber unbekümmert heute neu erhoben wird. Der »Guardian« nennt das »MTV-Approach«. In der Besprechung der »FAZ« liest es sich so: »Bei den gezeigten Werken handelt es sich weniger um Kunst im strengen Sinne als um oft freche, im besten Fall geistreiche, fast durchweg auf den Schock zielende Arbeiten, die sich an ein Publikum wenden, das an flüchtige Reize gewöhnt ist. Die wenigsten Arbeiten sind schwierig oder hintergründig.«

Daß das natürlich zunächst mal blanker Unfug ist, daß die Dinge wie immer komplizierter liegen, läßt sich am Beispiel von Damien Hirst aufzeigen, der als erster Saatchi-Zögling und zugleich vielleicht dessen legitimer Geisteserbe innerhalb der Kunst, eine so gelagerte Kritik allein dadurch unterläuft, daß er ihr zustimmt, sie gar vorwegnimmt. Wenn er beispielsweise in einem Interview in der jüngsten Ausgabe des Art-Fanzines »Dazed & Confused« die Moralfrage auf den Kopf stellt, indem er angibt, er halte Werbung grundsätzlich für integrer als moderne Kunst: »Sie lügt nicht, sie sagt die Wahrheit, bringt Geld und Spaß - sie ist die Wahrheit, weil sie ein Produkt verkauft.« Der Schlüssel heißt in diesem Fall - man wird es bemerkt haben - Ironie, auch wenn sich Hirst im folgenden vom Schock als Selbstzweck á la Benetton distanziert, das sei schlicht zu simpel, man nehme, nur mal als Beispiel, das Foto von jemanden, der sich den Kopf weggeblasen habe, und füge hinzu »Just use Tampax«...

Tatsächlich sind Hirsts Arbeiten vielschichtiger. Bekannt geworden ist er durch seine in Formaldehyd treibenden Tierkadaver, die erst durch ihre orakelnden Titel allegorische Qualitäten entfalten, etwa das Becken mit dem acht Meter langen Tigerhai im ersten Raum der Ausstellung unter dem Titel »The Physical Impossibility of Death in the Mind of Someone Living«. Inzwischen arg ramponiert und mehrmals mit Schuhcreme ausgebessert, ist der Hai zur Ikone der YBA geworden. Natürlich ist er von vornherein nicht beeindruckender, als wenn er im Naturkundemuseum stünde, und natürlich frustrieren die Titel oft mehr, als daß sie erhellen, aber genau darum geht es. Um mit Hirst zu sprechen: »Besonders mag ich diese langen, verschlungenen Titel, die versuchen, etwas zu erklären, aber zum Schluß alles nur noch schlimmer machen, indem sie riesige Interpretationslöcher zurücklassen.« Und wenn er zugibt: »Manchmal glaube ich, daß ich nichts zu sagen habe, das möchte ich oft gern mitteilen«, dann ist das ein durchaus geistreicher »Widerspruch an sich«, der die Widersprüchlichkeit des gesamten massenmedialen Systems mitreflektiert und dem mit dem bloßen Vorwurf der Vordergründigkeit nicht beizukommen ist.

Es trifft sicher zu, ist, daß diese Kunst - anders als die Kunst früherer Generationen, die beständig auf der Suche nach einem Ausweg aus der Moderne, dem zwanzigsten Jahrhundert oder was auch immer war - sich recht kommod in den Aporien der Postmoderne eingerichtet hat. Sie arbeitet mit den Mitteln ihres medialen Umfeldes, was einerseits als hemmungslose Affirmation, andererseits als Gleichheit der Waffen interpretiert werden kann.

Eine prononcierte Kritk der Tendenzen neuerer britischer Kunst, von Julian Stallabrass in einem »New Left Review«-Artikel von 1996 vorgebracht, beschreibt diese Symptomatik folgendermaßen: »Kunstfremde Objekte oder Körper werden in Kontakt mit den traditionellen Materialien und Darstellungsweisen der Hochkunst gebracht ... Die Titel sind doppelbödig, oft Filmen oder Songs entnommen. Solche Werke weisen janusgesichtig in zwei Richtungen gleichzeitig, aber jedes Gesicht blickt auf eine andere Welt. Sie sind beides: stark affektgeladen und unterkühlt ironisch; sie nähern sich dem Betrachter mit einem wissenden Grinsen und kommentieren simultan die Welt, der ihre Objekte entstammen, und die tödliche hochkommerzielle Vereinnahmung dieser Objekte durch die Kunstwelt.«

Es gibt zahlreiche andere Werke in »Sensation«, die diese Qualität, »in uneigentlicher Sprache direkt an die menschliche Erfahrung anzuknüpfen«, erfüllen und die das Gravitätische des Kreatürlichen nur als Ausgangspunkt für einen intelligenten Reflex auf die symbolische Welt benutzen, Mark Wallingers fotorealistische Serie von Rennpferden etwa verweist über den Titel »Race Class Sex« sehr wohl auf gesellschaftliche In- und Exklusionsmechanismen. Und die Chapman-Kinderskulpturen sind nur so lange polymorph-pervers, wie man sie nicht in Beziehung zur Gentechnologie oder auch nur zu den obsessiven Kinderphotos in der Mercedes Benz-Werbung für die neue A-Klasse (»Wir glauben an ie nächste Generation«) setzt. Was Stallabrass in »New Left Review« kritisiert und womit er nicht unrecht hat, ist die

universelle Ironie der YBA-Szene, die Yuppie-Attitüde, mit der stets nur präsentiert wird, ohne zu kommentieren. »Sie muß sich dazu durchringen, daß es einige Dinge gibt, die sie ernstnehmen muß«, will sie sich der totalen Vereinnahmung erwehren. Da es sich, wie Stallabrass aber auch feststellt, um keine Avantgarde im eigentlichen Sinne handelt, weil ihr kein kohärentes Konzept zugrunde liegt, tut sie das auch, zumindest in Teilen. Richard Billinhams Blow-up-Fotografien aus dem subproletarischen Millieu Englands beispielsweise lassen sich beim besten Willen nicht ironisch abschwächen. Und Sarah Lukas' »Two ftied eggs and a Kebap«, die zusammen auf einer Tischplatte arrangiert die weiblichen Schlüsselreize nachahmen, sind vielleicht gerade wegen ihrer offensiven Plattheit ein ernstzunehmendes feministisches Statement.

Man mag über die junge britische Kunst, über den Einfluß von Charles Saatchi und über Spektakel dieser Art generell denken, wie man will - solange noch die Korrespondentin der FAZ feststellt: »Man verläßt die Royal Acedemy nicht ohne Irritationen. Und angewidert, auch das« - solange kann das alles nicht ganz schlecht sein.

Die Ausstellung »Sensation - Young british artists from the Saatchi Collection« in der Royal Academy, London, läuft noch bis zum 28. Dezember 1997

Konkret 12/97, S. 60

Günther Jacob

Mentalität der Abweichung

Wie politisch kann und muß linke Kunst sein, um der Vereinnahmung durch die bürgerliche Kultur zu entgehen?

Im September 1990, drei Wochen vor der sogenannten Wiedervereinigung, erschien in den fünf auflagenstärksten westdeutschen Zeitungen eine zweiseitige Anzeige der Bundeswehr mit einer Reproduktion von Picassos »Guernica« und dem Werbeslogan: »Feindbilder sind die Väter des Krieges.« Ein Begleittext verkündete, daß die Bundeswehr trotz des Zusammenbruchs aller kommunistischen Regierungen in Osteuropa auch weiterhin gebraucht wird - als »Versicherung gegen Wechselfälle, die niemand vorhersagen kann«. »Guernica« schien sich zur Bebilderung dieses Legitimationsversuches gut zu eignen, weil Picassos Gemälde nur zivile Opfer zeigt, aber keine Aggressoren.

Mit dem Picasso-Werk hatte sich die Nachfolgerin jener deutschen Wehrmacht, deren Luftwaffe 1937 die baskische Stadt Guernica bombardierte, ausgerechnet das weltbekannte Protestbild gegen diesen Überfall als Agit-Prop-Poster angeeignet. Ein Bild, das seit Jahrzehnten zur Ikone des linken Antifaschismus und Antimilitarismus geworden war. Allerdings auch ein allseits einsetzbares Antikriegs-Symbol, das zum Gedenken an Hiroshima ebenso zu taugen scheint wie zum Protest gegen den Vietnamkrieg oder den Bürgerkrieg in Bosnien.

Wie war es möglich, daß eine ausgewiesene linke Ikone derart kampflos in die Hand der Gegenseite fallen konnte? Diese Frage stellt sich Otto Karl Werckmeister in seinem Buch *Linke Ikonen.* Neben »Guernica« kommt der in den USA lebende Kunsthistoriker dabei auf die Rezeption von Walter Benjamins Aufsätzen zu Paul Klees Aquarell »Angelus Novus«, auf Eisensteins »Panzerkreuzer Potemkin«, Pierre Christins und Enki Bilals Comic »Treibjagd« sowie auf den Film »Kafka« des Regisseurs Stephen Soderbergh zu sprechen.

Was Picassos Bild betrifft, so liegt die Vermutung nahe, daß durch seine expressive Abstraktion die dargestellte Bevölkerung ihre historische Identität verliert und zu passiven Kriegsopfern verklärt wird. Diese Kritik, die schon sehr früh an Picasso geübt wurde, trifft aber nur teilweise, denn »Guernica« war, ganz entgegen der heutigen Lesart, kein Antikriegsbild, sondern ein Propagandabild für den Volkskrieg, das durch die Darstellung der Brutalität des Feindes den Widerstand stärken sollte. Es proklamierte keinen Pazifismus, sondern die Notwendigkeit, sich der Miliz anzuschließen. Da in dieser Auseinandersetzung der Feind allgemein bekannt war, mußte er auch nicht unbedingt im Bild erscheinen. »Guernica« entstand als Auftragsarbeit der republikanischen Kunstverwaltung für den spanischen Pavillon auf der Pariser Weltausstellung von 1937. Das Gemälde sollte dort, zusammen mit anderen, für die republikanische Sache werben, hatte sich dabei aber an das für die gesamte Ausstellung geltende Verbot politischer Propaganda zu halten. Diese Konstellation kam Picasso durchaus nicht ungelegen, denn er wollte zwar mit seinem Bild Partei ergreifen und, entsprechend der Forderung von André Breton nach einer politischen Radikalisierung der modernen Kunst, ein Bekenntnis seiner politischen Gesinnung malen, bestand aber zugleich darauf, politische Aussagen in erster Linie aus seiner bildnerischen Imagination zu entwickeln. In diesem Fall bedeutete das, daß er auf das Repertoire seiner Stierkampf-Studien zurückgriff, das eigentlich für andere Aussagen entwickelt wurde. Zudem bedeutete es, daß er vor allem hilflose Frauen malte, was im offensichtlichen Widerspruch zur aktiven Einbeziehung von Frauen in die republikanische Miliz steht. Auf diese Weise konnte »Guernica« antifaschistisches Protestbild und zeit- und parteiloses Meisterwerk der Hochkultur zugleich werden. Eine paradoxe Gleichzeitigkeit, die, folgt man Werckmeisters weiteren Fallstudien, ein typisches Charakteristikum bekannter linker Ikonen zu sein scheint. Der im Vergleich zu einer orthodoxen Parteikunst auffallende Mangel an Eindeutigkeit ermöglichte es solchen »antifaschistischen Meisterwerken«, Teil der anerkannten Kultur der kapitalistischen Gesellschaft zu werden. Salopp gesagt: Ein wenig müssen linke Ikonen - also auch Che oder die RAF - schon an griechische Tragödien erinnern, damit sie in der Kultur der kapitalistischen Demokratien als universale Ikonen funktionieren können.

Daß »Guernica« in der späteren Rezeption zum populärsten Andachtsbild über die Schrecken des Krieges sentimentalisiert werden konnte, hat, zumal nach der Niederlage der Republik, zwar auch mit der Nichtdarstellung des Feindes zu tun, vor allem aber mit Picassos Anspruch, als Künstler von den konkreten politischen Umständen absehen zu dürfen. Diese ideologische Indifferenz läßt das Gemälde wiederum nach der Niederlage als deren ahnungsvolle Vorwegnahme erscheinen - so auch in der *Ästhetik des Widerstandes* von Peter Weiss - und später schließlich zum abstrakten Anti-Kriegsbild werden, mit dem jederzeit auch deutsche Städte wie Dresden ein mahnendes Gedenken an die Bombardements der Anti-Hitler-Koalition dekorieren können.

Gegenstand einer weiteren Fallstudie dieses Buchs ist Eisensteins »Panzerkreuzer Potemkin«. Auf vierzig Seiten rekonstruiert Werckmeister detailgenau, wie dieser Film zur linken Ikone wurde, bis er schließlich seine immense Autorität wieder einbüßte. Die Uraufführung des Films, 1926 im Moskauer Bolschoi-Theater, war noch ein Zeremoniell enthusiastischer Teilnahme. Das Filmteam, die Theatermusiker und die Platzanweiser trugen die Uniform der »Potemkin«-Matrosen, und das Publikum las, begleitet von triumphaler Orchestermusik, wie ein Chor der griechischen Tragödie laut

die Zwischentitel mit. In Westeuropa und besonders in Deutschland wurde der Film kaum weniger begeistert aufgenommen. Nicht nur von linken Arbeitern und Intellektuellen, sondern auch von vielen Bürgerlichen. Weil der Film in Deutschland zunächst verboten war, organisierte die KPD politische Proteste, die in der Offentlichkeit breite Unterstützung fanden. Werckmeister zeigt an diesen Ereignissen, wie ideologisierte Ästhetik funktioniert, d.h. wie die künstlerische Aufbereitung eines geschichtlichen Ereignisses wiederum politischen Widerstand induzieren kann, wie der Protest gegen die Zensur jedoch von dem Phantasma geprägt war, man könne im Kino den revolutionären Triumph der Matrosen wiederholen.

Dieser ideologische Wunsch nach politischer Aufwertung eines Kunstwerks mit oppositionellem Gehalt gilt dem Autor als »Grundüberzeugung moderner Kunst«, weshalb er sie mit den historischen Tatsachen konfrontiert: Bei »Panzerkreuzer Potemkin« handelt es sich um einen Film, der die vom sowjetischen Kriegskommissar Michail Frunse ausgearbeitete und von der XIV Parteikonferenz der KPdSU beschlossene neue Militärdoktrin propagandistisch unterstützen sollte, die bekanntlich den Aufbau einer Waffenindustrie zum vordringlichen Ziel der projektierten Industrialisierung erklärt hatte. Entsprechend diesen Vorgaben ignorierte Eisenstein die wirklichen Geschehnisse um den Panzerkreuzer und inszenierte im bewußten Rückgriff auf die »klassische« Gliederung eines Dramas in fünf Akten eine Situation, in der nicht die Arbeiter, sondern die Soldaten zu Vorkämpfern der Revolution stilisiert werden. Die historisch bezeugten Streiks und Aufstände in Odessa kommen bei ihm nicht vor. Statt dessen schreibt er den Matrosen, die in Wirklichkeit keine linken Aktivisten waren, die ganze revolutionäre Initiative zu und stellt zugleich die Zivilisten auf der berühmten Treppe als klassenmäßig unbestimmte Menge dar. Tatsächlich konnte Paul Levi, der als Rechtsanwalt damals mit den deutschen Zensurbehörden verhandelte, zu deren Beschwichtigung das Argument vorbringen, der in dem Film gezeigte Aufstand sei nicht durch eine kommunistische Partei organisiert worden. Für Werckmeister ist es wiederum diese überpolitische Transzendenz, die den Aufstieg eines linken Kulturprodukts in den Karton allgemein anerkannter »Weltkultur« möglich macht: »Von der Verpflichtung auf politische Orthodoxie entbunden, konnte >Panzerkreuzer Potemkin< als universales revolutionäres Schauspiel vorgeführt werden. «

In diesem Fall war der Ansatz dennoch nicht universal genug. Dadurch, daß der Film die Soldaten einer regulären Armee derart radikal über die Zivilisten stellt, gerieten seine Bilder in Konflikt mit Bildern jüngeren Datums, die Zivilisten als Partisanen zeigen sowie von Bildern, die Zivilisten als Opfer regulärer Armeen zeigen. Marine-Soldaten als Avantgarde einer sozialen Umwälzung kamen sozusagen als Role model derart aus der Mode, daß der Zauber der linken Ikone »Panzerkreuzer Potemkin« verflog. International anerkannt bleiben jedoch die - wiederum politikneutralen - ästhetischen Innovationen des Films.

Einige der bisher vorgestellten Muster zeigen sich auch bei einer näheren Betrachtung der Auslegungsgeschichte von Walter Benjamins wechselnden Kommentaren zu »Angelus Novus«. Die mit diesem Thema befaßte Benjamin-Rezeption ist in den letzten Jahrzehnten zu einer literarischen Ikone für die Phantasie politischer Abweichung bei linken Intellektuellen geworden. Im Verlauf dieser Debatten um den »Engel der Geschichte« wurde von Benjamins prekärer Lage als Schriftsteller zwischen 1933 und 1940 zusehends abstrahiert. Seine Interpretationen von Klees Aquarell als Spiegel autobiographischer Selbstvergewisserung entwickelte sich darüber zur Plattform einer metaphorisch grübelnden kulturlinken Mentalität, die den Zwang zur politischen Entscheidung in der Schwebe hält und dabei zwischen historischer Abstraktion und spekulativer politischer Projektion schwankt. Diese Rezeption beansprucht heute, so Werckmeister, eine »Lizenz zum Paradox«, denn sie kultiviert geradezu jene Machtlosigkeit individualisierter Zeugenschaft, die Benjamin so zusetzte, als er als Schriftsteller im antifaschistischen Kampf vergeblich eine politische Anbindung suchte. Die Ikonisierung von Benjamins neunter »These« kann sich allerdings auf einige seiner Ausführungen berufen. Auch Benjamin hatte einen Hang zur spekulativen Parallelisierung von künstlerischer Radikalität und politischer Programmatik, wenngleich er in einigen seiner Texte, etwa in »Der Autor als Produzent« vor der Verwandlung des politischen Widerstandes in einen Konsumartikel warnte.

Nach Werckmeister kann die Anrufung linker Ikonen, die einer vergangenen künstlerischen Kultur angehören, heute keine politischen Perspektiven mehr bieten, sondern nur ästhetische Surrogate für linke Politik. Und dabei geht auch ein angemessenes historisches und ästhetisches Verständnis dieser Werke verloren, ihre Kritik findet, wie immer, wenn eine Sache funktionalisiert wird, nicht statt. Diese Werke hatten ihre ursprüngliche politische Begründung in Kommunismus und Volksfront. Besonders dieser Umstand wird gerne unterschlagen, d. h. man möchte heute glauben, die Kunstwerke von Picasso und Eisenstein oder Gramscis Konzepte wären auch ohne revolutionäre Partei möglich gewesen. Abgelöst von diesem historischen Zusammenhang mittels willkürlicher Abstraktionen, können sie als linke Ikonen dann in den Dienst pazifistischer, reformistischer und sonstwie »gutgemeinter« Utopien gestellt werden - oder direkt in den der Bundeswehr.

Mit seinen Fallstudien möchte Werckmeister zeigen, daß die »Utopien«, die solchen Ikonen zugeschrieben werden, politisch unhaltbar und historisch unzutreffend sind. Das Verhältnis zwischen linker Politik und Kunst - und letzthin auch die prinzipielle Frage nach dem Sinn »engagierter Kunst« - sei im übrigen auch früher nie gelöst worden, dafür aber auf produktive Weise stets widerspruchsgeladen und reflexiv gewesen. Bei Brecht, Gramsci, Lukács oder Breton hätte noch

das politische Engagement die Urteile über die künstlerische Kultur bestimmt, und nicht umgekehrt. Sie standen noch unter dem Druck, ihre Aussagen mit ihrer Beteiligung an linker Politik vereinbaren zu müssen.

Heute stünden solche linke Ikonen nur für eine Pose, die Werckmeister als »Mentalität der Abweichung« bzw. als »linke Abweichungskultur« charakterisiert. Es handelt sich dabei um Abweichungen ohne politische Anhängerschaft und ohne politische Selbstverpflichtung. Ohne politische Perspektive könne linke künstlerische Kultur jedoch grundsätzlich nur ästhetische Erlebnisse zu politischem Selbstbewußtsein verklären. Selbst dort, wo Politik draufsteht, sei oft nur eine reaktive, feuilletonistische Kulturkritik drin, die sich reflexionslos innerhalb der politischen Kultur der kapitalistischen Demokratie entfalte, wo sie für die Fähigkeit zur Selbstkorrektur des Kapitalismus funktional sei. Dabei finde sie allerdings »eine Resonanz, die linker Politik in den Institutionen der Demokratie versagt bleibt«.

In einer Zeit, da Che Guevara als Jesus Christ Superstar gehandelt wird und der Deutsche Herbst zum nationalen Passionsspiel ikonisiert wird, bietet Werckmeisters Buch viele Anregungen. Selten sind die genannten populären Ikonen sowie die Bedingungen ihrer kanonischen Rezeption so detailliert dargestellt und analysiert worden wie hier. Man wünschte, eine vergleichbare Kritik auch der anderen Avantgarden der Kunst des Jahrhunderts läge vor. Fragwürdig bleibt am Ende der Politikbegriff, der Autor steht ihm nicht sonderlich skeptisch gegenüber, doch eine Kritik des Politischen ist in diesem Band nicht vorgesehen.

Otto Karl Werckmeister: *Linke Ikonen - Benjamin, Eisenstein, Picasso nach dem Fall des Kommunismus.* Edition Akzente/Hanser, München-Wien 1997, 248 Seiten, 36 Mark

Konkret 12/97, S. 62

Günter Amendt

Tangled up in black

So viel Schmerz, so viel Leid, so viel Horror und so viel Trauer auf einer Platte gab es noch nie. Über Bob Dylans Meisterwerk » Time out of Mind«

Von wegen *Nobody feels any pain!* Erster Song, erste Strophe, erste 3 Zeile: »I'm walking...« Ein Schockerlebnis beim ersten Hören. Dylans Stimme klingt wie aus der Gruft. Er singt wie einer, der am Ende der *endless road* angelangt ist, einer, dessen Seele sich zu Stahl verhärtet hat und der die Last, die ihm aufgebürdet wurde, nicht mehr tragen kann: »Not dark yet, but it's getting there.«

Bei so viel Düsternis ist es verständlich, daß in den meisten Plattenbesprechungen ein Hinweis auf Dylans gerade überstandene lebensbedrohliche Erkrankung nicht fehlt. Das ist verständlich, weil es im Rock-Pop-Existenzialismus schon immer Probleme mit der Trennschärfe zwischen Singer und Song gegeben hat. Es ist verständlich, aber es ist falsch. »Time out of Mind« war eingespielt und abgemischt, bevor ein Virus Dylans Lunge befiel, seine Herzkammer aufpumpte und ihm beinahe den Atem nahm.

So groß die Versuchung auch sein mag - und im Falle Dylans ist sie besonders groß -, aus jeder Plattenveröffentlichung Rückschlüsse auf den mentalen Zustand des Sängers zu ziehen: Es handelt sich auch diesmal, bei Dylans nach offizieller Firmenzählung 4 1. Album, um eine Sammlung von Liedern und nicht um die Publikation autobiographischer Texte. Dylan singt den Blues von einsamen, liebeskranken Männern (»Love Sick«), von Männern, die man in einer Toreinfahrt stehen ließ - cryin' (»Standing in the Doorway«. Gefragt, wer denn die Frau sei, die ihm Song für Song das Herz breche, antwortet Dylan - laughin': »Which one? Which song?«

Wie noch jedes Dylanalbum ist auch dieses ein Alterswerk. Der von den Rolling Stones oder The Who zelebrierte Kult der Jugendlichkeit war Dylan immer fremd. So wie er ständig die Rollen wechselt, verschiebt er ständig auch die Altersperspektive: I *was so much older then, I'm younger than that now.* Seine in jungen Jahren veröffentlichte Hymne »Forever Young« trägt er vor im priesterlich-patriarchalischen Gestus eines weisen Alten: *May you have a strong foundation, when the winds of changes shift.* Was Dylan in diesem Song ausbreitet, ist ein Katalog von alterslosen Tugenden. Und nicht ein Hauch von jugendlichem Triumphalismus.

Dieser ständige Wechsel der Altersperspektive schließt melancholisch-resignative Reflexionen über die Mühen und Versagungen des eigenen biologischen Alters nicht aus: »All the young men with the young women looking so good / I'd trade places with any of 'em in a minute if I could« (»Highlands«).

Wo von Jugend und Jugendlichkeit die Rede ist, werden Vergänglichkeit und Tod immer mitgedacht. In jeder Phase von Dylans Schaffen ist der Tod gegenwärtig: *Death is not the end. Not the end.* Aufrecht sterben zu dürfen, *before I go down under the ground,* war schon ein Wunsch ganz am Anfang seiner Laufbahn (»Let me Die in my Footsteps«). Auch möge man, bittesehr, dafür sorgen, *that my grave is kept clean.* Nicht zum ersten Male sieht er *that long black cloud* auf sich zukommen, und er fühlt sich *like I'm knocking on heaven's door.* Als Dylan diesen Song schrieb, ließ er keinen Zweifel an der Gewißheit, Einlaß zu finden, wenn es einmal soweit sein wird. Diese Gewißheit ist ihm abhanden gekommen. Heute muß man froh sein, rechtzeitig anzukommen, »before they close the door«. (»Trying to Get to Heaven«)

»Time out of Mind«, von der Kritik weltweit als Meisterwerk gefeiert, ist durchdrungen von einer düsteren Grundstimmung und geprägt von Dylans apokalyptischer Weltsicht. Das kann eigentlich nur in einer Depression enden. Doch bevor es dazu kommt, setzt die heilende Kraft des Blues ein.

Produziert von Daniel Lanois, der ihm schon bei »Oh Mercy« zur Seite stand, hat Dylan elf bluesakzentuierte Songs von hoher, wenn auch unterschiedlicher Qualität veröffentlicht. Nicht eine Nullnummer dabei. Einige der Songs klingen grob und ungehobelt, wie improvisiert. Alle wurden raffiniert arrangiert. Vorgetragen werden sie in einer Haltung lakonischer Gelassenheit und in einem Ton »schwermütiger Schönheit« (J. M. B.). Und alle wurden sie live aufgenommen. Da ist noch einiges zu erwarten, wenn erst einmal jene Versionen in den Bootleg-Umlauf gelangen, die Dylan und Lanois ausgemustert haben bei der Zusammenstellung des Albums.

Der Blues ist für die Seele, was die Dialektik für den Verstand ist. Eine Bewegungskraft. Vorwärts rückwärts, aufwärts abwärts. Dylan hält sich an den Blues, und der Blues hält Dylan in Bewegung, mag er auch noch so sehr den Eindruck haben, stillzustehen auf seinen Reisen nach Boston und Chicago, London, Paris und den Highlands, »only place left to go«. Dylan bewegt sich. Langsam und zu FA. Walking: At doesn't matter where I go anymore I just goo (»Can't Wait«). Er ging »through streets that are dead, walking with you in my head, walking through the middle of nowhere, walking the lonesome valley, wading through high muddy waters, rolling through stormy weather and strolling through the lonely graveyard of my mind.«

Der Blues ist eine musikalische Form, einfache Wahrheiten zu sagen, die das Leben betreffen. Einfache Wahrheiten zu sagen ist kompliziert. Oberall lauern die Klischees. Auch Dylan greift gelegentlich, textlich wie musikalisch, auf Blues-Klischees zurück. Doch das ist ein zu vernachlässigender Einwand. Er ändert nichts an der Tatsache, daß ihm mit »Time out of Mind« ein Masterpiece gelungen ist, bedeutender als »Oh Mercy« (1989), vergleichbar, wenn denn ein Vergleich nötig ist, mit »Blood on the Tracks« (1974).

Mit der Begründung, es gäbe bereits genügend Dylan-Songs, hat Dylan wiederholt angekündigt, keine Lieder mehr schreiben beziehungsweise veröffentlichen zu wollen: »The party is over, and there's less and less to say« (»Highlands«). Hartnäckige Dylan-Fans ließen sich von solchen Ankündigungen nie beirren. Sieben lange Jahre haben sie unverdrossen auf ein neues Album in his own writing gewartet. Sie wurden belohnt, und sie sind begeistert: Sein Blues ist mein Blues ist dein Blues, *or you got a heart of stone.*

Dylan und die Fans, das ist ein Thema, Dylan und die Kritik ein anderes. Die einhellige Zustimmung, auf die »Time out of Mind« in den Medien stößt, ist überraschend und irritierend. Da ist man fast schon erleichtert, wenn wenigstens die »Taz« jene deutsche Medientradition fortsetzt, die Dylan als Katalysator benutzt, um sich an Problemen abzuarbeiten, die mit Dylan nichts zu tun haben und für die er nicht verantwortlich ist. Über Dylans TOOM *stone blues* erfährt man kaum etwas, dafür um so mehr über die im »Monatszyklus« auftretenden Altersbeschwerden des »Taz«-Kulturredakteurs, der seine Ängste und Phobien auf Dylan projiziert. Was jedoch überwiegt in der Auseinandersetzung mit Dylan und seinem neuesten Werk, ist eine ungewohnte Sorgfalt und Ernsthaftigkeit, sieht man einmal ab von den schnellen Jungs, die vor dem Spiegel wichsen, für den sie schreiben und Interviews führen: »Man hört, Sie spielen jetzt Golf Was ist Ihr Handicap?« Heute schreibt eine Generation von Musikkritikern, die nicht mehr, wie noch in den 80er Jahren, ständig mit dem eigenen biographischen Defizit beschäftigt ist, damals, als angeblich alles losging, nicht dabeigewesen zu sein. Ein Generationenbruch.

Trotzdem, es bleibt eine Irritation. Der Zeitgeist tickt anders. Schneller. Vom Blues wollen die wenigsten etwas wissen. Er gilt als Feeling von Losern, die nur Zeit verlieren, wenn sie sich ihrem Trennungsschmerz hingeben und sich mit ihren Verlustängsten und Todesahnungen herumschlagen. Forget it, heißt die Parole.

Dylans Blues steht quer zu allem, was heute als emotionale Grundausstattung gefragt ist und von einer sprach- und textlosen High-speed-Musik vorangetrieben wird. Ein Meister der musikalischen Verlangsamung und der emotionalen Vertiefung tritt an gegen die Technokälte der 80er und den Candle-in-the-Wind-Kitsch der 90er Jahre. Und alle, die sich dazu äußern, sind begeistert. Das ist irritierend.

»Time out of Mind« ist nicht nur ein künstlerisches Ereignis, die Platte verspricht auch kommerziell ein Erfolg zu werden. »Die Firma« tut etwas für »ihren« Künstler, und der macht mit. Er gibt Interviews, führt Pressegespräche und überläßt das Timing der Veröffentlichung den Managern von Sony Music. Die längst überfällige Veröffentlichung des neuen Albums, das schon Wochen vorher in der abgemischten Endfassung als Promotape kursierte, war genau abgestimmt auf Dylans Auftritt in Bologna *vor* dem Papst. Oder *mit* dem Papst? Oder *in Gegenwart* des Papstes? Es ist eine Frage der Sichtweise.

Daß der Auftritt nicht unkommentiert und unkritisiert über die Bühne gehen würde, war zu erwarten. Dylan hat die Watchlist unliebsamer Vorfälle mit seinem Auftritt in Bologna um einen Negativposten erweitert. Erst ließ er zu, daß einer seiner Songs für Werbezwecke mißbraucht wurde, dann hat er an einem Konzert im Rahmen von Clintons Inaugurationsfeier teilgenommen, er nimmt Akademiepreise und andere Auszeichnungen entgegen, und nun tritt er im Kreis italienischer Kolleginnen und Kollegen bei einem Katholikenfestival auf. Das alles kann man, im Sinne Theweleits, als Andocken am Machtpol sehen, verstehen und verurteilen.

Man kann es aber auch ganz anders sehen: Zwei Global players begegnen und begrüßen sich auf ihrer Neverending Tour. Beide sind unterwegs in besonderer Mission. Als Seelenfänger der eine, als Soul-healer der andere. Organisiert, finanziert und orchestriert wurde das Gipfeltreffen vom italienischen Fernsehen RAI zum wechselseitigen Nutzen aller Beteiligten. Dem Sänger brachte die Show vierhunderttausend Dollar Gage und ein Massenpublikum live und vor dem globalen Bildschirm. Dem Fernsehen brachte sie einen Marktanteil von über fünfzig Prozent und Einnahmen aus dem Rechteverkauf in unbekannter Höhe. Was sie dem Papst brachte, läßt sich in Zahlen nur schwer ausdrücken. Auch er wird etwas davon gehabt haben. Popstar meets Pope Star. Just another show.

Konkret 12/97, S. 64

Dietrich Kuhlbrodt

Film & Theater

Alien - Die Wiedergeburt

Regie: Jean-Pierre Jeunet;mit Sigourney Weaver, Winona Ryder; USA 1997;108 Minuten; seit 27. 11. im Kino

Ein auffällig plazierter Kaiserschnitt - und Sigourney Weaver ist Mutter geworden. Was da im wissenschaftlichen Brutkasten heranreift, ist jedoch fremdartig, schwer behindert, bissig: eine Mißgeburt (Alien). 18 Jahre nach dem ersten Alien-Film (»Das unheimliche Wesen aus einer fremden Welt«) pflegt Sigourney Weaver Kontakt mit dem heimlichen Wesen in ihrer eigenen Welt und läßt sich von dem behinderten Kind ausgiebig das Gesicht ablecken. Kuscheleinheiten in der Mutter/Tochter-Beziehung, Kommunikation und Lernprozesse darüber hinaus: Das ist neu im vierten »Alien«. Sogar die Kreuzung von Mensch und Fremdling ist möglich, wie die Experimente im gentechnischen Labor beweisen. Doch der Wissenschaftler ist böse, weil er einen Zopf trägt sowie Stiefelfetischist ist und sich die Wichse, bevor er sie aufträgt, so aufkocht, wie man es vom Fixen kennt.

Zurück zu den Mißgeburten. Wie befreit man sich von »lebensunwerten« Behinderten? Wir wissen das alle. Für die Alien-Euthanasie nimmt man heute einen modernen Flammenwerfer. Der erledigt beides in einem: vergasen und verbrennen. Die Reinheit des Menschengeschlechts zu wahren, ist ein harter Job, wenn die Biester, die doch auch irgendwo Mensch sind, einen zwar zähnefletschend, aber immer wieder mit großen Augen und flehendem Blick ankucken - hat unser Alien nicht eine Träne im Auge?! Mutter Weaver, ganz in schwarzem Leder, kommt in einen Mordszwiespalt. Schließlich muß sie sich entscheiden: Soll sie ihr fremdartiges Kind durchbringen? Soll sie sich ihre Freundin Winona Ryder erhalten? Der hatte sie unerschrocken in die Brust gefaßt und dabei ein humanoides Geheimnis entdeckt, was hier nicht enthüllt werden soll, weil es dem Kuscheln und Schmusen keineswegs entgegensteht. Auf den Weaverschen Zügen malt sich lang, sehr lang der Kampf ab, der in ihrem Busen tobt. Ihr Blick geht hin und her: das Kind?? Die Freundin?? Wie würden Sie entscheiden?

Eine Frau zwischen zwei liebebedürftigen Wesen. Damit wären wir aus dem Universum der »Alien«-Filme raus. Um das zu vermeiden, klotzt der Film mit einer Überfülle tricktechnischer Innovationen. Man kann nur noch staunen, was da so alles auf dem Markt ist. Im Angebot etwa: Raumschiffbasketball, und der Weaver gelingt ein unglaublicher Korb aus der Drei-Punkt-Zone. Weil wir in einem Frauenfilm sind, werden die Frauen in der Raumschiffkantine von einem Schwarm Dinosaurier verfolgt, welche deswegen Amphibien sind, weil das Raumschiff mit zwei Millionen Liter Wasser gefüllt ist, was nötig ist, damit die Dinos wie Spermien hinter Frau Weaver herjagen können. In dieser in jeder Hinsicht gewalttätigen Dekoration hilft nur die Gegengewalt. Und so sind die vielen derben Splatterszenen des Films einerseits dazu da, den auf die Dauer ermüdenden Kulissenwechsel ein wenig zu beleben, andererseits aber auch dazu, die Aktionen gegen Alien-Gewalt zu legitimieren. 18 Jahre Weaver und kein Ende. Wir dürfen weiter hoffen.

Western

Regie: Manuel Poirier; mit Sergi Lopez, Sacha Bourdo; Frankreich 1997; 119 Minuten; ab 11. 12. im Kino

Das Far West in Frankreich ist das Cap Finistère der Bretagne. Dort kommt in diesem wunderschönen Film das gottverlassene Dorf Guilvinec zu Ehren, nämlich in 35 mm und in Cinemascope. Die Peripherie wird von Regisseur Manuel Poirier zum Zentrum erklärt. Folglich werden die beiden Randfiguren Paco und Nino zu Herren der Landschaft und zu Helden des »Western«. Noch nicht einmal Franzosen sind sie, das sehr ungleiche Paar. Was Paco, den Spanier (Sergi Lopez), und Nino, den Russen (Sacha Bourdo), eint, ist der Gout fürs amouröse Abenteuer. Wie kommt man an Frauen ran, wenn man mittellos übers Land zieht? Ein klassisches Thema, aber subklassisch geht es schon zu, wenn in der Kneipennacht die Kellnerin bleibt oder beim schier unglaublichen Dorfvolkstanzrock die eine, die noch nicht abgefüllt ist. Wie kommt man tagsüber an Frauen? Eine getürkte Meinungsumfrage?

Es wird erlebt, erzählt, Langusten werden gegessen und Muscheln, man betrinkt sich mit schwarzafrikanischen Rollstuhlfahrern, arbeitet mal kurz (Kettensäge, ohne Quickstop): ein Road movie zu Fuß und angenehm unfiktiv. Es geht um Kleinigkeiten in diesem großen Film, der völlig individuell und gerade kein Aussteigerfilm ist. Rohmers Postmoderne ist weit weg im ausgedienten urbanen Zentrum, das in Finistère hinter dem Ende der Welt liegt. Also werden Paco und Nino, auch Marinette, Marie und Baptiste nicht vorgeführt als Exemplare dieser oder jener Generation; sie stehen nicht für anderes.

Poiriers Spielfilm könnte ebensogut Dokumentarfilm sein. Die sprudelnden Einfälle, Bizarrerien, Widersprüchlichkeiten, Vertraulichkeiten: originäre, glücklich eingefangene Spontaneität. »Für mich ist das Leben immer noch wichtiger als das Kino«, sagt der Regisseur, der dieses Jahr in Cannes für »Western« den Jury-Preis des Festivals bekam.

Oscar Wilde

Regie: Brian Gilbert; mit Stephen Fry; England 1997; 112 Minuten; längst im Kino

Ein Nachtrag. Der homoerotische Brunnenvergifter Oscar Wilde schüttet Schwangerschaftsverhütungsmittel in die öffentliche Wasserversorgung von Braunau, weil Hitlers Mutter die Pille nicht genommen hatte, denn die gab's ja noch gar nicht. - So müssen sich Leser von Stephen-Fry-Personality-Stories (Kronsbein im »Spiegel«) den Kontext zusammenreimen, wenn sie was über den Film erfahren wollen - und der heißt eben nicht »Stephen Fry«. Allerdings verführt der ziemlich kontextfreie »Oscar Wilde«-Film zu mancherlei und eben auch zu journalistischem Mißbrauch. Dem unkonventionellen Wilde, dem brillierenden Genie, dem Opfer von Justiz und Upper class setzt der Fry-Film ein einwandfrei konventionelles, nicht eben brillantes, auch die zuständige Gesellschaftsschicht schonendes Denkmal. Ja, der Film kommt uns auf reizend altmodische Weise als passables Boulevardstück. Zur Sicherheit wird nach den Theater-Pointen die doch erst später erfundene Lachmaschine eingesetzt, als ob wir vor der Vorabendserie säßen. Denn Zielgruppe sind junge und alte Straights, die immer noch agitiert werden müssen, damit sie sich fragen können, wie die Geschichte ohne Oscar Wilde verlaufen wäre.

Konkret 12/97, S. 65

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

»Öde Orte. Ausgewählte Stadtkritiken von Aachen bis Zwickau« heißt die im Februar 98 bei Reclam Leipzig erscheinende Anthologie, zu der mich die Herausgeber, die KONKRET-Kameraden Rayk Wieland und Jürgen Roth, eingeladen haben. Wer wie ich Grund besitzt und also bei Baugenehmigungen guter Beziehungen zu den kommunalen Schwellköpfen bedarf, wird mir nachsehen können, daß eine radikale Beleuchtung meiner 2. Heimatgemeinde Wildenroth - sich verbot. Statt dessen suchte ich den Allerweltstopos Heimat so zu umrunden:

Ich bin Heimatvertriebener. Meine Heimat war das seiner Stubenfliege und dem endogenen Grün seiner Höhn wegen weit über seine Grenzen hinaus bekannte Sudetenland Tschörtschill, Rusewelt, Stalin und der Tscheche der freche haben sie mir genommen

Ich war acht Jahre alt

Da wurde ich ohne örtliche Betäubung heimatentmannt

*

Heimatlos bin ich aufgewachsen in der Fremde, in Bayern, einem mich fremder als Katastrofien oder Kataklysmanien dünkenden Land

In meinen sudetendeutschen Hals wurde eine fremde Sprache eingepflanzt

Und im Schlitz der sommers wie winters kurzen Hose spürte der junge Heimatvertriebene beim abendlichen Einholen der karitativen Klostersuppe (im zerbeulten Alukrüglein) ein ums andere Mal

Eines schwäbelnden Franziskanerordensbruders zärtlich zupackende Hand

*

Schmerzvoller als der Hieb einer Brennessel übers lidentblößte Augäpferl war der Verlust der Heimat für mich

Doch dann, ich näherte mich meines Seyns sechstem Jahrzehnt

Gelangs mir endlich, von der Heimat loszulassen

Nach der von Leonore Leyn von Leyenfels entwickelten Methode

Wie man sie bei Scheidung und verwandten schwarzen Fällen mittlerweile kennt und gern verwendt

*

Heute, Donnerstag, glaub ich, hamma, kann ich bei Ruhepuls 29 sagen

Heimat ist nicht mehr für mich wassima war

Heimat ist für mich nicht mehr der Urwurstkessel

Oder der Hochaltar

*

Ich sehe die Heimatsache neuerdings gelassener

Heimat ist für mich heutzutage first line ein mir im Schritt threuer Schatz

Heimat sind mir entgegenkommende Leberwerte

Und ein bei der Zeitschrift KONKRET sicherer Listenplatz

*

Heimat ist ein autonomes Appartment
Heimat ist ein Sitzplatz in der Bahn
Heimat ist ein McDrink In
Wo man anschreiben lassen kann

*

Heimat ist die Gewißheit der Rente
Heimat = AOK
Heimat ist zu gleichen Theilen
Disziplin und Allotria

*

Heimat ist ein gutes Auto
Heimat ist ein schnelles Buch
Heimat ist ein Komplott aus
a) Segen und b) Fluch

*

Heimat ist die preiswerte Ostblockhure
Heimat ist der Nahverkehrsverbund
Heimat ist die per pedes Zone
Heimat ist Kindermund

*

Heimat ist der Ärport Frankfort
Heimat ist der Rübezahl
Heimat ist der Mehrwertstandort
Und sein Vertheidigungsfall

*

Heimat ist Futtern wie bei Muttern
Heimat sind das BGB
Sowie Erich Kästners köstliche
Den Klassenunterschied durch Herzenswärme auftauende 3 Männer im Schnee

*

Heimat ist der Juckreiz
Und die hiesige Religion

Heimat ist maßgeschneiderte
Billiglohnlandkonfektion

*

Heimat ist das Konto
Bei der deutschen Bank
Und steht es kredit statt debet
Dann aber Heimatdank

*

Heimat ist der Zweitregisterhafen
Heimat ist das Heimatfest
Heimat ist die Hauptstadt
Vom Mount Everest

*

Heimat ist der letzte Schnaufer
Und der erste Zungenkuß
Heimat ist Sankt Arschlochhausen
Wo man, wenn man nach Dorfdeppenstadt will, an der Karl Marx Linde scharf abbiegen muß

*

Heimat ist ein Elektrokachelofen
Heimat ist ein Rokokoschloß
Wo man ohne goldenen Schlüssel
Schomma bissi draußen bleiben muß

*

Heimat ist Mutti Erde
Und Beim Schlump 24 und Wildenroth
Wo ich wahrscheinlich ruhe
Ab dritten Tag nach meinem Dood

*

Heimat sind die über der Heimat aufgeschichteten Sterne
Round about Mitternacht
Heimat ist ein Miststück
Ohne eine anständige Besatzungsmacht

*

Bundesminister für Verteidigung

Herrn Ministerialrat Dr. Wichter

Fax 0228/125357

Hamburg, 11. 11.97

Sehr geehrter Herr. Ich mahne die Beantwortung meiner Faxzuschrift vom 5.11. an, in welcher ich Sie bat, mich über den lyrischen Nebenerwerb zweier in Ihrem Hause Beschäftigter zu beauskunften. Es soll sich hier um einen Stellvertretenden Kommandanten eines U-Boot-Geschwaders handeln und um einen Kaptein bei der Nato in Brüssel. Die Herren, so geht das bei der Staatsanwaltschaft in Ingolstadt unter AZ 11 Js 8196/97 archivierte Gerücht, sollen in Verserln wie

Nur die Deutschen müssen sühnen
für erfundenes Gescheh'n
sollen fremden Mächten dienen
nur, um nie mehr aufzusteh'n

den Wahrheitsgehalt der Auschwitzlüge verteidigt haben. Ich darf denn doch noch mal bitten, um Auskunft. Denn soo geht's ja wohl nicht.

Konkret 12/97, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Richard von Weizsäcker wirbt in Anzeigen mit dem Text:

Für mich ist Rindfleisch eine Bereicherung unserer Küche.

Nie zuvor habe ich von dem Mann einen so schönen, klaren und klugen Satz gelesen. Respekt!

Heiner Geißler legt »größten Wert« auf die Behauptung, er habe sein neues Buch »selber geschrieben«. Das wäre nicht nötig gewesen, denn wie man Omas Selbstgekochtes an den Klumpen in der Mehlschwitze erkennt, so Geißlers Selbstgeschriebenes an drei Fehlern in dem einen Sätzchen:

Christ sein und Demokrat sein, sind für mich wichtiger, als Deutscher zu sein.

Entweder mußte es heißen: »Christsein und Demokratsein« oder »Christ zu sein und Demokrat zu sein«. Im ersten Fall dürfte kein Komma folgen, im zweiten Fall hinter dem Komma kein »sind«, denn Subjekt des Satzes wäre weder »Christ (zu) sein« noch »Demokrat (zu) sein«, sondern ein Wort, das der Geißler weder selber geschrieben hat, noch hat schreiben lassen: das stumme »Es« (Es ist für mich wichtiger, Christ und Demokrat zu sein...). Das Buch trägt den Titel

Politik im Namen Gottes

und sein Autor

stellt die Außen- und Menschenrechtspolitik, rechtsradikale Tendenzen, die globale Wirtschaftspolitik, die Lage der sozial Schwachen und der Minderheiten, das weltweite Schicksal der Frauen und die Ausländerpolitik

vor? nach? über? unter? zwischen? vielmehr:

auf den Prüfstand.

Die Tendenzen, das Schicksal, die Lage und die Schwachen. Ich, wenn ich Gott wäre, hätte dafür gesorgt, daß ihn der Blitz beim Selberschreiben trifft. Es wäre mir aber auch jede andere Gelegenheit recht gewesen.

An den Koalitionsvertrag, den ihre Partei mit der SPD geschlossen hat, knüpft die grüne Bürgermeisterin Krista Sager (vormals KBW) bedeutende Erwartungen:

Jetzt kommt es darauf an, das Pa*pier mit Leben zu erfüllen.*

Als wär das Papier ein Tiger. Und so herrscht bei Mao im Grab wieder einmal viel Freud.

Die »Südwest-Presse« berichtet:

Die Hamburger Transorient Touristik GmbH schickte folgenden Aufruf an die knapp 18.000 Reisebüros in Deutschland: »Wir glauben, eine wirksame Methode, die Kinderprostitution zu bekämpfen, ist, den potentiellen Kinderschänder schon hier an seinem Vorhaben zu hindern - und ihn nicht zu befördern. «

Das wäre vielleicht der Königsweg der Kinderschänderprophylaxe geworden, hätte die »Südwest-Presse« nicht traurig hinzufügen müssen:

Doch geben sich viele Sex-Touristen bei der Buchung nicht zu erkennen.

Daß Kinderschänder so gemein sein können, hatte die Hamburger Transorient Touristik GmbH nicht für möglich gehalten.

Der Prozeßbeginn gegen den 34jährigen Rolf D., angeklagt der Vergewaltigung und des Mordes an einer Zehnjährigen, hatte das gesunde Volksempfinden der »Hamburger Morgenpost« so sehr erregt, daß sie ihre Leser schon auf der Titelseite mit jener knüppeldicken Morgenpostlatte ansprang, die sonst bei den Zuhälteranzeigen im hinteren Teil des Blattes liegt:

Kims Mörder Die Bestie weint.

Fortsetzung Seiten 2 und 3:

Erster Prozeßtag. DIE BESTIE Diesterweg, der Buchhändler, faltet die Hände. Er weint. Echte Reue oder makabre Show?

Wer das wüßte, der wüßte vielleicht auch, was es bei der »Morgenpost« ist: Makabrer Blutdurst oder echte Auflagennot?

Alice Schwarzer erinnert sich, daß sie einst, im Deutschen Herbst, als Sympathisantin der RAF gegolten habe:

Und das, obwohl mein Verhältnis zu dem selbstgerechten, menschenverachtenden »bewaffneten Widerstand« immer kritisch gewesen war,

und obwohl das »kritische Verhältnis« und die »Menschenverachtung« erst ein paar Jahre später erfunden werden sollten. Aber auch ich erinnere mich gut, daß schon damals, als sie es noch nicht so sagen konnte, ihr Verhältnis zur Menschenverachtung kein unkritisches war, sondern sie, ganz im Gegenteil, ein ums andere Mal nicht zur Knarre gegriffen hat und deshalb das Bundesverdienstkreuz bitte nicht zurückgeben muß.

Anders in der »Frankfurter Rundschau«, wo, wenn ein Dichterwort zum Politikum wird, der Leitartikler sich sogleich den Pegasus um die Schultern wirft:

In der Wüstenei intellektueller Einmischung in die Geschicke unserer Gesellschaft wirkt das wie ein plötzlicher Platzregen. So etwas ist nicht vorgesehen in der Republik des »ewigen Kanzlers«. Dort legt die Wortflut bleierne Schwere frei. Jenen Stillstand, der mit seinem Mehltau auch zunehmend die intellektuelle Kraft des Landes lähmt.

Gehn's, pflegte der Dichter zu sagen, das ham‘s aber schön gsagt. Sagen's des noch amal?

Eine schlechte Nachricht aus dem einen deutschen Nachrichtenmagazin, das dem »Focus« Konkurrenz macht:

Die zweite Frau von Hans-Ulrich Klose, die erste Frau von Theo Waigel, die dritte Frau Gerhard Schröders haben sich öffentlich gewehrt, als die Ex-Gatten mit dem neuen privaten Glück in aller Öffentlichkeit für sich werben wollten. Mittlerweile müssen schon deutsche Schauspieler fürchten, daß die Lebensgefährtin nach der Trennung einem bunten Blatt die Wahrheit über Götz George erzählt.

Und woher sollte die Frau von Günter Strack die kennen? Das steht dann sicher nächste Woche in dem anderen deutschen Nachrichtenmagazin, das dem »Spiegel« Konkurrenz macht, und so schreitet die Aufklärung Woche für Woche kräftig voran.

Seit die Tageszeitung »junge Welt« in den Verdacht antisemitischer Tendenzen geraten ist, tut sie jeden Tag eine gute Tat, indem sie einen jüdischen Politiker, Professor, Schriftsteller oder sonstigen Prominenten als Kronzeugen gegen Israel aufruft. Wenn aber der Redakteur denkt, er sei allein, macht er sich die Nägel rein und kündigt auf Seite 1 an:

Schickse meets Socke - neue Filme auf Seite 13

Was ist »Socke«? Auf Seite 13 der angekündigte Beitrag:

Schickse meets Socke

Es handelt sich um eine Rezension, die mit dem Satz endet:

Aber daß sich die versnobte Fernseh-Schickse Charlotte mit diesem Socken einläßt, das glaubt man diesem Film auf gar keinen Fall.

Schickse ist ein Wort aus dem Jiddischen. Es bezeichnet weniger eine Charlotte als eine Christin. Der Redakteur, der davon natürlich nichts weiß, weiß doch, daß Schickse irgendwie abwertend klingt, und nimmt an, daß das Wort von dem welschen Adjektiv chic herkommt. Er will damit seinen Abscheu gegenüber einer Frau ausdrücken, die dem Äußerlichen, dem Modischen, dem Billigen verfallen ist, statt sich der Pflege ihrer inneren Werte und der Lektüre strenger Rezensionen zu widmen. Was ein »Socken« ist, bleibt weiter ungeklärt. Was ein Schweißfuß ist, weiß man jetzt.

Eigentlich wäre, was da in Treptow vor sich geht, längst ein Fall für den verdienstvollen Henryk M. Broder, der schon so manchen Antisemiten überführt hat. Leider hört man von ihm in dieser Sache schon seit 1995 gar nichts mehr. Es wird aber nicht daran liegen, daß er bei einem Blatt angestellt ist, dessen Herausgeber im Sommer jenes Jahres die Journalistin Lea Rosh nach allen Regeln der Nürnberger Gesetze als »allenfalls Vierteljüdin« eingenordet hat, und Broder gegebenenfalls sein Jahresgehalt von einer Viertelmillion einbüßen könnte. Es ist im Gegenteil so, daß er als Agent hinter den feindlichen Linien das antisemitische Milieu recherchieren und, wenn er alle Beweisstücke beisammen hat, mit ihnen vor die Öffentlichkeit treten will. Damit er es nicht übersieht, stelle ich ihm hiermit dieses Fundstück zur gefälligen Verwendung zu:

Das Guggenheim-Museum wird zum Kunstkraken: Am Wochenende eröffnete eine neue Dependance im Baskenland, bald wird eine Ausstellungshalle in Berlin folgen. Guggenheim-Chef Thomas Krens .führt sein Museum wie einen Wirtschaftskonzern.

Das ist aber nicht, wie man vom radikal neoliberalen »Spiegel« hätte erwarten dürfen, ein Lob, denn über diesen Vorspann hat die Redaktion den Titel gesetzt:

Heute Bilbao, morgen die Welt

Der jüdische Kunstjobber wird weiter marschieren, bis alles in Scherben fällt.